

13 JUL 1917

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 27.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 11. Juli 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Preßstimmen anlässlich der amtlichen Rundgebung in Sachen des polnischen Religionsunterrichts sowie über die Schulverhältnisse im Osten. S. 1141—1148. — Polemik gegen deutsche Zeitungen wegen deren Stellung zur polnischen Frage. S. 1149. — Die Allpolen und die Alldeutschen. S. 1150. — Zur Entstehungsgeschichte des Enteignungsgesetzes. S. 1151. — Die politischen Verhältnisse in Großpolen. S. 1153. — Kirchliche Verhältnisse in Oberschlesien. S. 1155. — Der katholische Charakter des Polentums. S. 1155. — Der 100. Jahrestag des Todes Kosciuszko's. S. 1156. — Polnische Arbeiterbank in Bochum. S. 1157. — Die Volksbank in Moschin. S. 1158. — Die Ernährungswirtschaft des Posener Magistrats. S. 1158. — Besetztes Gebiet: Staatsratsangelegenheiten. S. 1158—1159. — Die Antwort der Mittelmächte an den Staatsrat. S. 1159. — Aufruf in der Verfassungsfrage. S. 1160. — Ein „selbstständiges“ oder ein „unabhängiges“ Polen? S. 1160. — Heeresangelegenheiten. S. 1160—1162. — Die Warschauer Hochschulen. S. 1163. — Verbotswidrige Druckerei. S. 1163. — Zur Psychologie des polnischen Bauern. S. 1163. — Die Entente und Polen. S. 1164. — Litauisches. S. 1164—1165. — Aus Wolhynien. S. 1165. — Gegen die Juden. S. 1165. — Ausland: Der Wiener Polenklub und das neue Kabinett. S. 1166. — Der Fall Grimm. S. 1167. — Ukrainisches. S. 1167. — Erklärung polnischer Kriegsgefangener. S. 1167. — Die polnischen militärischen Delegierten und der Staatsrat. S. 1168. — Polnische Erklärungen in Rußland. S. 1168. — Die polnische Armee jenseits der Front. S. 1168. — Die Bildung einer polnischen Armee in Rußland. S. 1169. — Aufruf der polnischen Sozialisten in Rußland. S. 1170. — Die polnische Nationaldemokratie in Rußland. S. 1170. — Polens Vereinigung. S. 1171. — Graf Wielopolskis Aufruf zur russischen Freiheitsanleihe. S. 1172. — Der Boden in der Hand des polnischen Bauern. S. 1173. — Die Litauer in Rußland und das Gouvernement Suwalki. S. 1173. — Die polnische Demokratie in Paris. S. 1173—1174. — Eine polnische Armee in Frankreich. S. 1174. — Die polnischen Sozialisten in Amerika. S. 1174.

Die polnische Frage in Deutschland.

Weitere Preßstimmen zu der amtlichen Rundgebung in Sachen des polnischen Religionsunterrichts, sowie über die Schulverhältnisse im Osten.

Aus Nr. 143 des Postep (Posen)
vom 27. Juni 1917.

Die Maßnahme des Kultusministers ist untrüglich nur eine interimistische, bis es möglich sein wird, die geplante allgemeine Reorganisation in den polnischen Landesteilen Preußens durchzuführen. Bei dieser Reorganisation sollen, wie die „Tägliche Rundschau“ schrieb, in diesen Landesteilen, nicht bloß im Großherzogtum, polnische Schulen für die Polen und deutsche für die Deutschen eingeführt werden. Ehe es daher möglich sein wird, Seminare für die polnischen Lehrer zu gründen und in der Folge das ganze Schulwesen gründlich umzugestalten, wird die polnische Bevölkerung diesen ersten Schritt zum Wiedergutmachen des Unrechts mit Anerkennung und Befriedigung begrüßen. Es ist jedoch zu erwarten, daß dieser einmal für billig erkannte Grundsatz in gleichem Maße in den Schulen nicht nur des Großherzogtums, sondern auch Westpreußens, Polnisch-Ermlands und Oberschlesiens wird zur Anwendung gebracht werden.

Aus Nr. 144 des Wielkopolanin (Posen)
vom 28. Juni 1917.

Es ist das nur ein geringfügiges Zugeständnis. Die Volksgemeinschaft wird es zweifellos mit Befriedigung aufnehmen; wir meinen aber, daß sich selbst die

preußische Regierung nicht der Täuschung hingeben wird, als ob dieses geringfügige Zugeständnis die grundsätzlichen Forderungen der polnischen Bevölkerung auf dem Gebiete des Schulwesens ersetzen könne. Diese Forderungen stützen sich auf die Bestimmungen des Wiener Friedens; sie entspringen der Gleichberechtigung, die uns die preußische und die Reichsverfassung verbürgen und schließlich der Tatsache, daß hier Polen sind, ein Element, das nationalbewußt ist und das dementsprechend behandelt werden muß.

Das gleiche Blatt antwortet in Nr. 145. vom 29. Juni dem „Berl. Lok.-Anz.“, welcher sich gegen die Zugeständnisse auf sprachlichem Gebiet ausgesprochen hatte, was folgt:

„... Was denken sich eigentlich der „Lok.-Anz.“ und die ihm geistig verwandten Zeitungen, wenn sie so ironische Bemerkungen schreiben, wie die obigen? Meinen sie, daß man die Polen unter preußischer Herrschaft beständig wie Neger oder wie zweit- oder drittklassige Bürger behandeln müsse? Die neueste ministerielle Verfügung ist nur ein sehr geringfügiges Zugeständnis und streng genommen nur eine Erinnerung an den heute bereits bestehenden Rechtszustand, nach welchem der Religionsunterricht in den Volksschulen auf der Unterstufe polnischen Kindern in polnischer Sprache erteilt worden soll. Diese Vorschriften bestanden schon vor dem neuesten Ministerialerlaß, aber die Behörden haben sie in zahlreichen Fällen nicht beachtet, indem sie sich mit dem Mangel an des Polnischen mächtigen Lehrern entschuldigten. Dem soll die neueste Verfügung dadurch vorbeugen, daß da, wo es keine des Polnischen hinlänglich mächtige Lehrer geben wird, der Religionsunterricht in die Hände der Geistlichen gelegt werden kann. Eine Neuregelung der Sprachenfrage enthält der Ministerialerlaß nicht. Wenn die polnische Bevölkerung dieses geringfügige Zugeständnis befriedigt aufnimmt, so muß andererseits die Beunruhigung des hafatistischen Lagers zum mindesten merkwürdig erscheinen, besonders in dem

gegenwärtigen Augenblick, in welchem in ganz Europa die Losung erklingt, daß die Völker das Recht haben, über ihr eigenes Geschick zu entscheiden. Was schließlich der „Lok.-Anz.“ nach der Richtung hin sagt, daß die Polen sich darauf versteifen würden, neue Schwierigkeiten hervorzurufen, so ist das geradezu eine böswillige Erfindung. Nicht um das Hervorrufen von Schwierigkeiten handelt es sich, sondern um das Ausmaß der Gerechtigkeit in vollkommenstem Maße. Gätten sich die Verhältnisse nach den Wünschen und Gedanken der Haskisten gestaltet, dann hätten die Sperlinge uns schon längst zerhackt. Aber heute gestalten sich die Sachen so, daß die Wünsche und „Ideale“ des haskistisch-chauvinistischen Lagers sogar schon den Sperlingen auf den Dächern zu imponieren aufgehört haben.“

Aus Nr. 145 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. Juni 1917.

Der Anfang einer Änderung des Schulsystems.

Da unsere Schuljugend der Wohltat des muttersprachlichen Unterrichts entbehrt, fällt ihr das Erwerben von Wissen überaus schwer, und weil das unserer Sprache feindliche Schulsystem sich sogar auf den Religionsunterricht erstreckt, zeigen sich seine nachteiligen Folgen auch in einem verringerten Verstehen der Grundsätze der Sittlichkeit, in einem schwächeren Glauben, im Übertreten der Gebote. Seit Jahrzehnten geht mit dem Schulzwang eine unsere Entnationalisierung bezweckende Plackerei Hand in Hand; aber die Hüter dieser so strengen und unpädagogischen Maßnahme warten vergebens auf die Verwirklichung ihrer Absichten. Das Nationalbewußtsein der Eltern, das mit der Liebe der vaterländischen Dinge gewappnete polnische Haus bewirken, daß die Verehrung unserer Ideale von einer Generation auf die andere übergeht und daß die unfreundlichen Gelüste zerschellen. Ungeachtet dieser Überzeugung blicken wir mit Sehnen dem Augenblick entgegen, wenn man in den von unserer Jugend besuchten Schulen zu pädagogischen Grundsätzen, zur völligen Berücksichtigung der Muttersprache unserer Jugend beim Unterricht zurückkehren wird. Die Ankündigung, daß unsere Wünsche betreffend die Änderung der bisherigen Schulpraktiken sich erfüllen werden, läßt lange auf sich warten. Es ist nur ein bescheidener Anfang gemacht worden, wie aus dem in der „Nordd. Allg. Zeitung“ veröffentlichten Ministerialerlaß hervorgeht. Der Religionsunterricht soll in allen Volksschulen auf der Unterstufe den polnischen Kindern, sofern sie ausschließlich der Muttersprache mächtig sind, in dieser Sprache erteilt werden. Diese Maßnahme weckt trotz ihres überaus geringfügigen Umfangs in uns eine gewisse Befriedigung, und zwar darum, weil man bekennen muß, unserer Jugend gegenüber pädagogische Fehler begangen zu haben. Wir vertrauen auch darauf, daß diesem ersten Schritte auf dem Wege des Zugestehens der unserer polnischen Sprache zustehenden Rechte weitere folgen werden; sonst wäre dieses geringfügige Zugeständnis ohne praktische Bedeutung. Parallel mit der Einführung des polnischen Religionsunterrichts auf der Mittel- und Oberstufe muß die Einführung des polnischen Sprachunterrichts als Unterrichtsgegenstand und die Berücksichtigung der polnischen Sprache beim Unterricht in den weltlichen Gegenständen gehen. Das polnische Lied heißt gleichfalls eine hinlängliche Pflege.

Aus dem Wortlaut des Ministerialerlasses geht hervor, daß schon die in so geringem Umfange zugestandene Berücksichtigung der polnischen Sprache in der Schule darum gewisse Kümmernisse hervorruft, weil es im Posenschen an des Polnischen mächtigen Lehrern

und Lehrerinnen fehlt. Die Verfügung sagt, man werde in gewissen Fällen sich der Lehrer aus den Nachbargemeinden und des Beistandes der Geistlichkeit bedienen müssen. Wir glauben, daß sich dies als notwendig erweisen wird. Wer hat aber solche Folgen herbeigeführt? Die Germanisierungsmaßnahmen geboten, den aktiven Dienst polnischer Lehrer im Posenschen als ein Hindernis und Hemmnis zu betrachten; darum versetzte man sie in rein deutsche Provinzen; darum verfehlte man der polnischen Jugend das Eintreten in die Präparandenanstalten und Seminare und die Wahl des Lehrerberufs. Das System hat bewirkt, daß manche jungen Pädagogen die polnische Nationalität und sogar ihren polnischen Namen verleugneten. Hat man doch in Posen interimistisch beschäftigten polnischen Lehrerinnen zu verstehen gegeben, daß sie sich der Gefahr der Hinausschiebung der definitiven Anstellung aussetzen würden, wenn sie nicht erklärten, daß sie sich zur Erteilung von polnischem Religionsunterricht nicht qualifizierten! Es war in Posen öffentliches Geheimnis, daß man sich darüber wunderte, wie einzelne ältere Lehrer den Mut hatten, sich einer solchen Forderung zu widersetzen. Die Neuorientierung wird bestimmt bewirken, daß sich derartige ungewöhnliche Tatsachen von jetzt an nicht mehr wiederholen werden.

In dem Maße, wie man die Gewißheit erlangen wird, daß die polnischen Lehrer seitens ihrer Vorgesetzten ihrer polnischen Nationalität halber keine Unannehmlichkeiten erfahren werden, daß es ihnen freistehen wird, die polnische Jugend auf natürliche und einzig pädagogische Weise zu geleiten, werden sich auch die Reihen dieser polnischen Lehrer mehren. Natürlich ist es unbedingt nötig, daß den jungen Lehramtsaspiranten die Möglichkeit geboten werde, in den Vorbereitungsanstalten ihre polnische Muttersprache gründlich kennen zu lernen. Das Zufriedensein damit, daß das Bedürfnis einer Änderung des den polnischen Schülern gegenüber angewandten Systems anerkannt wurde, wird durch die im Ministerialerlaß enthaltene Bemerkung abgeschwächt, daß die Regierungen in jedem Falle entscheiden sollen, ob ein Kind im Religionsunterricht der polnischen Abteilung überwiesen werden soll. Das wird wiederum, wie einst, die Pforten dafür öffnen, daß die kleinen Lernanfänger polnischer Nationalität darum, weil ihr Name deutsch klingt oder weil sie ein paar deutsche Ausdrücke kennen, als Kinder deutscher Nationalität werden angesehen werden und daß man ihnen die Wohltat, von dem muttersprachlichen Unterricht Gebrauch zu machen, vorenthalten wird.

Die feindliche Gesinnung vieler Schulorgane gegenüber der polnischen Sprache läßt befürchten, daß auf diese Weise die polnischen Abteilungen zum Schaden der polnischen Schüler werden verringert werden. In der Frage der Nationalität der Kinder dürfen lediglich die Eltern entscheiden. Wir erwarten, daß die einzelnen Regierungs-Schulabteilungen eine derartige Weisung erhalten werden.

Da der Minister die Ansichten der Mitglieder der Regierungs-Schulabteilungen und der Posener Stadt- und Schuldeputation in der Frage des Schulsystems kennt, und da er weiß, daß viele Kreisschulinspektoren haskistischen Anschauungen huldigen, äußert er in seinem Erlaß die Erwartung, daß man seine Anordnung den Interessenten gegenüber mit dem gebührenden Wohlwollen behandeln werde. Diese Aufforderung war sehr nötig.

Sind doch die Erklärungen mancher Schulräte und Schulinspektoren sowie mancher Lehrer in Sachen der Nichtzulassung der polnischen Sprache in der Schule und des Nichtübertragens des polnischen Religionsunterrichts auf die katholische Geistlichkeit bekannt. Der Gesinnung der Posener Verehrer des Germanisierungs-

Systems der Schule wurde bekanntlich vor kurzem im preußischen Herrenhause Ausdruck gegeben. Wir wollen sehen, in welcher Weise sich die Durchführung des durch den Ministerialerlaß vorgezeichneten Anfangs einer Berücksichtigung der polnischen Sprache in der Schule vollziehen wird.

Wir müssen auch unsere Verwunderung darüber äußern, daß der Ministerialerlaß sich ausschließlich auf die Schulen im Posenischen bezieht und die übrigen polnischen Landesteile Preußens mit keinem Worte erwähnt.

Aus Nr. 144 des Kraj (Lissa)
vom 28. Juni 1917.

Aus der Tatsache, daß in dem Erlaß des Kultusministers von „Anträgen“ auf Erteilung von polnischem Religionsunterricht die Rede ist, welche Berücksichtigung gefunden hätten, schließt das Blatt Folgendes:

... „Man sieht hieraus, wie richtig der „Kraj“ geraten hat, daß die Volksgesamtheit sich um die Erreichung ihrer billigen Forderungen gehörig bemühe und sich nicht der Leitung der Leute unterwerfe, welche die Losung verkündigt haben: „Stillsitzen — nichts tun!“ Das Recht war auf Seiten der Leute, die von Beginn des Krieges an den höchsten Aktivismus angeraten haben. Hunderte und tausende von Bittschriften hätte man an das Ministerium in Berlin richten müssen, und auch noch andere Schritte waren möglich. Die berufenen Faktoren werden sich zweifellos eifrig mit der Erleichterung des Religionsunterrichts in der Muttersprache befassen, wie sie auch bisher schon über diese für uns überaus wichtige Sache gewacht haben. Eine religiös erzogene Bevölkerung steht allen umstürzlerischen Ideen fern und wird ihnen fern bleiben. Der Staat hat somit jedes Interesse daran, eine wahrhaft religiöse Erziehung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Das Kultusministerium gebietet den Beamten (Regierungsbeamten, Schulinspektoren und Lehrern) „entgegenkommende Bereitwilligkeit“ bei der Durchführung der neuen Verfügung. Viel wird von der Beamtenpraxis abhängen, wenngleich die Weisungen der Regierung deutlich sind; viel wird jedoch auch davon abhängen, wie man sich auf unserer Seite dieser wichtigen Sache annehmen und wer dies tun wird. Besonnenheit, Kenntnis der Verhältnisse und dabei Bewahrung des Gleichgewichts sind hierbei unerlässlich. Sollte sich hier und da Verständnislosigkeit zeigen, dann müßte zu Verwaltungsmitteln, also zur sofortigen Beschwerde usw. gegriffen werden. Man meide nach Möglichkeit alle reizenden und die Sache erschwerenden öffentlichen Diskussionen!

Der erste Schritt ist der schwierigste. Nehmen wir den ersten Schritt auf dem Schulgebiete als Draufgeld einer besseren Zukunft hin, als den Beginn einer grundsätzlichen Änderung der preußischen Politik uns gegenüber, dieser Änderung, die durch den Wandel der politischen Verhältnisse infolge des Krieges diktiert wird.

Oberschlesien hat sich gesondert um eine Änderung der dortigen Schulverhältnisse bemüht. Es hat recht gehandelt, als es dem Triebe eines gesunden Aktivismus folgte. Westpreußen, Ermland, das Auswanderertum im Westen — sie sollten sich auch regen, sich nach niemandem umschauen und auf keine Einflüsterungen der Passivisten achten. Ohne Arbeit gibt es nicht nur im gewöhnlichen Leben keinen Lohn, sondern auch in der Politik nicht. Verzichteten wir auf nichts, sondern bemühen wir uns um alles verständig, nachdrücklich, gemäß den realen Verhältnissen. Das ist unsere Überzeugung.“

Aus Nr. 67 der Prawda (Posen)
vom 28. Juni 1917.

Dem Standpunkt, den der „Kraj“ in der besprochenen Sache einnimmt, kann man nur Beifall spenden. Es ist das eine ruhige, ausgeglichene Äußerung, die mit den Möglichkeiten rechnet und nicht sagt: „Entweder alles, oder garnichts“. Dieser Grundsatz hat uns schon so manches Mal großen Schaden gebracht. Obgleich somit der neueste Erlaß des Kultusministers nur ein kleines Zugeständnis uns gegenüber bedeutet, so begrüßen auch wir den Schritt des Ministers mit Befriedigung und Anerkennung. Aller Anfang ist schwer. Wir haben hier einen neuen Beweis dafür, daß die Regierung bestrebt ist, das wieder gut zu machen, was man uns gegenüber gesündigt hat.

Wir zweifeln nicht daran, daß sich Leute finden werden, die, stets unzufrieden, sagen werden: „Ach was, man hat uns einen Brocken hingeworfen, weil man mußte, usw.“ Wir fragen angesichts dessen, wer denn die Regierung zu Zugeständnissen hat zwingen können, etwa die Maulhelden, die nur alles zu kritisieren wissen, im übrigen aber stillsitzen, nichts tun und nur — eine Faust in der Tasche machen? Politisieren ist alles andere als Maulheldentum, als das Bestreiten von allem und jedem. In der Politik muß man mit den Tatsachen, mit dem Stande der Dinge, so wie er ist, rechnen. Und dieser Stand der Dinge gebietet so manches Mal Maßhalten im Stellen von Forderungen. Das bedeutet nicht, daß wir uns mit diesem Zugeständnis, von dem wir aus dem Erlaß des Kultusministers erfahren, begnügen sollten. Keineswegs! Wir erklären hiermit, daß wir dieses Zugeständnis für den Anfang einer weiteren zielbewußten Entledigung der Fesseln betrachten, welche die Pflege unserer nationalen Eigenheiten knebeln. Wir erklären weiter, daß wir eine ähnliche Anordnung auch für die übrigen polnischen Landesteile, wie Westpreußen, Schlesien und für das Auswanderertum im Westen erwarten, denn auch dort muß uns Freiheit gelassen werden. Wir müssen uns jedoch mit Geduld wappnen und dürfen nicht durch allzu heftiges und aufdringliches Fordern der Regierung neue Hindernisse bereiten. Denn wir legen uns wohl Rechenschaft darüber ab, daß die Regierung keinen leichten Standpunkt hat gegenüber den Feinden der Polen, und wären es auch nur die Gakaiten. Es ist aber sogar für die Regierung schwer, in der gegenwärtigen Zeit nach allen Seiten hin zu kämpfen. Somit begrüßen wir die Maßnahme des Kultusministers befriedigt, und wir richten lediglich an die Adresse der Regierung den Ruf: „Nur so weiter!“

Aus Nr. 77 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 28. Juni 1917.

Eine unverständliche Verordnung des preußischen Unterrichtsministeriums in Sachen des Religionsunterrichtes.

In der letzten Nummer unseres Blattes haben wir auf die dringende Notwendigkeit des polnischen Religionsunterrichtes besonders in der Zeit des Krieges hingewiesen. Wir haben ferner auf die schreckliche Verwüstung hingewiesen, welche der Mißbrauch des hl. Religionsunterrichtes zu Germanisationszwecken in den Seelen der polnischen Kinder anrichtet. Auch haben wir auf die infolge dessen immer mehr wachsende Verwilderung der polnischen Kinder und Jugend hingewiesen und die preußische Regierung beschwört, daß sie endlich alle Verordnungen beseitige, welche dem polnischen Religionsunterrichte hindernd im Wege stehen.

Wir glauben, daß die Notwendigkeit des polnischen Religionsunterrichts und die Schädlichkeit der heutigen Sachlage niemand klarer und zutreffender darstellen wird, als wir es in unserer letzten Nummer getan haben. Als wir jenen Artikel schrieben, hatten wir noch keine Kenntnis davon, daß die preußische Regierung neuerdings in Sachen des Religionsunterrichts eine Verordnung erlassen hatte, — natürlich eine vollständig ungenügende. Die Herren Geheimräte im Unterrichtsministerium glauben augenscheinlich, daß sie noch in den alten schönen Zeiten vor dem Kriege leben, als das Germanisieren über alles ging. Offenbar haben diese Herren die drei Kriegsjahre vollständig verschlafen und wissen jetzt garnicht, daß sich viel, sehr viel während der Zeit der Kriege geändert hat. Bei dieser Sachlage wird die neue Verordnung des Unterrichtsministeriums in Sachen des Religionsunterrichts der ungeheuren Mehrheit der deutschen Bevölkerung und besonders auch der übrigen Bevölkerung der Erdfugel unverständlich sein; von der polnischen Bevölkerung garnicht zu reden.

Allerdings ist das ein kleiner Schritt vorwärts, aber wie wir sagen, nur ein kleiner Schritt.

Vor dem Kriege würde dieser kleine Schritt bei der polnischen Bevölkerung wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache eine schwache, augenblickliche Befriedigung hervorgerufen haben. Aber heute wird die preußische Regierung angesichts der ungeheueren Veränderungen, welche dieser Weltkrieg der Welt und dem Gemüte der Menschen gebracht hat, wohl kaum erwarten, daß die polnische Bevölkerung mit dieser Verordnung, mit einem pfennigweisen Entgegenkommen, besonders zufrieden sein werde.

Wir fragen zunächst: Weshalb soll sich diese Verordnung nur auf die Provinz Posen und nicht auch auf Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien und andere Provinzen erstrecken? Sind die polnischen Kinder Westpreußens, Ostpreußens und Schlesiens andere? Sollten diese während der Dauer des Krieges plötzlich mehr Deutsch gelernt haben, als die Kinder der Provinz Posen?

Solche verschiedenartige Behandlungen der polnischen Kinder sind lächerlich und müssen von der polnischen Bevölkerung sehr schmerzlich empfunden werden.

Sodann verstehen wir nicht, weshalb die Regierung den Religionsunterricht auf den höheren Stufen in deutscher Sprache beibehalten will!!

Der Religionsunterricht müßte den polnischen Kindern auf allen Stufen in der Muttersprache erteilt werden! Sonst würde das kein Religionsunterricht sein, sondern ein Mißbrauch des erhabenen Lehrgegenstandes zu politischen Zwecken, zur Germanisierung. Zu seinem Gotte und von seinem Gotte kann das polnische Kind nur in seiner Muttersprache sprechen. Möge sich die preußische Regierung zwischen die Gewissen der polnischen Kinder und ihren Gott nicht hineindrängen, denn das polnische Volk muß das als eine empfindliche, seinem Gewissen zugefügte Gewalt empfinden, eine Gewalt, die sich weder mit dem 20. Jahrhundert, noch viel weniger mit den neuen Zeiten und den neuen Auffassungen vereinbaren läßt, wie sie der Krieg über die ganze Welt und auch in unseren Winkel gebracht hat, der sich preußischer Staat nennt.

In der Welt erschallen große Losungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der junge österreichische Kaiser hat seinen Völkern das Recht auf eine breite Selbstverwaltung und auf eine eigene kulturelle Entwicklung eingeräumt. Sogar das wiedergeborene Rußland handelt ebenso, und im tiefen Innern Rußlands entstehen jetzt polnische Schulen.

Möge die preußische Regierung einmal erwägen, in welchem Verhältnis die neue Verordnung über den

Religionsunterricht zu den Vorgängen in anderen Ländern erscheint! Wie kleinlich und ungenügend ist diese Verordnung!

Die preußische Regierung erkennt nicht einmal das Recht der polnischen Eltern auf die Seelen ihrer eigenen Kinder an. Sie erkennt auch nicht das Recht der Kinder an, mit ihrem Gotte in der ihnen allein verständlichen Muttersprache zu reden.

Sogar in der Kriegszeit will die preußische Regierung den polnischen Kindern das deutsche Gebet, das Gespräch mit Gott in der gar nicht oder doch nur teilweise verständlichen deutschen Sprache aufliegen!

Das ist ein Gewaltakt gegen das kindliche Gewissen, den kein Volk der Erdfugel versteht!

Im ganzen deutschen Volke müßte sich gegen solch ein Auftreten der preußischen Regierung ein großer Schrei der Entrüstung und der Verurteilung erheben. Denn solch ein Auftreten des Unterrichtsministeriums muß als eine Furcht vor den Hafatisten und Alldutschen erscheinen und dem deutschen Volke in den Augen der ganzen Welt in unerhörter Weise schaden! Wir aber müssen und werden namens des ganzen polnischen Volkes unaufhörlich rufen:

Preußische Regierung, gib den polnischen Eltern ihr Recht auf die Seelen ihrer eigenen Kinder wieder!

Preußische Regierung, dränge dich nicht zwischen die polnischen Kinder und ihren Gott!

Fort mit dem unverständlichen Religionsunterrichte aus allen Stufen der Schulen, welche von polnischen Kindern besucht werden!

Wir verlangen von der preußischen Regierung nicht unmögliche Dinge. Wenn polnisch sprechende Lehrer in gehöriger Anzahl nicht vorhanden sind, dann möge die Regierung wenigstens grundsätzlich verordnen, daß der Religionsunterricht auf allen Stufen in der Muttersprache erteilt werde. Die Durchführung dieser Verordnung möge dann in dem Verhältnisse der Zunahme der Zahl der polnisch sprechenden Lehrkräfte forschreiten. Wenn die Sache in dieser Weise gehandhabt werden wird, dann wird das polnische Volk wenigstens den guten Willen der Regierung sehen.

Aus Nr. 79 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 3. Juli 1917.

Die neue Verordnung des Kultusministeriums in Sachen des Religionsunterrichts.

Das Graudener Blatt schreibt unter dieser Überschrift, die neue Verordnung habe im polnischen Volke nicht nur keine Befriedigung, sondern große Enttäuschung hervorgerufen. Gerade die Schulfrage reize die polnischen Eltern am meisten, weil sie die Schädlichkeit des heutigen Schulwesens tagtäglich am eigenen Leibe spürten. Überdies erreiche die preußische Regierung mit Hilfe des gegenwärtigen Schulsystems ihren Zweck, die Eindöschung der polnischen Bevölkerung, durchaus nicht, sie führe vielmehr lediglich zu einer Verwilderung der polnischen Jugend und flöße der ganzen polnischen Bevölkerung Abscheu gegen alles Deutsche ein. Aus Furcht vor den Hafatisten habe die preußische Regierung der polnischen Bevölkerung nur einen Brocken hingeworfen, diese fordere aber das Recht völliger Entwicklung ihrer eigenen nationalen Kultur, also auch das Recht auf ein polnisches Schulwesen. Mit Bezug auf die Auslassungen des Lissaer „Kraj“, daß besonnene Polen dem neuesten Zugeständnis Anerkennung und Beifall zollen werden, schreibt die „Gazeta Grudziadzka“:

Mit den Ausführungen des „Kraj“ können wir nicht einverstanden sein.

Das Auftreten des Ministers Breitenbach im Herrenhause haben wir seinerzeit mit herzlicher Freude begrüßt. Ebenso haben wir auch die Aufhebung des Sprachenparagraphen mit großer Befriedigung begrüßt, weil es die erste, wirkliche Tat war. Auch die Ankündigung der Aufhebung des Entzugesgesetzes haben wir mit Freuden entgegen genommen. Und das ganze polnische Volk hat unsere Gefühle geteilt.

Die neueste Verordnung des Unterrichtsministers aber hat uns und das ganze polnische Volk enttäuscht. Möge der „Kraj“ sich nur näher erkundigen. Dieses Volk sagt es jedem, der es hören will, daß das für die deutsche Sache vergossene polnische Blut nach nationaler Gleichberechtigung des polnischen Volkes schreit. Dieses Volk sagt weiter, daß die auf dem Schlachtfelde gefallenen Väter über ihre Gräber hinaus nach dem Schutz der polnischen Seelen ihrer hinterbliebenen Waisen gegen Verderben und Verwilderung rufen, daß sie nach den Rechten der verwitweten Mütter auf die Seelen ihrer Kinder rufen.

Wie denn, soll der breite Mund der kaiserlichen Alldeutschen eine größere Bedeutung haben als die Stimme des eigenen polnischen Blutes, als die Stimmen der väterlichen Leichen, die sich der polnischen Seelen ihrer Kinder annehmen?

Wie denn, soll der breite Mund der kaiserlichen Alldeutschen die Regierung zum Schaden des polnischen Volkes fortwährend in Bockshorn jagen dürfen? Wenn die kaiserlichen Alldeutschen der Regierung vor der Nase beständig mit der Faust auf den Tisch schlagen, dann möge die Regierung doch einmal Mut fassen und mit solcher Kraft mit der Faust auf den Tisch schlagen, daß die kaiserlichen Alldeutschen einmal zu der Überzeugung gelangen, daß alles ein Ende haben muß. Alsdann werden sie sicherlich demütiger werden und ihre Wühlereien einstellen. Auf die Polen macht die Faust bekanntlich keinen Eindruck, aber für diese Herren ist das ein sehr wirksames — und das einzige Mittel. Bismarck ist auch nur auf diese Weise mit ihnen fertig geworden.

Wir sind besonnene Menschen, wir behandeln die politischen Angelegenheiten mit Ruhe und Verstand, und hinter uns steht das ganze Volk, das zugleich mit uns während der ganzen Dauer des Krieges Beweise der Ruhe, des Gleichgewichts und der politischen Reife geliefert hat. Aber möge doch niemand von dem polnischen Volke und von uns verlangen, daß wir mit etwas zufrieden sein sollen, das uns unter keinen Umständen befriedigen kann, daß wir deshalb zufrieden sein sollen, weil die Regierung aus Furcht vor dem großen Munde der Handvoll kaiserlicher Alldeutschen die größten Schmerzen des polnischen Volkes nicht lindern will, obgleich die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden wäre.

Der neuesten Verordnung des Kultusministeriums können wir wegen ihrer unerhörten Mangelhaftigkeit und wegen des sich offenbarenden Mangels an Verständnis für die Bedürfnisse der neuen Zeit unsere Anerkennung nicht zollen.

Das können wir nicht — nein!

Aus Nr. 145 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 28. Juni 1917.

Unter der Überschrift

„Um den polnischen Religionsunterricht“

schreibt das Thorner Blatt: Hinsichtlich der neuen Verordnung muß man sagen, daß sie keine Neuregelung der Sprachenfrage enthält, sie ist vielmehr ein Mittel zur Verwirklichung des in der Praxis bereits bestehenden nicht zur Durchführung gebrachten rechtlichen Standes. Der Religionsunterricht soll in den Volksschulen auf

Grund bereits bestehender Vorschriften auf der Unterstufe den polnischen Kindern in der Muttersprache erteilt werden. Die Behörden haben aber in vielen Fällen, besonders im Bromberger Bezirke, diese Vorschrift nicht beachtet und vor allen Dingen dem Mangel an des Polnischen mächtigen Lehrern vorgesiegt.

Dem soll die neue Verordnung vorbeugen. Gegebenenfalls soll der Religionsunterricht da, wo polnisch sprechende Lehrer nicht vorhanden sind, in die Hände der Geistlichen gelegt werden. Mit der Organisation der Schulverhältnisse, deren Gespenst die kaiserlichen Zeitungen bereits in Schrecken versetzt hatte, hat diese Verordnung nichts zu tun.

Die polnische Volksgesamtheit wird sicherlich auch dieses kleine Zugeständnis mit Befriedigung hinnehmen, aber nicht einen Augenblick die grundsätzlichen Postulate in Sachen des Schulwesens außer acht lassen, die den Erfordernissen der Gerechtigkeit und der Freiheit der nationalen Aufklärung entsprechen. Schließlich wird abzuwarten sein, in welchem Maße die neue Ministerialverordnung in der Praxis Anwendung finden wird. Von welchem Geiste die niederen Schulinstanzen durchweht sind, das haben wir in der letzten Zeit zur Genüge erfahren. Man kann hier Abneigung und passiven Widerstand erwarten, wozu die verschiedenen Vorbehalte im Texte der Verordnung hinreichend Gelegenheit geben. Es wird eines sehr energischen Druckes von oben herab bedürfen, wenn die guten Absichten der Regierung nicht tote Buchstaben bleiben sollen. Belehrt durch die Erfahrung, können wir uns keinem allzugroßen Optimismus hingeben und müssen die tatsächlichen Folgen der Verordnung abwarten.

Aus Nr. 145 des Kurjer Śląski (Gleiwitz),
vom 28. Juni 1917.

Der Religionsunterricht in polnischer Sprache.

... Wir begrüßen die (neue) Verordnung des Unterrichtsministers als den ersten Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Ursache der Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung auf dem Gebiete des Schulwesens. Wenn sie sich auch nur auf das Posensche bezieht, so zweifeln wir doch nicht, daß auch die anderen Landesteile Preußens, insbesondere Oberschlesien, wo mehr Polen leben wie im Posenschen, auf eine ähnliche Verordnung nicht lange warten werden.

Wir zweifeln auch nicht, daß unsere Geistlichkeit, die so eifrig um das Wohl der Seelen bemüht ist, ihre Hilfe beim Unterrichten der Kinder in der Religion in der Muttersprache nicht versagen wird.

Aus Nr. 145 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Juni 1917.

In Sachen des polnischen Religionsunterrichts im Posenschen schreibt der „Wiarus“:

Die preussische Regierung gibt bekannt, daß sie den Polen im Posenschen ein Zugeständnis im Religionsunterricht gemacht habe. Dieser Unterricht soll auf der Unterstufe für die Kinder, die des Deutschen nicht mächtig sind, in polnischer Sprache erteilt werden. Von Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien ist hierbei nicht die Rede. Nimmt wohl jemand an, daß das Posensche dieses Zugeständnis, bei dem andere polnische Landesteile ausgeschaltet sind, als einen Grund zur Dankbarkeit ansehen wird? Wir sind der Meinung, daß sich das Posensche der gleichmäßigen Behandlung der Polen in den anderen Landesteilen im Sinne des Grundsatzes der Solidarität erinnern wird. Schließlich haben die Polen ein Recht auf polnische Schulen, und sie werden auf dieses Recht niemals verzichten. Um die polnischen Schulen sollten vor

allen Dingen die geistlichen Behörden besorgt sein, denn die Kirche, die mit Recht die Aufsicht über die Schule verlangt, schrieb auf dem Tridentiner Konzil ausdrücklich vor, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen sei.

Aus Nr. 153 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 30. Juni 1917.

Ein Millimeter-Zugeſtändnis.

Der ehemalige Chefredakteur des „Dziennik Berliński“, Kryſiał, äußert ſich in einem Artikel unter dieſer Ueberschrift über den neusten Ministerialerlaß bezüglich des Religionsunterrichts polniſcher Kinder folgendermaßen:

Wenn dies auf dem Wege der Wiedereinführung des in der ganzen Welt herrschenden und in Preußen-Deutschland bezüglich der Kinder deutscher Nationalität mit besonderem Eifer gepflegten obersten Grundsatzes allen Unterrichts, daß die Muttersprache der Kinder der Schlüssel zu ihrem Gemüte und die Grundlage der ganzen Schulerziehung ist, der erste Schritt sein soll, dann wird ihn die polniſche Bevölkerung im Posenſchen mit Befriedigung begrüßen, aber nicht als ein „Zugeſtändnis“, als welches ihn die chauvinistische Preſſe darſtellt, ſondern als ein zuſtühendes billiges Unterpfand auf eine beſſere Zukunft nach dem Kriege, als ein Unterpfand auf die vom Reichskanzler versprochenen Neueinstellung in der ganzen Politik. Sie wird ihn als das erste günstige Anzeichen eines Bruches mit dem unhaltbaren Schulsystem aufnehmen, das durch die vollständige Ausſchließung der Muttersprache der Kinder als Unterrichtssprache und ſogar als Unterrichtsgegenstand die polniſchen Kinder zu Gegenständen einer Dressur machte, welche die normale Entwicklung des Gemütes und des Geistes hemmte und die Schule für sie in ein Gefängnis verwandelte, in dem sie acht Jahre lang moralisch und körperlich gepeinigt wurden, um sie der eigenen Familie und der Volksgemeinschaft zu entfremden, auf daß mit der Zeit auf den großpolniſchen Fluren die Sprache der ehemaligen Herren dieſes Landes für immer verstumme. Der ganze Wert dieſer Verordnung beſteht darin, daß sie implizite die beſte Verurteilung des bisherigen Schulsystems enthält und die allgemeine Aufmerksamkeit auf ſeine Ungeheuerlichkeit lenkt, wenn ſein eifrigster Anwalt anfängt, von ihm — wiewohl bisher nur auf einem kleinen Gebiete — abzurücken und anzuerkennen, daß die Volksschule, welche die Sprache des Volkes ausſchließt, das ſeine Kinder in sie ſchicken muß, nicht imſtande ist — wiewohl einstweilen nur auf dem Gebiete der Religion —, ihre Aufgabe zu erfüllen, und eine pädagogische Ungereimtheit ist.

Weit geringer ist aber ihr realer Wert, und zwar zunächst deshalb, weil sie ſich nur auf die Provinz Posen beſchränkt, als ob die Kinder des polniſchen Volkes in Weſtpreußen, im Ermland und in Schleſien nicht ebenso polniſch wären, wie die Kinder im Posenſchen. Als ob ſich jene Kinder die religiöſen Begriffe leichter aneigneten, als die Kinder in der Provinz Posen! In Schleſien gibt es doch Kreiſe, in denen die polniſche Bevölkerung einen höheren Prozentsatz hat, als im Posenſchen. Sollen, wenn pädagogische Rückſichten und das Ziel des Religionsunterrichts es erfordern, daß die großpolniſchen Kinder der Unterſtufe der Volksschule die Religionswahrheiten in der Muttersprache lernen, dieſe Rückſichten bei den polniſchen Kindern Weſtpreußens, Schleſiens und Ermlands etwa deshalb ausſcheiden, weil dieſe Gebiete einige Jahrzehnte früher mit Preußen vereinigt wurden, Großpolen, oder vielmehr das Posenſche aber erſt auf Grund des Wiener Traktates im Jahre 1815 Preußen zugefallen ist? Dieſen Grund kann und wird keine

ehrliche Pädagogik anerkennen, wenn sie die Schule nicht auf das Niveau einer Anſtalt politiſcher Experimente herabſetzen will. Die Wirkung einer ſo ungleichmäßigen Behandlung der polniſchen Kinder im Posenſchen und in den angrenzenden Gebieten wird die ſein, daß die Bevölkerung der anderen Gebiete, die bisher mit der Bevölkerung der Provinz Posen in den Angelegenheiten der Schule gleichmäßig bedrückt wurde, ſich noch mehr zurückgeſetzt fühlen und auf dieſe Zurückſetzung auch entſprechend reagieren wird.

Den realen Wert dieſer Verordnung vermindern aber auch noch verſchiedene, in ihr enthaltene Beſchränkungen und Unklarheiten, von denen nach den Erfahrungen aus der Zeit des Reichskanzlers Caprivi die Ortsſchulbehörden und die in die Schulen Großpolens eingeführten Lehrer fremder Nationalität ausgiebigen Gebrauch machen werden, Lehrer, aus denen ſich hauptsächlich die Anhänger des „Oſtmarkenvereins“ zuſammensetzen und die Empfänger von Zulagen aus dem polenfeindlichen Reptilienfonds ſind. An dem — vorläufig ſogar nur — paſſiven Widerſtand dieſer Streber und Taler-Patrioten, für die das bisherige Schulsystem eine melkende Kuh war, die ſie auf Koſten der geiſtigen Verkümmern der polniſchen Schuljugend nährte, und zwar gut nährte, wird ſich die neue, wiewohl nur in minimalem Umfange eingeleitete Aktion der Zentralregierung um ſo leichter zerſchlagen, als die Verordnung nur von einem „Teile“ der Kinder ſpricht, der ohne genügende Kenntnis der deutſchen Sprache in die Schule eintritt, und als nur für den näher nicht bezeichneten „Teil“ der polniſchen Religionsunterricht auf der Unterſtufe der Volksschule eingeführt werden ſoll, worüber „in jedem Falle“ beſonders zu entſcheiden iſt. Hier ſind die Tore dem Belieben und der Eigenmächtigkeit der Schulfaktoren, die bis dahin dem Werke der Entnationalisierung der Polen dienten und dafür feſte und reichliche „Zulagen“ erhielten, angelweit geöffnet. Der Miniſter fühlt es ſelbſt, daß jene lokale Schulgewaltigen danach ſtreben werden, ſeine Verordnung nicht loyal auszulegen, und beruft ſich auf die „entgegenkommende Billigkeit“, nach der die Schulbehörden im Posenſchen handeln und etwa entſtehende Schwierigkeiten überwinden ſollen.“

Und deshalb hätte er, wenn er wollte, daß ſeine Verordnung entſprechendes Gehör finde — wenn auch nur in dem beſcheidenem Umfange, den er für den polniſchen Religionsunterricht näher bezeichnet hat — kurz und deutlich anordnen müſſen, daß von dieſem Unterrichte alle von polniſchen Eltern geborenen Kinder Gebrauch machen ſollen und daß über ihre Nationalität und ihre Muttersprache die hierzu einzig und allein berufenen Faktoren, d. h. die Eltern zu entſcheiden hätten, nicht aber die Schule und der Lehrer. Andernfalls wird auch noch dieſer der polniſchen Bevölkerung in der Provinz Posen wiedergegebene Brocken des natürlichen Rechts in der praktiſchen Ausführung illuſoriſch werden.

Jr. S. Kr.

Aus Nr. 145 und 147 des Kurjer Poznański (Poſen)
vom 29. Juni und 3. Juli 1917.

Um die polniſche Sprache im Religionsunterricht.

Sogar kulturell minder entwickelte Nationen hielten es ſtets für unbedingt nötig, daß der Schuljugend der Unterricht überhaupt, vor allem aber der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde. Unſeren Kindern im preußiſchen Teilgebiet gegenüber begann man mit dem Augenblick, in welchem in Berlin der Gedanke, uns zu entnationalisieren, gekeimt hatte, eine andere Praxis anzuwenden. Auf Grund einer erhaltenen Inſtruktion erließ der Oberpräſident des Großherzogtums Poſen unterm 7. Oktober 1873.

eine Verfügung, welche anordnet, daß polnischen Schülern der Ober- und Mittelstufe der Volksschulen Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden solle, sobald sie in der Kenntnis dieser Sprache soweit gelangt seien, daß sie die Glaubenswahrheiten in deutscher Sprache mit völligem Verständnis und gehörigem Nutzen würden anhören können. Man folgerte, daß das Gewöhnen an die deutschen Gebete in der Schule den Weg dahin bahnen werde, daß die polnische Jugend auch im späteren Alter im Hause und in der Kirche das polnische Vaterunser und das polnische Kirchenlied würde fallen lassen und daß der so erwartete Entnationalisierungsprozeß unfehlbar eintreten werde. Auf Grund dessen, daß polnischen Kindern in weltlichen Unterrichtsgegenständen durch langes Vorsprechen eine gewisse Zahl deutscher Sätze angeeignet wurde und daß die Kinder diese Sätze auf entsprechende Fragen hin gedächtnismäßig zu wiederholen vermochten, erhielt die betreffende Schule in den Berichten der Kreisschulinpektoren das Zeugnis der Reife dafür, die polnische Jugend auf der Ober- und Mittelstufe die Glaubenswahrheiten in deutscher Sprache zu lehren. Die Gewißheit, daß die Regierungs-Schulabteilung Anträge auf Aufhebung des polnischen Religionsunterrichts gern entgegennehme, bewirkte, daß die unteren Schulbeamten nach dieser Richtung hin eifrig tätig waren. Sie täuschten sich auch nicht in ihren Erwartungen. Um den Schulrevisoren eine angenehme Überraschung zu bereiten, machten sich manche Lehrer aus eigener Initiative ohne besondere Anordnung daran, die polnischen Kinder im deutschen Antworten sogar aus den Katechismusteilen von der göttlichen Gnade und von den heiligen Sakramenten zu üben. Dieser Unterricht entsprach aber absolut nicht dem eigentlichen Zweck, weil die Kinder die abstrakten Katechismusbegriffe in fremder Sprache nicht verstanden. Von einer Beeinflussung des Willens, vom Wecken guter Entschließungen in den Schülern, von dem Einimpfen religiöser Empfindungen in ihre Herzen konnte da nicht die Rede sein.

Da das Gewissen manche Schulinpektoren nicht gestattete, das Zeugnis auszustellen, daß man ohne moralischen Schaden für die Kinder in der Schule den deutschen Religionsunterricht einführen könne, kommen Fälle vor, daß in zwei benachbarten Dörfern, deren nationale Verhältnisse verschieden sind, ganz abweichende Verhältnisse herrschen.

Hier hören die polnischen Kinder kein Wort in der Muttersprache mehr, dort hingegen wird der polnische Religionsunterricht noch geduldet. Die Erfahrung lehrt, daß der Eifer im Ausschalten des polnischen Wortes nicht den erwarteten Erfolg hatte. Der gänzlich isolierte Schulunterricht schlug im Leben nicht Wurzel. Dagegen zeigte sich das Fehlen des warmen muttersprachlichen Wortes in einem so wichtigen Gegenstande, wie es der Religionsunterricht ist, darin, daß die Jugend in Glaubenssachen gleichgültig wurde und in sittlicher Hinsicht verwilderte, daß sie sich verschiedene Vergehen zu schulden kommen ließ, daß die Tätigkeit der Jugendgerichtshöfe sich steigerte und ebenso das Anordnen der Zwangserziehung von Kindern. Eine Schulgeneration nach der anderen machte solche Bahnen durch, das System aber wurde weiter aufrecht erhalten, indem man sich der Täuschung hingab, daß die Germanisierung auf diesem Wege Fortschritte machen werde. Obwohl der Minister v. Gossler Maßhalten im weiteren Aufheben des polnischen Religionsunterrichts anempfahl, griff der Eifer weiter um sich. Bekanntlich ist Posen vor dem Kriege weiter gegangen, als es sich die preussische Regierung wünschte. Das geht aus dem Bescheide des Kultusministers hervor, der auf die Interpellation unserer Abgeordneten vom 27. April 1914 erfolgte und aus den seitens des Ministers dem verstorbenen

Erzbischof Sikowski gegenüber geäußerten Worten. Unter dem Vorwande, daß Lehrer, welche die polnische Sprache beherrschten, nur in unzulänglicher Zahl vorhanden seien, wurde in den Posener Schulen der polnische Religionsunterricht sogar auf der Unterstufe eingeschränkt. Indessen erwiesen Untersuchungen eine hinlängliche Zahl von Lehrern, die sich oft trotz des gegenteiligen Druckes bereit erklärten, den Religionsunterricht polnisch zu erteilen. Der Minister gebot dem Posener Magistrat, den früheren Stand der Dinge wiederherzustellen, was aber bisher nicht voll und ganz geschehen ist. Auf diese Sache werden wir noch zurückkommen.

Der Krieg und die sich aus ihm entwickelnde Freiheitliche Strömung mit der Losung, daß die Eigenheiten der Völker zu achten seien, waren nötig, damit ein bescheidener Anfang in der Beseitigung der polnische Jugend beeinträchtigenden Versuche gemacht wurde und daß man den weiteren Verfüzungen der polnischen Sprache in der Schule ein Ziel setzte. Der neue Ministerialerlaß berichtet nur von der Absicht, den Religionsunterricht auf der Unterstufe der Volksschulen wieder einzuführen, er spricht aber nicht von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme für alle Klassen und für alle Schulen, die von polnischen Schülern besucht werden. Diese Zurückhaltung erklären wir uns mit dem tatsächlichen augenblicklichen Mangel an polnischen Lehrern überall, namentlich aber in der Provinz. Sollte die Einschränkung der Berechtigung der polnischen Sprache in der Schule auf eine so minimale Dosis in der Absicht des Ministeriums liegen, so wäre das ein Danaergeschenk. Es kann doch niemand annehmen, daß ein polnisches Kind nach mehrjährigem polnischen Katechismus-Unterricht das polnische Gebet in der Schule und in der Kirche mit dem deutschen vertauschen sollte.

Wir müssen auch eine gewisse Ungenauigkeit in dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekanntgegebenen Ministerialerlaß feststellen. Diese Ungenauigkeit ist in der Behauptung enthalten, daß die Aufhebung des polnischen Religionsunterrichts schon von Anfang an lediglich wegen der unzulänglichen Zahl der des Polnischen mächtigen Lehrer erfolgt sei. Die Sache verhielt sich insofern anders, als bei dem Beginn der Einführung von deutschem Religionsunterricht in Schulen mit polnischen Schülern im Großherzogtum polnische Lehrer in vollkommen hinlänglicher Zahl vorhanden waren. Sie begannen erst nach dem Jahre 1887 zu fehlen, als viele von ihnen den Befehl erhielten, in die deutschen Westprovinzen Preußens zu verziehen, und zwar darum, weil sie bei der Durchführung der Germanisierungstendenzen im Schulwesen hinderlich gewesen wären. Von da an hörte die polnische Jugend auf, sich in größerer Zahl dem Lehrerberufe zuzuwenden. Im Ministerialerlaß sind somit Ursache und Wirkung verwechselt worden.

Das unpädagogische Schulsystem sowie auch das Empfinden des Willens der Schulbehörde haben bewirkt, daß in den letzten Jahren noch verhältnismäßig junge polnische Lehrer in Massen aus dem aktiven Dienste austraten, wobei ihnen die Schulbehörde keine Schwierigkeiten bereitete. Die Gewißheit, daß die pädagogischen Torturen in der Schule infolge Wiederherstellung der der polnischen Sprache zustehenden Rechte aufhören sollen, würde bewirken, daß so mancher von jenen Emeriten als Vertreter in den aktiven Dienst zurücktreten würde. Der Mangel an Lehrern für den polnischen Unterricht würde sich auch noch aus einem anderen Grunde verringern. In Posen hat eine bedeutende Zahl von Lehrern, nachdem sie sich von den Intentionen der Schuldeputation und der Regierung überzeugt hatten, erklärt, sie kannten die polnische Sprache nicht — denn diese Erklärung wurde ihnen in den Mund gelegt. Sie taten das ferner in der Befürchtung vor unangenehmen

Folgen im Falle des Festhaltens an der polnischen Nationalität. An Beweisen hierfür fehlt es nicht.

Der Erlaß des Kultusministers ordnet nicht an, daß der polnische Religionsunterricht auf der Unterstufe für die polnischen Schüler überhaupt gelten solle, sondern nur für die „Schulanfänger, die noch keine hinlänglichen Kenntnisse in der deutschen Sprache besitzen“, für die, „welche die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Maße beherrschen“. Die Verfügung soll, wie aus einer anderen Stelle des Textes hervorgeht, „auf die Kinder Anwendung finden, die lediglich die polnische Sprache kennen“. Angesichts der bekannten Abneigung gegenüber der polnischen Sprache wird obige Klausel den unteren Schulorganen ein breites Feld für Willkür bieten. Wir erinnern uns daran, wie man in früheren Zeiten auf Grund von Vorwänden polnischen Schülern das Recht abgesprochen hat, der polnischen Religionsabteilung anzugehören. Aus dem Klange des Namens zog man den Schluß, daß der Großvater wahrscheinlich Deutscher gewesen sei und daß daher der Enkel nicht Pole sein könne. Die Kenntnis einiger deutschen Vokabeln bot den Vorwand, den kleinen Polen der deutschen Abteilung zu überweisen und im Schüleralbum seine Nationalität und seine Konfession mit den Buchstaben „d f“, d. h. „deutschkatholisch“ zu bezeichnen. Für den Fall des Verziehens der Eltern in eine andere Gemeinde änderte sich dieser Stand der Dinge nicht, der das polnische Kind beeinträchtigte und dessen Eltern in hohem Grade verletzte. Diese falsche Bezeichnung wurde der Schüler erst los, wenn er mit vollendetem 14. Lebensjahr die Schulbank verließ. J. J. 1882 und in den folgenden Jahren gelangten, was auch heute noch vorkommt, in die deutschen Religionsabteilungen oft Kinder, die den Geist der deutschen Sprache überhaupt nicht kannten. (Es folgt eine historische Schilderung der in den Jahren 1882 und 1883 in der Stadt Posen und in benachbarten Ortschaften, sowie im Landtage gegen dieses Verfahren der Schule polnischerseits ins Werk gesetzten Protestaktion; dann schließt das Blatt:)

„Anlaß zu Klagen, wie sie in jener Zeit laut wurden, bestehen heute in noch größerem Umfange. Der Religionsunterricht wird auf der Ober- und Mittelstufe mit geringen Ausnahmen den polnischen Schülern in deutscher Sprache erteilt, und in Posen sitzen in der Unterstufe in den deutschkatholischen Religionsabteilungen viele Polen. Zwecks Feststellung des Sachverhalts empfehlen wir eine Untersuchung der Verhältnisse, wie sie z. B. in der Kommeniuschule und in der Wildaer Knabenschule herrschen.

Der neue Ministerialerlaß beseitigt die Hindernisse für eine gehörige religiöse Erziehung der polnischen Kinder auf der Mittel- und Oberstufe der Volksschulen nicht, und er eröffnet auf der Unterstufe ein breites Feld für verschiedene Willkür.

Aus Nr. 145 des Kraj (Lissa)
vom 29. Juni 1917.

Wie die „Germania“ berichtete, hat in der Sitzung des katholischen Lehrervereins in Posen vom 23. Mai der Leiter dieses Vereins, Mittelschullehrer Bensch, einen Vortrag über die Schrift des Provinzial-Schulrats Bock gehalten. Die hierauf von dem Verein angenommene Entschliebung spricht sich unter anderem für die Gewährung des polnischen Religionsunterrichts aus, befürwortet auch die Einführung von polnischem Sprachunterricht selbst für deutsche Schüler. Der „Kraj“ bemerkt hierzu:

„Natürlich sind wir nicht mit allen Punkten der Entschliebung einverstanden, wir meinen aber, daß sich mit Herrn Bensch und mit seinem katholischen Lehrerverein über die Sache des Religionsunterrichts

in der polnischen Muttersprache reden läßt, daß man mit ihnen zu einer Verständigung gelangen kann. Es geht aus der Entschliebung die Anerkennung des erzieherischen Grundsatzes betreffend den muttersprachlichen Religionsunterricht hervor.

Mit Rücksicht hierauf begrüßen wir die Ausführungen des Herrn Bensch und die auf seine Veranlassung gefaßte Entschliebung. Es lohnt sich, sie zur Kenntnis der polnischen Gesamtheit zu bringen als Beitrag zu der Schulsache, sowie als einen neuen Beweis dafür, daß breite Kreise der Lehrerschaft die Anschauungen des jünstantanen (liberalen) Posener Lehrervereins und des Herrn Schulrats Bock nicht teilen.“

Aus Nr. 148 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. Juli 1917.

Schulverhältnisse.

Von angesehener Seite her erhalten wir was folgt:

Am 9. Juli führten polnische Eltern, die neuerdings aus Westfalen hier eingetroffen waren, ihr Töchterchen der 7. Klasse der Schrodfaschule zu. Die Mutter und der Vater, selbst Polen, forderten ausdrücklich, daß das Mädchen der polnischen Religionsabteilung überwiesen werde. Ungeachtet dessen hat es die Schule der deutschen Abteilung überwiesen. Auf die Vorstellung der Mutter hin, die für das Kind eintrat, antwortete der Rektor, das Kind müsse, da die Eltern aus Westfalen gekommen seien, die Religion in deutscher Sprache lernen — und übrigens sei die deutsche Sprache die Hauptsache. — Sollte also den Eltern schon das Recht genommen worden sein, über ihre Kinder zu entscheiden, das göttliche und menschliche Recht, das für sie spricht? Aber vielleicht ist das die neue Richtung nach der berückichtigten Entschliebung der Posener Lehrer und Pädagogen? Natürlich haben die Eltern wegen dieser ihnen zugefügten schweren Unbill eine Beschwerde an die Regierung gerichtet.

Aus Nr. 148 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. Juli 1917.

Im Zusammenhang mit dem vielbesprochenen Vorfall in der höheren Mädchenschule in Ostrowo,

woselbst eine Lehrerin eine Schülerin wegen Polnischsprechens geohrseigt hatte, berichtet man uns aus der Stadt:

Die wegen des Ostrowoer Vorkommnisses bekannte Lehrerin Hartmann war vorher in der hiesigen höheren Mädchenschule der Frau Wegener beschäftigt, und sie hat ihre erzieherischen Methoden gewiß von hier aus nach Ostrowo übertragen. Man muß nämlich wissen, daß es in der Schule der Frau Wegener oft vorkommt, daß die Vorsteherin selbst die Schülerinnen bei dem ersten besten Verschulden ohrseigt. Wir meinen, daß sich die Eltern solche unpädagogische Praktiken energisch verbitten sollten.

Aus Nr. 134 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 14. Juni 1917.

Die Schulverhältnisse im Regierungsbezirk Marienwerder.

Zu einem Artikel der „Germania“ über die Zurücksetzung der Katholiken im Regierungsbezirk

Marienwerder auf dem Gebiet des Schulwesens bemerkt der „Wiarus Polski“:

Das sind die — übrigens berechtigten — Forderungen der Katholiken. Wie sieht aber die Benachteiligung der Polen auf diesem Gebiete aus? Es wäre Zeit, wenn die deutsche katholische Presse auch an die Schulrechte der polnischen Bevölkerung dächte. Vor allen Dingen sollte man mit der Verdeutschung der polnischen Kinder durch deutsche Bruderschaften und Sodalitäten sowie durch deutschen Beichtzwang aufhören. Hier könnte die Stimme deutscher Blätter wirksam sein.

Aus Nr. 145 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Juni 1917.

Ein falsches Spiel.

In dem Grundton der Artikel in der alldeutschen Presse kann man, wenn in ihnen von Polen die Rede ist, zwei Arten unterscheiden: entweder ist dieser Ton aufrichtig oder unaufrichtig. In denjenigen Artikeln, wo die Verfasser das wirklich sagen, was sie denken, kommt die grundsätzlich feindliche Gesinnung den Polen gegenüber zum Vorschein. Sie offenbart sich in einer mehr oder weniger scharfen Form, sie tritt aus jedem Artikel ganz deutlich hervor. Sie trägt das Merkmal jenes bekannten Chauvinismus der „Herrennation“ dem „Volke der Heloten“ gegenüber an sich. Es vereinigt sich in ihr abgöttische Selbstverherrlichung mit Mißachtung der Polen als eines rohen und unreifen Elements, das erst durch die Deutschen kultiviert und zivilisiert werden müsse.

Einen solchen Charakter verraten vor allem diejenigen Artikel in der „Vossischen Zeitung“, in denen Rudolf Roth die auf seiner Informationsreise in Polen gewonnenen Eindrücke schildert, die ein wertvolles Beobachtungsmaterial bilden sollen. Eine oberflächlichere und einseitigere Schilderung ließe sich jedoch kaum denken. Sie zeugt von der ungeheuren geistigen Beschränktheit des Verfassers, der scheinbar liberal angehaucht, im Grunde genommen aber von den Grundsätzen der alldeutschen Toleranz und Höflichkeit vollständig durchdrungen ist. Nach der Ansicht Roth's haben nämlich die Polen aus eigener Kraft überhaupt nichts Positives geschaffen. Von der Schule und den Schulbüchern an bis zur Verwaltungskunst haben sie alles den Deutschen zu verdanken, die in Polen gleichsam wie Apostel der Zivilisation in einem halb-wilden Lande ganz neue Grundlagen für ein leidlich-menschliches Zusammenleben schaffen müssen. Einer solchen farrichtartigen Fälschung der Tatsachen ist aber nur ein Geist fähig, der von alldeutschem Größenwahn befallen ist. Wir wollen hier nur als Beispiel einen Punkt hervorheben: Der Verfasser jener Artikel behauptet, daß die Deutschen den Polen sogar eine Bibel für den Schulunterricht hätten schreiben müssen. Indessen ist bekannt, daß die Bibel von Promyk, die in den polnischen Schulen des Königreichs Polen eingeführt war, als das Muster eines Handbuchs für den Unterricht der Kinder von der höchsten pädagogischen Institution in England anerkannt wurde. Das Königreich Polen bedarf überhaupt gerade auf dem Gebiete des Schulunterrichts keiner fremden Unterstützung; denn das, was es in dieser Richtung trotz der Unterdrückung von Seiten Russlands geleistet hat, reicht schon vollständig aus als eine nationale, mit eigenen Kräften geschaffene Grundlage für ein unabhängiges polnisches Schulwesen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann sich allerdings vielleicht noch ein Mangel an geeigneten Personen, an Geld- oder an technischen Mitteln bemerkbar machen. Das alles ist aber lediglich eine Folge der Vernachlässigung von Seiten der russischen Regierung und ebenso ein Ergebnis der gegenwärtigen Kriegszustände, unter denen das

Königreich Polen mehr zu leiden hat, als jedes andere Land in Europa. Aber was die Polen sonst auf dem Gebiete der Pädagogik und der Kultur trotz der größten Schwierigkeiten geleistet haben, das läßt sich durch keine Bosheit der Alldeutschen vertuschen.

Kein Mensch unter den Polen wird es übrigens zu leugnen wagen, daß das Königreich Polen auch von den Deutschen viel lernen kann. Ebenso wenig wird sich irgend jemand dagegen sträuben, daß von den Mustern deutscher Tüchtigkeit, Arbeitsamkeit und Energie überall dort Gebrauch gemacht werde, wo die technische Entwicklung und die geistige Bildung des Landes dabei Nutzen haben könnten. Aber Notheit und Genossen dürfen nicht etwa glauben, daß die Polen hierbei die Rolle der Anfänger einem arbiträren Mentor gegenüber zu spielen hätten. Wir haben nämlich schon hinreichend bewiesen, daß auch wir über eine herrliche Überlieferung und eine zivilisatorische Kraft verfügen, auf Grund deren wir, sobald die Schranken des äußeren Zwanges gefallen sind, die Höhe der Kultur Westeuropas in einem raschen Tempo erreichen werden.

Der Gesichtspunkt also, unter dem Notheit die polnische Frage beurteilt, ist ein typisches Beispiel für einen vollständigen Mangel an psychologischer Beobachtungsgabe bei den Deutschen. Was fremd erscheint, was nicht nach deutscher Schablone zugeschnitten ist, das wird gering geschätzt und verächtlich gemacht; denn man ist überzeugt, daß nur ein Berlin-Potsdamer Patent allen Menschen und Dingen den Stempel der Vollkommenheit verleihe. Darüber wollen wir nun kein Wort verlieren. Denn die einsichtsvolleren Deutschen haben, hauptsächlich durch die bitteren Erfahrungen belehrt, die sie während dieses Krieges bei den neutralen Völkern gemacht haben, schon längst diese Methode selbst aufgegeben. Sie versuchen jetzt auch allen beschränkten Köpfen von der Art des Roth mit mehr oder weniger Erfolg klar zu machen, daß Europa kein Kasernenhof, sondern ein Terrain für die Entwicklung ausgeprägter, nationaler Individualitäten darstellt, von denen jede das Recht und den Ehrgeiz hat, sich nach ihren eigenen Idealen zu entwickeln.

Die Art und Weise, in der die polnische Frage von Roth behandelt wird, trägt jedoch wenigstens den Stempel der Aufrichtigkeit an sich, obwohl sie den Tatbestand durch das Prisma alldeutscher Selbstverherrlichung betrachtet. Dagegen ist die Methode ganz unaufrichtig, die darin besteht, daß man den undankbaren Polen gegenüber die Rolle enttäuschter Wohltäter zu spielen sucht. Wenn man nämlich liest, mit welchem Gefühl bitterer Enttäuschung sich die betreffenden Publizisten über das Verhalten der Polen äußern und wie schmerzlich-ironisch ihre Bemerkungen über den gutmütigen „deutschen Michel“ klingen, bei dem die Polen sich auf die Weise bedanken, so möchte man manchmal annehmen, daß hier vielleicht wirklich nur irgendein Mißverständnis vorliege. Und man möchte dann diesen Herren erklären, aus welchen Gründen sie im Irrtum sind; man möchte sie darauf hinweisen, daß die Politik doch weder Wohltaten, noch irgendwie Dankbarkeitsgefühl kennt, sondern daß in ihr ausschließlich das eigene Interesse entscheidet. Ebenso möchte man sie darauf aufmerksam machen, daß auch Deutschland sich nur in seinem eigenen Interesse entschlossen hat, das Königreich Polen wieder aufzubauen, und daß diese Tat verschiedene, aber niemals solche Folgen haben kann, die mit dem Gefühl des Wohlwollens oder des Dankes auf der einen und auf der anderen Seite im Zusammenhange stehen.

Würde man sich aber wirklich auf eine Erklärung dieser elementaren Grundsätze der Politik einlassen, so würde man damit nur verraten, daß man die geistige Veranlagung jener Publizisten unterschätzt hat. Sollten

nämlich diese alldeutschen Herren, die wahrlich nicht erst von Herrn von Bethmann Hollweg zu lernen brauchen, wie man sich von aller „Sentimentalität frei zu halten“ hat, gerade bei der Behandlung der polnischen Frage in einen Fehler verfallen, der sonst doch niemals ihr wunder Punkt war? Das wird wohl niemand annehmen können. Wir haben übrigens auch zu viel Achtung vor der politischen Ausbildung gerade dieser unserer erbittertsten Gegner, als daß wir glauben sollten, daß sie sich in ihren Sympathien den Polen gegenüber enttäuscht fühlen könnten. Es ist somit nicht schwer zu erraten, daß es sich hier lediglich um ein politisches Spiel und um Lösungen handelt, an die man selbst nicht glaubt und durch die man nur auf das Gemüt seiner Leser einwirken möchte. Keiner von diesen Politikern, die besondere Ansprüche auf unsere Dankbarkeit erheben, glaubt nämlich selbst an das, was er verkündet; denn jeder von ihnen versteht nur zu gut die politischen Grundsätze von jenem Verhältnis zu unterscheiden, in welchem im Privatverkehr der Wohltäter und der Empfänger zu einander stehen. Dieses Verhältnis wird aber von ihnen wider besseres Wissen gerade auch auf das Gebiet der polnisch-deutschen Politik übertragen, um dadurch die Grundlage für eine billige und populäre Argumentierung zu gewinnen und die Polen in den Augen des biedereren deutschen Philisters in ein schlechtes Licht zu stellen. Das ist wirklich schon eine grobe Arbeit, denn dieselben Alldeutschen haben ihre wahren Gefühle den Polen gegenüber schon oftmals verraten, und sie konnten dieselben nur aus dem Grunde nicht in die Tat umsetzen, weil sie nicht am Ruder sind. Wenn sie also jetzt die Maske bitter enttäuschter Wohltäter aufstecken, so können sie damit höchstens ein naives Publikum irreführen. An solchen Naiven fehlt es allerdings nirgends, also auch in Deutschland nicht, deswegen rentiert sich auch dieses falsche Spiel der Alldeutschen immerhin, solange, bis die Arrangure dieses Spiels ihren Kredit ganz eingebüßt haben. Daß aber dieser Kredit bereits zu wanken anfängt, das unterliegt keinem Zweifel.

Aus Nr. 70 der Prawda (Posen)
vom 3. Juli 1917.

Die Allpolen und die Alldeutschen.

In einer der früheren Nummern der „Prawda“ haben wir nachgewiesen, daß jedes Volk, wenn es als politisch reif gelten will, aus verschiedenen Gruppen oder Parteien bestehen muß; denn das allgemeine Wohl eines jeden Volkes kann erst dann gedeihen, wenn alle Bürger in edler Weise miteinander wetteifern.

Wir haben damals zugleich gezeigt, daß auch das polnische Volk, da es — wenn auch nicht hinreichend — politisch gebildet ist, aus verschiedenen Gruppen und Parteien besteht. Und wir behaupten auch noch heute, daß solche Parteien tatsächlich notwendig sind. Es kommt jedoch darauf an, daß alle diese Parteien in geziemender Weise miteinander wetteifern, d. h. daß der Endzweck ihres Wettstreits stets das Wohl des ganzen Volkes bleibe.

Das ist aber nicht bei allen Parteien der Fall. Es gibt ebenso wie unter den einzelnen Individuen auch solche, welche dem allgemeinen Wohl schaden, — und diesen Schaden richten sie dadurch an, daß sie ihr eigenes Interesse; d. h. das Interesse der Partei, über alles andere setzen. Das dürfte selbstverständlich nicht vorkommen, denn in erster Linie soll stets nur das Interesse des ganzen Volkes berücksichtigt werden. Zuerst kommt nämlich das Volk, und erst dann kommen die Parteien, aber nicht umgekehrt. Zu denjenigen Parteien, die in ihrer Verblendung ihr eigenes Interesse höher stellen als das des ganzen Volkes, gehören die Allpolen und die Alldeutschen.

Die Allpolen — das sind unsere Nationaldemokraten, über die wir schon dieses und jenes berichtet haben.

Die Alldeutschen — das sind die deutschen Haskisten höheren Stils. Sowohl die ersten als auch die zweiten schaden durch ihr Maulheldentum ihrer eigenen Volksgemeinschaft, d. h., ebenso dem polnischen, wie dem deutschen Volke. So stören die Allpolen oder Nationaldemokraten die Arbeit ernster und um das Wohl des polnischen Volkes besorgter Männer dadurch, daß sie unmögliche Forderungen stellen und dabei ein unheimlich loses Mundwerk haben. Sie verlangen nämlich „ein Polen von Meer zu Meer —“, ohne daran zu denken, daß wir uns nicht ausbreiten, sondern vielmehr innerlich vertiefen sollen. Sie treiben, so oft sich irgendwo Gelegenheit dazu bietet, mit maßlosen Forderungen auf und rufen dadurch ganz unnützerweise Zorn und Unwillen bei Fremden hervor, die dann natürlich auch auf die anderen Polen übertragen werden.

Die Nationaldemokraten kümmern sich eben nicht darum, wie es dem polnischen Volke dabei ergeht; Hauptsache ist für sie, daß sie sich selbst dadurch bemerkbar machen. Sie sind in dieser Hinsicht mit jener Kuh zu vergleichen, die sehr laut brüllt, aber wenig Milch gibt. Eine ehrliche, gewissenhafte und beharrliche Arbeit zum Wohle des eigenen Volkes kennen eben manche der Herren Nationaldemokraten gar nicht. Sie verstehen nur zu schreien und zu wühlen.

Dafür haben sie jetzt schon ihre Strafe erhalten. Ihre Partei hat nämlich ebenso in Galizien, wie im Königreich Polen Ziaszto gemacht, und es wird sicherlich nicht lange dauern, so wird sie auch bei uns ihr ganzes Ansehen verlieren. Das polnische Volk hat sie nämlich jetzt schon durchschaut; es hat sich überzeugt, daß ihr Geschrei und ihre Wühlerei uns nur Schaden bringen.

Im Königreich Polen hat sich das polnische Volk bereits zu jener Zeit von ihnen abgewandt, als sie die These aufstellten, daß wir „auf das Wohlwollen des Zaren zu warten hätten“. Wie tief müssen die Nationaldemokraten gesunken sein, wenn sie um die Gunst des Zaren betteln wollten, dessen Kosaken und Henker Zehnertausende unserer Brüder niedergemetzelt haben und auf dessen Geheiß Zehnertausende der Unserigen nach Sibirien verbannt wurden. Und da wollten die Nationaldemokraten noch um die Gunst jenes Moskowiters betteln, mit welchem die Polen 35 Kriege geführt haben. Sie wollten sich also mit denjenigen verbrüdern, von welchen unser Dichter Adam Mickiewicz sagte:

„Wer behaupten wollte, daß die Russen
Brüder wären der Lechiten (Polen),
dem werde ich als erster eine Kugel in den Kopf
jagen“.

Die Nationaldemokraten schaden also und schaden auch jetzt noch am meisten dem polnischen Volke, und in dieser Hinsicht stehen sie auf vollständig gleicher Stufe mit den Alldeutschen und Haskisten. Es besteht zwischen ihnen und den Haskisten höchstens der eine Unterschied, daß die Haskisten sich offen als unsere Feinde bekennen, während die Nationaldemokraten das polnische Volk dadurch verwirren, daß sie selbst auch Polen sind.

Viele Nationaldemokraten boten, als am 5. November das polnische Reich proklamiert wurde, alles auf, damit das polnische Volk seine Zufriedenheit über diesen Akt zeige. Und als der Sprachenparagraf und das Enteignungsgesetz aufgehoben wurden, da griffen die Nationaldemokraten wiederum diejenigen an, welche sich um die Beilegung dieser Gesetze bemüht haben.

Sie suchten also jede gesunde Regung in unserem Volke zu ersticken.

Man könnte den Nationaldemokraten so viel ähnlicher Todsünden vorhalten, daß eine lebenslängliche Buße nicht ausreichen würde, um alle diese Sünden zu tilgen. Aber trotzdem denken sie an keine Besserung. Im Gegenteil, sie waten im Sumpfe dieser Sünden immer weiter, — wie es jeder unverbesserliche Sünder tut. Aber sie werden in diesem Morast so lange waten, bis sie in ihm selbst zugrundegehen.

In gleicher Weise versündigen sich gegen das deutsche Volk die Alldeutschen und die Hafatisten. Sie haben bewirkt, daß Deutschland jetzt so wenig Freunde in der Welt besitzt. Auch der gegenwärtige schreckliche Krieg ist zum Teil nur ihr Werk. Das deutsche Volk muß somit jetzt für die Sünden dieser Alldeutschen und Hafatisten in einer so furchtbaren Weise leiden. Und die Hafatisten denken dabei ebenso wenig wie die allpolnischen Nationaldemokraten an eine Umkehr von ihrer schiefen Bahn. Sie haben nämlich im Kriege nichts gelernt. Statt sich die Freundschaft der Mitmenschen zu gewinnen und durch eine gerechte Behandlung der Polen, die bis dahin von ihnen geknechtet wurden, der Welt zu beweisen, daß sie sich aus einem Saulus in einen Paulus umgewandelt hätten, fallen sie auch jetzt noch von neuem über uns her.

Es bewahrheitet sich also an ihnen ebenso wie an den allpolnischen Nationaldemokraten das Sprichwort: „Wen Gott strafen will, dem nimmt er zunächst den Verstand“.

Denn man kann heute tatsächlich weder bei den einen, noch bei den anderen mit Vernunftgründen etwas ausrichten.

So haben die Hafatisten neulich wiederum ein schweres Geschütz gegen uns aufgeföhren, aus welchem Grunde, das weiß natürlich nur Gott allein. Eines ihrer Blätter, die „Danziger Neuesten Nachrichten“, schreiben nämlich aus Anlaß der Schließung der Universität in Warschau und anläßlich der Forderung des Staatsrats des Königreichs Polen, daß man jetzt schon einen Regenten für Polen einsetzen möchte, buchstäblich folgendes:

„Die Polen dürfen doch nicht vergessen, daß Polen nach dem Kriege ein von den deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen bezwungenes und somit eroberetes Land darstellt, und daß nach alter Sitte die Herren in einem solchen Lande die Sieger, nicht jedoch die Besiegten sind.“

Kann man denn in so wenigen Worten noch mehr ungereimtes Zeug schreiben?

Danach sollen also in Polen die Deutschen und die Österreicher als Sieger und wir Polen als Besiegte gelten.

Wann hat denn aber Polen zurzeit dieses Krieges gegen Deutschland und Österreich-Ungarn überhaupt gekämpft? Wann wurde es denn bezwungen? Wo sollen somit die Sieger und die Besiegten herkommen?

Diese Behauptung enthält also so viele und so offensbare Ungereimtheiten, daß es sich nicht verlohnt, auf sie näher einzugehen.

Es kommt uns aber auch gar nicht darauf an, unseren Lesern jeden Unsinn mitzuteilen, den die Hafatisten über uns verbreiten. Wir wollen hier nur feststellen, daß sowohl die Allpolen oder Nationaldemokraten, als auch die Alldeutschen oder Hafatisten mit ihrem Geschrei und mit ihren Ungereimtheiten beiden Teilen schaden. Mit den Alldeutschen möge das deutsche Volk fertig werden; — wir haben damit nichts zu tun. Wir haben aber mit aller Macht dafür zu sorgen, daß es keine Schädlinge der polnischen Sache in unserem eigenen Lager gebe, daß also die Nationaldemokraten aus unserer Mitte verschwinden,

wie es ja schon im Königreich Polen und in Galizien geschehen ist.

Aus Nr. 145 und 146 des Glos Narodu (Krafauf) vom 21. und 22. Juni 1917.

Wie die Durchführung des Enteignungsgesetzes von der Regierung hinter den Kulissen erzwungen wurde.

Aus noch nicht veröffentlichten Urkunden.

I.

Das Enteignungsgesetz wurde also von beiden Häusern des preußischen Landtages angenommen und leider auch vom König bestätigt. In der Praxis hat die Regierung seine Anwendung aber noch aufgeschoben. Bülow selbst fürchtete die Wirkung, welche die Ausführung dieses Gesetzes hervorrufen würde, und suchte den Leiter der Nebenregierung Tiedemann und dessen Hauptschreiber mit allerlei Versprechungen für die Zukunft abzufinden. Seine Regierung war aber nicht mehr von langer Dauer. Von den bloßen antipolnischen Projekten konnte er nicht leben, und deshalb mußte er an wichtige, allgemeine Angelegenheiten herantreten, bei denen aber patriotische Phrasen keine Geltung hatten. Die Reichsfinanzen verlangten durchaus eine Verbesserung. Im Reichstage herrschte damals ein konservativer-national-liberaler Block, mit der Spitze gegen das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Polen gerichtet. Dieser Block verfügte nur über eine geringe Mehrheit und konnte bei der ersten Aktion wirtschaftlicher Natur leicht zerfallen, weil die Konservativen in ihm nach rechts, die Freisinnigen aber nach links zogen. Die Freisinnigen, die sich damals nach Jahrzehnten zum ersten Mal als Mitglieder einer unnatürlich zusammengefügten parlamentarischen Mehrheit an der Sonne der Regierung wärmten und durch Vergewaltigung ihrer eigenen Grundsätze zur Annahme des Ausnahmegesetzes in der Form des sogenannten Sprachenparagrafen gegen die Polen im Jahre 1908, sowie zur Bewilligung der „Ostmarkenzulagen“ an die Reichsbeamten in polnischen Gebieten beigetragen hatten, um diese bezüglich der antipolnischen Schmiergelder den preußischen Beamten gleichzustellen, wollten sich mit dem Entgegenkommen nicht begnügen, das Bülow ihnen in Preußen gemacht hatte, indem er ihnen das Verbrennen ihrer und ihrer Anhänger Leichen in den Krematorien — nicht bloß in Göttingen — gestattet hatte, sondern sie verlangten ein realeres Entgegenkommen. Sie verlangten, daß die Reichsfinanzreform vor allem ein abgestuftes Erbschaftsgesetz bringe, damit es mehr als bisher die wohlhabenderen Klassen ohne Rücksicht auf den Grad der Verwandtschaft der Erben belaste. Das war für Bülow eine harte Nuß. Um seinen unnatürlichen Block zu erhalten, mußte er die Wünsche der freisinnigen Partei scheinbar berücksichtigen, obgleich er andererseits wußte, daß die konservativen Junker dort, wo eine Bedrohung ihrer eignen und ihrer Standesinteressen in Frage kommt, weder auf die Regierung noch auf die Krone große Rücksicht nehmen, wie sie das mit Erfolg in ihrem Kampfe mit Caprivi wegen der Handelsverträge und mit Miquel wegen der Kanalvorlagen gezeigt haben, die sie zu Fall brachten, obgleich die Regierung und die Krone ihr Zustandekommen dringend verlangten. Da Bülow ein Wagehals war, glaubte er, daß er in diesem Falle glücklicher sein werde und die Konservativen ihn nicht so leicht im Stiche lassen würden, ihn, den siegreichen Fahnenführer im Kampfe mit den Polen, in welchem er zu Gunsten der Junker und Streber in den polnischen Gebieten so viele Millionen hingegeben und in deren Interesse er so viel antipolnische Gesetze geschmiedet hatte. Daher spielte er „va banque“ und — verlor den Einsatz. Das von ihm vor einem Jahre zurück

gefezte Zentrum trat aus der sich auferlegten Reserve heraus, um der Regierung Bülow's zu zeigen, daß man ohne seine Mithilfe wohl eine Zeit lang lavieren, für längere Zeit ohne diese 100 Stimmen aber doch unmöglich regieren könne. Den Konservativen war im Bloke mit den Freisinnigen die Luft um so dumpfiger geworden, als für das Erbschaftssteuerverprojekt natürlich auch die Sozialdemokraten gestimmt haben würden. Daher gefiel es ihnen in der Gesellschaft, in die sie Bülow hineingezogen hatte, nicht mehr und mochten lieber zum Zentrum zurückkehren, mit dem sie außer der religiösen Frage auch noch verschiedene Fragen sozialer und wirtschaftlicher Natur verbanden. Sie befürchteten, daß der Wagehals und politische Schwimmer Bülow dem Drucke der neuen freisinnigen Verbündeten zu stark nachgeben und zu weit nach links gehen werde, und deshalb machten sie von der sich darbietenden Gelegenheit Gebrauch, um sich diesem unbequemen Bloke zu entziehen. Im deutschen Reichstage bildete sich eine neue Mehrheit, um die im preussischen Landtage siegreiche Politik des Ostmarkenvereins niederzudrücken. Und da sich dieser Mehrheit auch noch die Polen mit ihren 20 Stimmen anschlossen, um die Möglichkeit des Sturzes des Urheber's so vieler Ausnahmegeetze wahrzunehmen, war das Schicksal Bülow's besiegelt. Bei einer namentlichen Abstimmung über sein Erbschaftssteuergesetz fiel dieses — und zwar infolge der Haltung der Polen. Der Bloß zerfiel, und Bülow fiel auch schändlich. Sein Nachfolger wurde Bethmann-Hollweg. Kurz nach Bülow gingen auch seine Mitarbeiter in der antipolnischen Bloß-Politik, der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben und der Landwirtschaftsminister von Arnim, zwei mit ganzer Seele dem Hafatismus zugetane Gönner. Landwirtschaftsminister wurde der damalige Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Schorlemer-Dieser, ein Mann eigener Ideen und ein Sohn des ehemaligen Zentrumsführers in der Zeit des Kulturkampfes, des Freiherrn von Schorlemer-Ast, dessen politische Anschauungen er aber nicht teilte. Schon in seiner Stellung als Oberpräsident der Rheinprovinz bemühte er sich, eine Art katholische Regierungspartei zu schaffen, was wohl dazu beigetragen haben mag, daß er in maßgebenden Berliner Kreisen gern gesehen wurde.

In der antipolnischen Politik, deren bedeutender Teil, wie z. B. die ganze deutsche Ansiedlungsfrage zum Landwirtschaftsministerium gehört, wollte er nicht, wie sein Vorgänger, ein bloßes ausführendes Organ der hafatistischen Nebenregierung sein und beabsichtigte die ganze Ansiedlungspolitik einer gründlichen Prüfung und grundsätzlichen Revision zu unterziehen. Das Enteignungsgesetz erachtete er als eine verfehlte Sache, hielt es für unzweckmäßig und seine Ausführung für bedenklich.

Der „Ostmarkenverein“ gegen den Landwirtschaftsminister und ein scharfer Konflikt mit diesem.

Die Nebenregierung, die früher hinter den Kulissen Bülow und jetzt den Freiherrn von Schorlemer zur Durchführung des Enteignungsgesetzes drängte (Bethmann-Hollweg wollte sich damit persönlich nicht befassen), wollte nicht mehr länger warten, sondern verlangte die Diskontierung des ihr von Bülow und Arnim mündlich und schriftlich gegebenen Wechsels. Als die Diskontierung zu dem bestimmten Termine nicht erfolgte, brach der Krieg aus. Die ganze Presse der Nebenregierung wurde gegen den Freiherrn von Schorlemer in Bewegung gesetzt, und in der „Ostmark“, dem amtlichen Organ des Ostmarkenvereins, erschien ein Artikel des von der Nebenregierung bezahlten Redakteurs Dr. Hunkel, in welchem dem neuen Landwirtschaftsminister unter heftigen Angriffen der Vorwurf der „Täuschung“ wegen Nichthaltung gegebener Versprechungen gemacht wurde. Der Minister quittierte diesen Vorwurf von der Ministerbank aus,

indem er dem Ostmarkenverein mit erhobener Stimme „Verleumdung“ vorwarf. Es kam zu einem offenen Konflikt zwischen ihm und der bisher allmächtigen Regierung hinter den Kulissen, der allgemeines Aufsehen erregte. Aus diesem Grunde veranlaßte der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins eine vertrauliche Sitzung seines Hauptausschusses, welche am 26. Mai 1911 in Posen im Gasthof zur Stadt Rom stattfand und ausschließlich die Besprechung des Konflikts mit dem Minister Schorlemer zum Gegenstande hatte. Der von dem Generalsekretär des Ostmarkenvereins Schoulz gefertigte und unterzeichnete Bericht (den wir hier zum ersten Mal veröffentlichen), enthält folgende, zur Beurteilung dieser Arbeiten hinter den Kulissen überaus merkwürdige Einzelheiten:

„Von Tiedemann bespricht den Konflikt des Hauptvorstandes mit dem Landwirtschaftsminister. Der Ausführende Ausschuss des Hauptvorstandes hat auf den ihm vom Freiherrn von Schorlemer gemachten beleidigenden Vorwurf der Verleumdung absichtlich nicht geantwortet, um dem Gesamtausschusse vorher Gelegenheit zu geben, zu diesem Konflikt Stellung zu nehmen. Tiedemann ist der Ansicht, daß dies in der Form einer zu veröffentlichenden Resolution des Gesamtausschusses geschehen müsse und schlägt vor, daß der Hauptvorstand einen dahingehenden Beschluß bearbeite und durch eins seiner Mitglieder dem Gesamtausschusse zur Annahme vorlege.“

Raschdau (der zweite Stellvertreter des Vorsitzenden des Ostmarkenvereins — Ann. der Verf.) gibt noch einige weitere Aufklärungen über die Entstehung des Konflikts mit Herrn von Schorlemer und verliest den Entwurf eines Beschlusses, den der Gesamtausschuss zu fassen hätte.

Hoetzsch (ehem. Professor der von Miquel geschaffenen germanisierenden Akademie in Posen und wegen seiner schriftlichen Verdienste um den Hafatismus auf Betreiben Tiedemanns zum Professor der Berliner Universität befördert — Ann. des Verf.) ist im allgemeinen mit dem Wortlaute des Beschlusses zwar einverstanden, möchte dem dritten Absätze aber doch eine mildere Form geben.

Wagner (der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ostmarkenvereins) bemerkt, daß der Hauptvorstand nur für den Inhalt des von Dr. Hunkel unterzeichneten Artikels, nicht aber für seine Form verantwortlich sei. Davon, daß er darin Herrn Schorlemer — wie dieser behauptet — den Vorwurf der Täuschung gemacht hätte, kann keine Rede sein.

Dr. Hunkel erwidert, daß dieser Artikel vor seiner Veröffentlichung in seinem Wortlaute den Herren Tiedemann und Raschdau vorgelegen habe. (!) Daher bittet er, ihn nicht zu verleugnen, sondern daß der Hauptvorstand die Verantwortung auch für die Form übernehme, denn sonst müßte er befürchten, daß sein publizistischer Ruf eine Erschütterung erleiden könnte.

Raschdau beruhigt ihn hinsichtlich seiner Befürchtungen und bemerkt, daß der Ausführende Ausschuss des Hauptvorstandes zu seinem energischen Vorgehen gegen von Schorlemer in Sachen der Enteignung aus dem Kreise der Mitglieder des Vereins geradezu gedrängt worden sei.

Von Tiedemann erläuterte die Entstehung des Artikels in der „Ostmark“ und erklärt, daß er den Verfasser in der Sitzung des Gesamtausschusses ebenfalls verteidigen werde.

Dr. Hoetzsch tritt nochmals für eine Milderung der Resolution ihrer Form nach ein, weil er sonst befürchtet, daß der Landwirtschaftsminister einen Druck auf diejenigen Beamten, welche Mitglieder des Ostmarkenvereins sind, ausüben und sie zum Austritt zwingen würde.

v. Paczensky und Tenczyn (ein im Jahre 1906 pensionierter General-Major, der sich mit seinem urdeutschen Namen in den Dienst des Haktismus gestellt und durch antipolnische Arbeiten so ausgezeichnet hat, daß ihn Tiedemann zum besoldeten Agitator des Ostmarkenvereins für Schlesien mit dem Wohnsitz in Breslau gemacht hat — Anm. des Verf.) unterstützt die Ausführungen des Dr. Hoepfich vollständig.

Raschdau tritt erneut für den Wortlaut seiner Resolution ein, erklärt sich aber bereit, sie etwas zu mildern, falls es die Mehrheit fordern sollte.

Boas (Rechtsanwalt in Beuthen — Anm. des Verf.) fordert vor allem, daß der Ausdruck „Fremden“ durch den mildern „Bedauern“ ersetzt werde.

Damit war man einverstanden.

Zwischen Bethmann Hollweg und Schorlemer soll ein Keil getrieben werden.

Wagner spricht sich für die Absendung eines Telegramms an den Reichskanzler aus und begründet seinen Antrag damit, daß der Verein nur in eine Opposition gegen den Landwirtschaftsminister, aber nicht gegen die ganze Regierung eingetreten sei.

Es wird beschlossen, an den Reichskanzler ein Begrüßungstelegramm abzusenden. Hauck und Dr. Hoepfich werden beauftragt, den Wortlaut dieses Telegramms zu entwerfen.

v. Tiedemann teilt mit, daß der Ausführende Ausschuß des Hauptvorstandes die Absicht habe, sein Mandat „in corpore“ in die Hände des Gesamtausschusses niederzulegen, falls dieser das Auftreten des Ausführenden Ausschusses nicht gutheißen sollte.

Boas ist der Ansicht, daß hierzu keine Veranlassung vorliege, weil durch die Annahme der Resolution seitens des Posenen Provinzial-Verbandes des Ostmarkenvereins dem Hauptvorstande das volle Vertrauen ausgedrückt sei.

v. Tiedemann erklärte dann, daß er angeichts dessen bereit sei, von dem beabsichtigten Rücktritte Abstand zu nehmen.

Nach einer Besprechung dreier selbständiger Anträge der Zweigvereine in Kassel, Bistritz und Alt-Rischau (Kassubei) schloß von Tiedemann die Versammlung.

Die Richtigkeit vorstehenden Protokolls ist seitens des Generalsekretärs des „Ostmarkenvereins“ mit den Worten bestätigt:

Für die Richtigkeit.
Schoulz.

Natürlich wurde die Resolution, von der oben die Rede ist, vom Gesamtausschusse des als Nebenregierung wirkenden Vereins angenommen und von seinen einigen Hunderten von Zweigvereinen in den polnischen Gebieten und im ganzen Staate bestätigt und mit entsprechender Würze an die dem Haktismus dienenden Presse weitergegeben. Nach einer ausgegebenen vertraulichen Losung bemühte man sich, den Reichskanzler als Präsidenten der preußischen Regierung und eigentlichen Vertreter der Regierungspolitik gegenüber den Polen möglichst zu schonen, und schlug hauptsächlich auf den seine eigenen Wege verfolgenden Landwirtschaftsminister Schorlemer los, der als der Hauptschuldige an dem „Stillstande“ einer tatkräftigen Ansiedlungspolitik in den polnischen Gebieten galt.

Es verging wieder ein Jahr, und das Enteignungsgesetz wurde trotz der drohenden Noten des Ostmarkenvereins und des Heulens der haktistischen Presse sowie der Intriguen Tiedemanns und Raschdau hinter den Kulissen nicht angewendet. Noch schlimmer war es aber, daß der der Nebenregierung mit Leib und Seele ergebene Oberpräsident der Provinz Posen von Waldow, plötzlich zurücktrat, nach Pommern versetzt wurde und seine Stelle in Posen der Direktor des Kultusministeriums Dr. Schwarzkopf einnahm, der in der Provinz

Posen Güter besaß und zur Überraschung des Leiters der haktistischen Regierung Tiedemann und seiner treuen Befenner seine Wirksamkeit damit begann, daß er den ihm bekannten polnischen aristokratischen Häusern seine Aufwartung machte und sogar an Jagden polnischer Gutsbesitzer teilnahm. Das vertarb den Leitern des Ostmarkenvereins den Humor vollends, und in dieser Gemütsstimmung versammelten sie sich im April des Jahres 1912 in Berlin, um zu beraten, wie der Staat aus der ihm seitens der Regierung drohenden „Gefahr“ zu befreien wäre. Die Versammlung des Hauptvorstandes des Haktistenvereins, an der sich alle Größen der Nebenregierung beteiligten, u. a. auch der dereinst in Lemberg bekannte Professor der Berliner Universität, Geheimrat Dr. Brunner, sowie der f. B. in Masuren als Pastor und kurz vor dem Kriege in dem berühmten Köpenick bei Berlin als Schultat tätige, echt germanisch benannte Sakobielski, der jetzt das Schulwesen in Lodz so schön einrichtet, fand am 27. April 1912 im Lokale des „Klubs der Landwirte“, Dessauer Straße 14, statt.

In dieser vertraulichen Versammlung wurde ein zum Gebrauch der Eingeweihten bestimmtes, ausführliches Protokoll aufgenommen, das späterhin in meine Hände gelangte und nach erfolgter Fertigstellung einer wortgetreuen Abschrift wieder an die betreffende Stelle zurückgegeben wurde. Dieses Protokoll enthält ungemein wertvolles Material zur Beurteilung der Schleichwege des Ostmarkenvereins, ihrer Führer und der geheimen Triebfedern des gegen unsere Volksgemeinschaft in Bewegung gesetzten Apparates. Die allerwichtigsten, bis dahin noch nirgends veröffentlichten Abschnitte sind folgende:

von Tiedemann eröffnete die Versammlung und gab in chronologischer Ordnung eine Übersicht der Vorgänge seit der letzten Versammlung des allgemeinen Ausschusses (vom 26. Mai 1911). Am 28. Juni 1911 habe von Schorlemer ihm gelegentlich einer Unterredung in einer anderen (?) Angelegenheit nahegelegt, daß der Verein seine Agitation für die sofortige Ausführung des Enteignungsgesetzes unterlassen und an Stelle derselben mit aller Entschiedenheit für ein Parzellierungsgesetz eintreten möge (!!).

Er (Tiedemann) wies dieses Ansuchen als für den Verein unmöglich zurück. Was die angekündigten Termine anbetrifft, an denen die Enteignung eintreten sollte, so hat der Verein diese nicht angegeben, sondern die Regierung, die sie aber nicht innehielt. Mit der Versicherung, daß die Enteignung zur Durchführung gelangen werde, verabschiedete sich der Minister mit ihm.
(Schluß folgt.)

Aus Nr. 291 des Ozas (Krakau)
vom 26. Juni 1917.

Die politischen Verhältnisse in Großpolen.

Posen, den 22. Juni.

Zwischen Großpolen und den andern polnischen Landesteilen ist der Verkehr außerordentlich erschwert und eine Verständigung nicht leicht, namentlich während des Krieges. Wenn man seine Gedanken völlig frei äußern könnte, dann würden sich die Ansichten über unsere politischen Ziele, wie auch über die geeignete Taktik, die zu diesen Zielen führt, bei uns ebenso gestalten, wie die in Galizien und im Königreich herrschenden. Auch das Verhältnis der Kräfte wäre ungefähr das selbe. Zunächst herrschen nach dieser Richtung hin bedeutende Unterschiede, obwohl es sich nicht bestreiten läßt, daß im Vergleich zu der Stimmung am Anfang des Krieges bei uns eine gewisse Annäherung an die politischen Strömungen der anderen Landesteile erfolgt ist.

Worin bestehen diese Unterschiede? Der Ausbruch des Krieges hat Großpolen in einer ungeheuer schwierigen Lage angetroffen, die eine sehr angestrengte nationale Verteidigung nötig machte. In dieser Lage hat auch der Krieg zunächst nichts geändert. Die deutsche Regierung hat nach keiner Richtung hin die antipolnischen Gesetze gemildert, und kleine Erleichterungen (Veröffentlichungen mancher Verordnungen in zwei Sprachen) hatten weder Bedeutung noch Einfluß. Tatsachen hingegen, wie die Zerstörung von Kalisch, wirkten aufreizend. Die tätige antirussische Orientierung hatte auch keine Grundlage, und infolgedessen war kein Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Legionen vorhanden. Als im November 1914 die deutsche Regierung sich kurze Zeit überlegte, ob die Werbung zu Gunsten der Legionen nicht auch in Großpolen zuzulassen sei, zeigte es sich, daß ein Boden hierzu nicht vorhanden war. Übrigens hat die Regierung in Anbetracht des Unabhängigkeitsgeistes, der in den Legionen herrschte, die Beziehungen zwischen diesen und uns abgebrochen. Das alles war für die Stellung Großpolens bis zum 5. November entscheidend und hielt den Geist der Opposition im Verhältnis zur Regierung und die Befürchtung aufrecht, daß ein Sieg Deutschlands eine noch größere Unterdrückung des Polentums herbeiführen würde. Diese Stellungnahme war für die Mehrzahl unserer Volksgenossen charakteristisch.

Andere Anschauungen gehörten zu den Ausnahmen. In der Praxis äußerte sich dies darin, daß manche Gutbesitzer von der Möglichkeit der Reklamation vom Kriegsdienst zu landwirtschaftlichen Zwecken keinen Gebrauch machten, sondern sich einziehen ließen in der Überzeugung, daß die Beteiligung der Polen am Kriege gegen Rußland auch für die nationalen Ziele von Bedeutung werden könne. Ein anderer Teil meldete sich zum Dienst in der Zivilverwaltung im Königreich, was ebenfalls in den Augen der öffentlichen Meinung als Beweis des zivilen Muts der Überzeugung galt. Ein dritter Teil schließlich versuchte durch Fühlungnahme mit der Regierung den Krieg zur Erlangung von Zugeständnissen zu Gunsten der Polen im preußischen Staatsgebiete auszunützen. Aber es handelte sich, wie gesagt, nur um Ausnahmen; die Allgemeinheit verhielt sich gegenüber jedem Versuch der Annäherung an die Regierung außerordentlich kritisch. Der Einfluß des Herrn Napieralski, der in seinen Blättern, ähnlich wie in der „Gozina Polski“, der Überzeugung Bahn zu brechen suchte, daß man den Standpunkt des Mißtrauens verlassen müßte, war minimal. Vereinzelt stand auch bei seinen ähnlichen Bestrebungen der Eigentümer des Blattes „Kraj“, der Fürst Drucki-Lubecki da, der bei uns als ernstlicher Politiker gilt, der tatsächlich in Regierungskreisen eine Bedeutung hat. Der ihm in mancher Beziehung nahestehende Herr v. Jackowski, der ehemalige Vorsitzende des landwirtschaftlichen Verbandes, der sich ungeheure Verdienste auf wirtschaftlichem Gebiete erworben hat, hat sich während des Krieges vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Herrschend war also die Überzeugung von der Notwendigkeit einer absoluten Passivität gegenüber der Regierung und dem Kriege.

Erst im zweiten Jahre des Krieges begann sich in der Stimmung des polnischen Volkes ein gewisser Umschwung zu vollziehen, der durch den Akt vom 5. November und die ihn begleitende Überzeugung beschleunigt wurde, daß sich nach dem Kriege die Herrschaft des Autokratismus auf keinen Fall aufrecht erhalten läßt und daß im Gegenteil die Errichtung des polnischen Staates auf die innere Politik Preußens gegenüber den Polen einen günstigen Einfluß ausüben muß. In den schnell aufeinanderfolgenden Ereignissen (Osterbotenschaft) fanden diese Anschauungen Unterstützung, und auf diese Weise entstanden bessere Vorbedingungen zur Begründung einer neuen polnischen Gruppe, die

sich von der Gruppe Napieralskis und des Fürsten Drucki-Lubecki bedeutend unterscheidet, sich mit ihr jedoch auch in einem Punkte berührt.

Ohne die Richtung einer Versöhnung und einer Unterstützung der Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzuschlagen, ist diese Gruppe der Ansicht, daß es möglich und angezeigt sei, die Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie mit dem Autokratismus bricht, und daß eine solche Aktion bei gemäßigter Haltung von unserer Seite Erfolg verspricht. Es ist dies also eine Gruppe, die den Aktivisten im Königreich entspricht. Sie hat den Namen „Gruppe der nationalen Arbeit“ angenommen, und ihr Organ ist die „Gazeta Narodowa“. Die Mehrheit dieser Gruppe bilden Kreise, die sich an der Zivilverwaltung im Königreich beteiligen und dadurch ihre politische Stellung kundgetan haben. Zu ihnen gehören die Herren v. Zychlinski, v. Dziembowski, Graf Franz Kwilecki, v. Koscielski, M. v. Bukowiecki und andere. Zu erwähnen wäre außerdem Graf Loncki aus Poddamow, Graf Adam Zoltowski aus Granowo, Ignaz Bninski, Matthias Koczorowski aus Pamiotkowo, Konstantin Bninski und viele andere. Obwohl diese Gruppe von seiten der Allgemeinheit zuerst Widerstand gefunden hat, so läßt sich eine Änderung nach dieser Richtung hin in den letzten Wochen nicht bestreiten. Die Änderung der Ansichten über die Legionen und den Staatsrat unter den breiten Massen wird nicht wenig zur Stärkung der Gruppe der nationalen Arbeit beitragen.

Außer diesen Gruppen bestehen hier einige Parteien, die in sozialer Beziehung von einander bedeutend abweichen, deren politisches Programm aber beinahe das selbe ist. In sozialer Beziehung gibt es auch bei uns Unterschiede zwischen den verschiedenen Schattierungen der Konservativen und Radikalen, die sich aber nach außen hin nicht bemerkbar machen, da hierzu keine Gelegenheit vorhanden ist. Daher ist eine Einheit selbst völlig entgegengesetzter Parteien auf dem Boden uneingeschränkter Opposition, also auf der nationaldemokratischen Plattform, möglich. Die wichtigste Gruppe dieses Lagers ist das sogenannte „Bürgerliche Zentrum“, dessen Führer Wl. v. Grabzki, v. Trompczynski und v. Mieczkowski sind.

Das Organ dieses Lagers ist der „Kurjer Poznański“, und da dieses Lager über die Mehrzahl der Mandate im Reichstags- und Landtagsklub verfügt, bilden seine Anschauungen die offizielle polnische Politik im preußischen Landesteil. Außerhalb dieser Gruppen stehen schließlich parteilose Persönlichkeiten, die jedoch eine hervorragende Stellung in der Volksgesamtheit einnehmen. Zu ihnen gehört Herr Thaddäus v. Szoldrzynski, Vorsitzender des Verbandes der Landwirte, Graf Ludwig Mysielski, Vorsitzender des Nationalrats, die Herren Sigmund v. Chlapowski und Heinrich v. Mankowski. Alle diese Persönlichkeiten sind nach keiner Richtung hin engagiert und stehen hinsichtlich ihrer Sympathien zwischen der Gruppe der nationalen Arbeit und dem Bürgerlichen Zentrum.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß Großpolen gegenwärtig der Schauplatz von Änderungen in den politischen Anschauungen ist. Die Entwicklung geht im allgemeinen in der Richtung der Schaffung einer Partei, die die Aktivisten mit den oppositionellen, jedoch gemäßigten Elementen vereinigen würde. Die weiteren Ereignisse werden gewiß eine Verständigung bezüglich des genaueren Programms bringen, durch das eine solche aktive Partei zustandegebracht werden könnte. Viele Anzeichen deuten darauf hin, und namentlich die Ereignisse im Königreich drängen dazu. Ich führe nur die Haltung Großpolens gegenüber den Legionen und dem Staatsrat an, die einer Revision bedarf und zum Ausgangspunkt der Konsolidierung einer aktiven Partei werden kann. Diese Frage bedarf einiger Worte der Erläuterung.

Im Posenschen bestand seit langem ein gewisser Gegensatz zu Galizien, und die Beziehungen zwischen diesen beiden Landesteilen waren im allgemeinen schwach. Die Haltung Galiziens im Augenblick des Kriegeausbruchs wurde im Posenschen unfreundlich begrüßt.

Die militärische Aktion der Schützenabteilungen, die die Merkmale einer sozialen Bewegung hatte, weckte ebenfalls kein Vertrauen, und die Abneigung übertrug sich später auf die gesamten Legionen. Die Auflösung der östlichen Legionen, die ausführlich besprochen wurde, entschied endgültig die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Legionen.

Die erst seit einem halben Jahre nach Großpolen gelangten Mitteilungen über die Legionen haben ihre Genesis und ihre internationale Bedeutung in ein neues Licht gestellt und wenigstens die in einigen Kreisen sich angesammelten Vorurteile zerstreuen können.

(Zenjurlücke.)

Das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu dem Staatsrate hat in letzterer Zeit ebenfalls eine schwerwiegende Änderung erfahren. Obgleich man anfänglich annahm, daß der Staatsrat ein gefügiges Werkzeug der Okkupationsbehörden sein werde, hat jetzt seine selbständige Haltung sein Ansehen ungeheuer erhöht, und dann ist auch das Gefühl der Notwendigkeit seines Weiterbestehens erwacht, als eines Faktors, mit dem die Mittelmächte rechnen müssen. Der Antwort der Mittelmächte hat man im Posenschen mit Spannung entgegengesehen. Die Auflösung des Staatsrates hat man allgemein als eine ungünstige Eventualität betrachtet. Im Posenschen ist das Gefühl der staatlichen Macht bedeutend größer als im Königreiche. Das legitimistische Element hat sich dank der langjährigen parlamentarischen Arbeit emporgearbeitet, obgleich diese unter so großen schwierigen Verhältnissen erfolgte; der Mangel einer eigenen Staatsgewalt und der Widerwille gegen eine Konspiration, das sind die Elemente der Anschauungen über die politischen Angelegenheiten des Königreiches. Bei dem Mangel einer Fühlung mit den Kreisen der Aktivisten und bei der einseitigen Information ist die Kenntnis des Programmes der Aktivisten auf dem hiesigen Terrain doch nur eine geringe.

Unter Berücksichtigung dieses Umstandes gelangt man zu folgendem Resultate: Großpolen wird seiner Mehrheit nach wahrscheinlich bis zum Ende des Krieges seinen neutralen Standpunkt beibehalten. Mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse ist dieses Verhalten zum großen Teil gerechtfertigt. Gleichzeitig gewinnt aber auch die Überzeugung an Kraft, daß der Ausbau des polnischen Staatswesens auf dem Terrain des Königreiches schon zur Zeit des Krieges für die allgemein nationale Sache vorteilhaft ist. Die Unterhaltung einer engeren Fühlung mit den Kreisen der Aktivisten des Königreiches kann die Entfaltung dieser öffentlichen Meinung beschleunigen. Eine Änderung nach dieser Richtung hin ist umsomehr erwünscht, als mit den Anschauungen des Posenschen die Passivisten des Königreiches und die Polen der russischen Emigration ernstlich rechnen. Wenn sich heute von großpolnischer Seite Stimmen erheben würden, die für den Ausbau des Staates in dem heute schon möglichen Umfange eintreten, würden sie auf eine nationale Konsolidation im Königreiche einen großen Einfluß haben. Vielleicht werden sich die gemäßigten Faktoren Großpolens unter dieser allgemein-nationalen Lösung vereinigen.

Von den Großpolen betreffenden Angelegenheiten (muß hervorgehoben werden), ist bei uns gegenwärtig das Verhalten der Berliner polnischen Fraktion angesichts der Krafauer Beschlüsse aktuell. Die radikalen Faktoren drängen dahin, daß die Fraktion irgend einen Standpunkt einnehme und sich im Sinne der Krafauer Beschlüsse ausspreche; die besonnenen Elemente

legen sich aber darüber Rechenschaft ab, daß eine Demonstration dieser Art ein gefährliches Spiel wäre und keinen Vorteil bringen würde.

Aus Nr. 147 der Gazeta Ludowa (Kattowitz), vom 4. Juli 1917.

Zur Verjagung der Präsente auf eine Pfarrerstelle

bemerkt die Kattowitzer „Gazeta Ludowa“ infolge einer in der „Schles. Volkszeitung“ abgegebenen Erklärung des Herrn Regierungspräsidenten in Oppeln ihrerseits folgendes:

„Es ist sehr schade, daß der Herr Präsident nicht den wirklichen Verlauf und Inhalt jener Unterredung angegeben hat. Es ist eine sehr merkwürdige Sache, daß der Herr Dezernent Küster gerade bei diesem Besuche des Herrn Kaplans, der doch seiner Erziehung und seiner Überzeugung nach ein Deutscher ist, von seinem Besuche bei einem polnischen Propste gesprochen hat. Woher hatte der Herr Dezernent von diesem Besuch Kenntnis, und weshalb hat er mit dem Herrn Kaplan hierüber gesprochen?“

Die Berichtigung der Regierung ist nur eine Bestätigung dessen, was wir geschrieben haben, daß die Geistlichen von einem Spionagenetze umgeben sind und jeder ihrer Schritte überwacht wird. Trotz der angekündigten Orientierung hält der Leiter der Kirchen- und Schulabteilung, wie ein Pfarrer im „Oberschlesischen Kurier“ schreibt, an seinem alten System fest. Und zu diesem System haben einige Lehrer, Rektoren, Schulinspektoren und Referenten über katholische Geistliche beigetragen. Sein System hat schwarze Listen geschaffen, gegen weder ein Schutz noch eine Berichtigung möglich war.

Ein anderer Pfarrer erzählt in der „Oberschlesischen Volksstimme“, daß ihm Fälle bekannt seien, in denen der betreffende Herr (Küster) der Regierung in Oppeln sich noch drastischer ausgedrückt hat.

Wenn der Herr Regierungspräsident in Oppeln also ein Vertreter der neuen Richtung sein will und sein soll, dann muß er den ihm untergebenen Beamten unbedingt scharf auf die Finger sehen.

Aus Nr. 6 der Wiadomości dla Duchowienstwa (Posen) vom 25. Juni 1917.

Ad Notam.

Aus Anlaß der Angriffe auf den katholischen Charakter unserer Volksgemeinschaft.

Müßten unsere Geistlichen nicht zur folgenden Angelegenheit Stellung nehmen?

Seit einiger Zeit beschäftigt sich ein gewisser Teil der — polnischen — Presse viel mit Angelegenheiten, die mit dem katholischen Charakter unserer Volksgemeinschaft im Zusammenhange stehen. Sie kommt hierbei zu folgendem sehr betäubendem Schluß: der Katholizismus fängt bei uns zu wanken an, und es tritt ein Zerfallsprozeß in alldem ein, was früher unsere Lebenskraft bildete. Und was für Beweise werden von dieser Presse für ihre Behauptung angeführt? Verschiedene. Zunächst wird darüber geklagt, daß unsre parlamentarischen Fraktionen von der parlamentarischen Rednerbühne her für die Rechte des hl. Vaters nicht eintreten wollen oder nicht gewillt hätten. Das würde allerdings einen großen Mangel an Anhänglichkeit gegenüber dem heiligen Stuhle beweisen, wenn es gegen den ausdrücklichen Willen des hl. Vaters geschehen würde.

Nebenbei ist aber zu bemerken, daß die Erörterung der römischen Frage, wie die „Germania“ mitgeteilt hat, auch auf dem internationalen katholischen Kongresse in der neutralen Schweiz auf ausdrücklichen

Wunsch aus Rom unterbleiben mußte. Der katholische Charakter unserer Volksgemeinschaft soll ferner eine Trübung durch die Tatsache erfahren haben, daß unsere parlamentarischen Fraktionen unter dem Einfluß des Freimaurertums stünden; einige Blätter haben jedoch später, als sie aufgefordert wurden, konkrete Tatsachen anzuführen, diesen Vorwurf stark verflauscht. Die ständige Verbreitung solcher Gerüchte und vor allem die Wiederholung dieses Klatsches in Blättern, die als Lektüre für die breiten Schichten unseres Volkes bestimmt sind, mußte nichtsdestoweniger bis zu einem gewissen Grade den Eindruck erwecken, daß unter unseren Abgeordneten sich vielleicht doch ein Herr — mit einem Pferdefuß befinde. Später wurde ein neues Gespenst vorgeführt: wir stünden vor der Gefahr einer Nationalkirche. Diese Nachricht wurde von dem Einzigen, der sie zu erst gebracht hat, zweifellos im besten Glauben verbreitet, und sie wurde von ihm auch nachträglich auf ein Minimum reduziert, aber von anderen Blättern wurde sie trotzdem weiter ausgebeutet. Diese Blätter suchten unser Volk und die ganze Welt damit zu schrecken, daß dem Katholizismus in Polen von seiten einer solchen Nationalkirche her der Zerfall drohe.

Ich will hier den politischen Charakter aller dieser Elaborate nicht näher untersuchen. Ebenso wenig will ich die Frage erörtern, ob von der Presse, die mit ähnlichen Vorwürfen operiert, die Heiligkeit der Religion nicht zu anderen Zwecken mißbraucht wird.

Ich möchte nur auf einen Punkt aufmerksam machen, wo wir Geistliche im Interesse der Allgemeinheit unsere Stimme erheben müßten.

Ich habe nämlich vor allem die Überzeugung, daß Leute, die solche Verdächtigungen austreuen, dem polnischen Volke in den Augen der ganzen Welt schaden. Denn sie setzen den Wert unseres Katholizismus herab und stellen — nach meiner Ansicht mit Unrecht — unsere katholischen Gefühle in einem falschen Lichte dar. Ihre Schreibereien müssen ja nach außen hin den Eindruck erwecken, als ob die religiöse Freidenkerei bei uns so groß sei, daß wir bereit seien, sogar ein Schisma heraufzubeschwören, uns dem Einfluß religiöser Sekten zu unterwerfen und auf diese Weise einen fremden Organismus in der Familie der katholischen Völker zu bilden.

In ähnlicher Weise handelte gegen uns der Orden der Kreuzritter. So wurden die Polen von den Kreuzrittern auf dem Konzil zu Konstanz (1414—1418) der Begünstigung der Huf'schen Häresie beschuldigt, und diese Tätigkeit der Kreuzritter wurde damals von unserm erbittertesten Feinde, dem Kaiser Sigismund aus dem Hause Luxemburg, unterstützt. Die Kreuzritter erhoben Anklage gegen uns auch auf dem Konzil zu Basel (1431—1449). Es kam den Kreuzrittern eben darauf an, das ganze Kaiserreich, den Kirchenstaat und ganz Europa gegen uns zu mobilisieren. So handelten gegen uns die Kreuzritter. Ich begreife jedoch nicht, wie unsere eigenen Landsleute die Kreuzritter in dieser Hinsicht nachahmen und wie sie es über sich gewinnen können, uns in gleicher Weise die Sympathien der katholischen Völker dadurch zu rauben, daß sie uns in den Verdacht bringen, als wenn wir im Glauben unserer Väter nachgelassen hätten.

Gegen eine solche Tätigkeit müssen wir öffentlich unsere Stimmen erheben. Denn das ist eine wirkliche Schädigung unserer nationalen Sache.

Ich will hier keineswegs den optimistischen Standpunkt vertreten, als ob das katholische Leben bei uns sich auf einer idealen Höhe befinde. Es ist in dieser Hinsicht sicherlich gar manches bei uns nicht ganz in Ordnung, und zwar ebenso auf der linken, wie auf der rechten Seite unserer Volksgemeinschaft. Aber ich bitte mir ein Volk zu nennen, wo auf dem Gebiete des Katholizismus überhaupt ganz ideale Zustände herrschen. Sieht es denn bei uns etwa

schlimmer, als anderswo? Und wenn jemand trotzdem durchaus behaupten wollte, daß es bei uns in der Tat schlimmer sei, so möge er doch wenigstens bedenken, wie sehr bei uns alle die bösen und bedauernden Erscheinungen dadurch verschuldet wurden, daß die religiöse Erziehung des polnischen Volkes angesichts der bekannten Schulverhältnisse mangelhaft war, und wie sehr infolgedessen auch die religiöse Unwissenheit sowohl in den höheren, als auch in den unteren Volksschichten zunehmen mußte. Sehr viele von diesen betrübenden Erscheinungen würden also sofort von der Bildfläche verschwinden, wenn man ihre Quelle beseitigen würde.

Ich glaube also, daß wirklich kein Grund vorliegt, so laut zu lamentieren und zu wehklagen, auf daß man schon in allen Winkeln Europas erfahre, daß das polnische Volk von seinem Glauben abfalle und seine katholischen Gefühle verleugne. Statt bei allen Völkern die Kunde zu verbreiten, daß es um die katholische Sache bei uns schlecht bestellt sei, möge man lieber aufrichtig daran arbeiten, daß unser Glaube wirklich gestärkt und unsere religiösen Gefühle von neuem geweckt werden. Überdies bin ich der Ansicht, daß alle diejenigen, welche solche Klagen erheben, zum Vorbringen derartiger Anschuldigungen gar nicht befugt sind. Denn ich bin überzeugt, daß weder sie selbst von der kirchlichen Behörde irgendeinen Auftrag dazu erhalten haben, noch daß irgend ein Delegierter dieser Behörde in ihren Redaktionen zu finden wäre, der die Vollmacht hätte, über die Reinheit des Katholizismus im polnischen Volke zu wachen. Mögen sie also diese Sorge den zuständigen Faktoren, nämlich der kirchlichen Behörde überlassen. Diese Behörde wird sicherlich auch ohne ihre Anregung Mut und Entschlossenheit genug besitzen, um, falls der katholischen Kirche wirklich Gefahr drohen sollte, ihre Stimme warnend und mahnend zu erheben. Ebenso möge man diese Sorge unseren Geistlichen überlassen, die sich schon in schlimmeren Zeiten als eine treue Garde unserer Kirche bewährt und einen glänzenden Beweis für ihre katholische Gesinnung, für ihr „sentire cum ecclesia“ erbracht haben.

Aus Nr. 146 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 1. Juli 1917.

Der 100. Jahrestag des Todes Thaddäus Kosciuszko.

Es nähert sich der 100. Jahrestag des Todes Thaddäus Kosciuszko. Am 15. Oktober sind 100 Jahre vergangen, seit auf freiem schweizerischen Boden unser Oberfeldherr die Augen geschlossen hat, er, der den Kampf um die Freiheit der Nation auf das Bürgerrecht der breiten Volksmassen gestützt und den Geburtsadel in Reih und Glied mit den tapferen Bauern im Rittell gestellt hatte. Als die Macht der Ereignisse ihn der Möglichkeit beraubte, für ein freies Vaterland zu kämpfen und zu sterben, verbreitete er den Ruhm des polnischen Namens und Heldentums auf den Schlachtfeldern des sich zur Freiheit durchringenden Amerikas.

Die Gestalt Thaddäus Kosciuszko ist dem polnischen Herzen so heilig und teuer, daß, wenn die Losung ergehen wird, sein Jahr in würdiger Weise zu ehren, diese Losung, an die wir fest glauben, in allen Winkeln des polnischen Landes erschallen und in unseren Herzen, sowohl in der Heimat, als auch in der Fremde ein lebhaftes Echo finden wird. Ein solcher Appell wird, wie wir hören, von dem Vorstande des Nationalrats ausgehen.

Aus Nr. 148 des Narodowiec (Herne)
vom 2. Juli 1917.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Eine „Arbeiterbank“.

Brüder und Landsleute!

Das polnische Volk in der Fremde, das sich fast ausschließlich aus Arbeitern oder früheren Arbeitern zusammensetzt, hat sich zwecks Verteidigung seiner Rechte und seiner religiös-moralischen Bedürfnisse seit langem organisiert, und vor 15 Jahren hat es sich zu einem Berufsverband aufgeschwungen, zu dessen Aufgaben es vor allem gehört, auf eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwirken. Diese Tätigkeit ist in vieler Hinsicht vom günstigsten Erfolge gekrönt worden.

Das hat wohlgesinnte Leute, vor allem die Führer der Arbeiterbewegung, dazu angeregt, das Organisationswerk um einen weiteren Schritt vorwärts zu bringen zwecks Kräftigung der materiellen Grundlagen der hiesigen polnischen Gesamtheit durch das Inslebensrufen eines Finanzinstituts, dessen ausschließliche Aufgabe sein soll, das zu sichern, was das Arbeitervolk zu ersparen vermochte, indem es die Kräfte bis aufs Äußerste anstrenge und die Ausgaben für seinen Unterhalt ebenso einschränkte.

Die traurigen Erfahrungen, welche viele Landsleute seitens gewisser Banken ausgesetzt worden sind, die von dunklen Leuten gegründet worden waren, haben uns in der Überzeugung bestärkt, daß es durchaus gilt, der Allgemeinheit die Aufsicht über die Wirtschaftsweise der Bank zu sichern, der sie ihre Ersparnisse anvertraut. Es galt, ein für den polnischen Arbeiter notwendiges Finanzinstitut zu schaffen, um dem vorzubeugen, daß sich in Zukunft hier dunkle Leute niederlassen, denen es vielleicht auf irgend eine Weise gelänge, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, um letzteres wieder Verlusten auszusetzen. Zu diesem Zwecke hat eine Anzahl Euch bekannter Landsleute aus verschiedenen Gegenden Westfalen-Rheinlands ein Finanzinstitut unter der Firma „Bank Robotnikow“ (Arbeiter-Bank) e. G. m. u. H. mit dem Sitz in Bochum gegründet, und uns hat man zu Leitern dieses Instituts berufen.

Wir haben die schwere Pflicht übernommen, den mit schwerer und mühevoller Arbeit erworbenen Groschen des polnischen Arbeiters zu sichern. Diese Last haben wir übernommen, in der Hoffnung, daß das polnische Volk in der Fremde uns unterstützen und uns beistehen wird, die Fundamente dieses seines Finanzinstituts zu festigen und letzteres zum Aufblühen zu bringen. Wir hoffen, daß unsere Bestrebungen einen um so besseren Erfolg davontreiben werden, weil wir uns den Beistand und die Obhut des Kuratoriums der Genossenschaften in Posen gesichert haben, dessen Aufsicht und genauester Kontrolle wir uns unterwerfen.

Aufgabe der Arbeiterbank in Bochum ist ausschließlich die Entgegennahme von Ersparnissen und deren Unterbringung in großen sicheren Banken, damit die Sparer zum verabredeten Zeitpunkt ihr Geld uneingeschränkt wieder abheben können. Zu diesem Zwecke gelang es uns, ein vorteilhaftes Abkommen mit dem größten polnischen Finanzinstitut, mit der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in Posen zu schließen, auf Grund dessen wir alle unsere Verpflichtungen denen gegenüber erfüllen können, die uns ihre Ersparnisse anvertrauen werden. Außerdem ist durch die Satzungen unserer Bank die Gewährung von Darlehen ausgeschlossen. Wer uns somit seine Ersparnisse anvertraut, der wird die absolute Gewißheit haben, daß er sie nach menschlichem Ermessen weder verlieren noch in ihrem Abheben eingeschränkt werden kann.

Wir bemerken, daß wir die anderen polnischen Banken in der Fremde, die sich auf gesunde Grundlagen stützen, nicht totschlagen wollen. Es handelt sich uns nicht darum, gut untergebrachtes Geld herauszubekommen, sondern wir wollen die Groschen sichern, welche in ungeeignete oder unsichere Hände gelegt worden sind oder auch schlecht und ohne Nutzen daheim aufbewahrt werden.

Jedem, der uns sein Geld anvertrauen will sichern wir die strengste Wahrung des Geheimnisses zu, so daß niemand erfahren wird, ob jemand bei uns etwas deponiert hat und wieviel. Zur Geheimhaltung sind wir nicht nur moralisch, sondern auch gesetzlich verpflichtet, und wir werden diese Pflicht nie verletzen.

Wenn der polnische Arbeiter in der Fremde so viele große Institute geschaffen hat, die eine gesegnete Tätigkeit ausüben, die für den Arbeiter selbst und für die ganze Gesamtheit ersprießlich ist, so hoffen wir, daß dieser Arbeiter auch instande sein wird, dieses erste finanzielle Arbeiterinstitut auszubauen und in seinem Bestehen zu festigen.

Wir hoffen, daß der vorstehende Aufruf in den Geistern und Herzen der weiten Arbeiterkreise in der Fremde Widerhall finden und daß die Mitgliederzahl der Bank und die Summe der eingelegten Ersparnisse mit jedem Tag wachsen werden.

Wir bemerken, daß die Arbeiterbank eine Genossenschaft mit uneingeschränkter Haftpflicht ist, so daß also jedes Mitglied mit seinem ganzen Vermögen für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet.

Die Bedingungen für die Mitgliedschaft werden auf Wunsch von dem Bankvorstand zugesandt.

Die Arbeiterbank in Bochum, Klosterstraße 2 — neben dem Büro der polnischen Berufsvereinigung — beginnt ihre Tätigkeit mit dem 1. Juli d. J.

In Gottes Namen!

Bochum, im Juni 1917.

Bank Robotnikow, G. m. u. H.

Der Vorstand:

Johann Kierczyński, Direktor. Fr. Krupka, Kassierer. Johann Guzy, Kontrolleur.

Der Aufsichtsrat:

Fr. Mankowski. Stefan Wielgoz. Martin Fehner. Stanislaus Jankowiak. Franziska Wilczkowiak. Stanislaus Szymanski. Fr. Adamczyk. Martin Milczynski. Johann Brejski.

Bemerkung der Redaktion des „Narodowiec“ und des „Narod“. Der Aufruf spricht viel vom guten Willen und davon, was die wollen, die den Aufruf erlassen haben und für die Bank sowie für obigen Aufruf die Verantwortung tragen. Ob dieser gute Wille hinreichen wird und ob die im Aufruf ausgedrückten Hoffnungen sich erfüllen werden, das hängt natürlich von vielen Umständen ab, auf die wir gelegentlich noch zurückkommen werden. Mehr können wir unseren Lesern vor der Hand in dieser Sache nicht sagen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht weil wir von der ganzen Bank ebenso wie die ganze Allgemeinheit und viele andere dem Auswanderertum bekannte Leute auch nichts weiter wissen, als das, was die Bekanntmachungen und der Aufruf sagen. Die Satzungen der Bank kennen wir nicht, da man sie uns nicht vorgelegt hat. Bei der Gründung der Bank waren wir nicht zugegen. Wir bringen daher den Aufruf, wie jede Mitteilung aus journalistischer Pflicht auf die Verantwortung derer hin, die ihn abgefaßt und unterzeichnet haben.

Wir unterstützen alles, was der Volksgemeinschaft Nutzen bringt oder bringen kann, ohne Rücksicht auf die Personen, sofern wir uns von der Güte der Sache

überzeugen. Da man uns in diesem Falle nicht die Gelegenheit geboten hat, diese Überzeugung zu gewinnen, können wir auch nicht mehr über sie sagen.

Aus Nr. 148 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. Juli 1917.

Erklärung.

Aufsichtsrat und Vorstand der Volksbank in Moschin erklären, daß die Veruntreuungen in der Genossenschaft von einem der Vorstandsmitglieder begangen worden sind, nicht hingegen, wie in den Zeitungen bekannt gegeben worden ist, von zweien. Diese Überzeugung hat der berufsmäßige Revisor Herr Sylwester Dąbrowski gewonnen, der im Auftrage des Aufsichtsrats und des Vorstandes die Veruntreuungen festgestellt hat.

Moschin, den 28. Juni 1917.

Volksbank, E. G. m. u. H.

Der Vorstand.

Pfarrer E. Kalkowski. B. Kaminski.

Der Aufsichtsrat:

J. Ritter. Piaśnicki. Zwierzchowski.
Kielczewski. Korcz. Zbierski.
Frankowski. M. Jaworski. H. Hemmerling.

Posen, den 28. Juni 1917.

Sylwester Dąbrowski als Revisor.

Aus Nr. 148 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. Juli 1917.

Die Ernährungswirtschaft des Posener Magistrats

hat wiederholt kritische Bemerkungen unsererseits hervorgerufen. Neuerdings ist wiederum eine Tatsache vorgekommen, die uns veranlaßt, das Wort zu nehmen. Wie wir aus der Bekanntmachung des Magistrats ersehen, werden wir von dieser Woche an in Posen vor der Hand überhaupt keine Kartoffeln bekommen. Was soll man in diesem Falle von der Umsicht des hiesigen Magistrats halten, besonders wenn man erwägt, daß Posen die Hauptstadt einer Provinz ist, die von allen Teilen des Deutschen Reiches am meisten Kartoffeln erzeugt und andere Teile Deutschlands mit ungeheuren Mengen solcher versorgt? Kartoffeln hat es im Posenschen gegeben. Posen hätte sie erwerben können, es hat sie sich aber vor der Nase fortnehmen und nach dem Westen schicken lassen. Zweifellos fehlt es auch wo anders an Kartoffeln; aber hier gilt es an das Sprichwort zu denken, daß das Hemd näher ist als der Rock. Das sollten vor allem die einschlägigen städtischen Beamten beachten, welche die Stadt nicht nur unterhält, sondern gerade zu dem Zwecke remunert, damit sie an die Stadt denken. Indessen hören wir so manches Mal, daß die städtischen Beamten, wobei der Herr Oberbürgermeister mit seinem Beispiele besonders voranleuchtet, sich eifrig mit den verschiedensten Angelegenheiten, wie z. B. mit Politik befassen. Wenn die betreffenden Beamten den Trieben ihrer persönlichen Liebhabereien und Anschauungen folgen, dann sollten sie doch vor allem daran denken, daß es vor dem Politiktreiben ihre erste Pflicht, und zwar von Amtswegen ist, sich um die Interessen der Bewohner der Stadt zu kümmern.

Hier in Posen ist hinsichtlich der Volksernährung genug gekündigt worden; die einschlägigen Faktoren sollten somit stets im Auge behalten, daß die Stadt nicht für sie da ist, sondern daß sie für die Stadt da sind.

Man muß sich auch darüber wundern, daß Faktoren, obwohl sie wußten, daß Posen ohne Kartoffeln verbleibe, deren Versendung in andere entlegene Gegenden angeordnet haben. Wenn jemand auf die Produkte dieses Bodens ein Anrecht hat, so ist es doch wohl in erster Linie die örtliche Bevölkerung.

Daß unsere kritische Bemerkungen berechtigt sind, beweist z. B. das mehrere Millionen Köpfe zählende Berlin mit den Vororten, woselbst die Kartoffelbeschaffung doch weit mehr Schwierigkeiten machen müßte, als in Posen mit seinen 150 000 Einwohnern, das in der Mitte einer durchweg Landwirtschaft treibenden Provinz gelegen ist. In Berlin sollen die Bewohner indessen in der laufenden Woche je 1 Pfd. Kartoffeln und je 400 g Zusatzgebäck erhalten, wir hingegen werden keine Kartoffeln zu sehen bekommen und uns mit 500 Gramm Zusatzgebäck begnügen müssen, das uns aber die Kartoffeln nicht ersetzen wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Nr. 144 des Naprzód (Kraśau)
vom 24. Juni 1917

bringt den am 19. ds. Mts. während der Sitzung der gemischten Kommission beim Staatsrat verlesenen Entwurf der provisorischen Organisation der polnischen Staatsbehörden, dessen Anfangsfragment wie folgt lautet:

Art. 1.

„Bis zur Zeit der Übernahme der höchsten Staatsgewalt durch den Allerhöchsten Verweiser des polnischen Staats, bzw. bis zur Regelung der Regierungsform durch den Landtag — soweit dies früher erfolgen sollte — werden folgende Hauptbehörden des polnischen Staats eingeführt: 1. der Staatsrat, 2. der Staatsminister, 3. der Ministerrat, 4. die Direktoren der Ministerien und Organisationskommissionen.

1. Der Staatsrat.

Art. 2.

An Stelle des jetzigen Provisorischen Staatsrats wird zur Vertretung des polnischen Staates ein aus 50 Personen zusammengesetzter Staatsrat gebildet. Dieselben werden durch eine aus drei Personen zusammengesetzte Wahldelegation gewählt, nämlich durch: 1. den Warschauer Erzbischof, 2. den Kronmarschall und 3. eine durch den Staatsrat außerhalb seines Bereichs eingeladene Person. Die Delegation wird die Liste der Gewählten dem Kronmarschall auszuhändigen und damit ihre Tätigkeit abschließen. Die erste Staatsratsitzung wird durch den Kronmarschall des Provisorischen Staatsrats einberufen, welcher letzterer sich im Augenblick der Konstituierung des neuen Staatsrats auflösen und seine Arbeiten, Akten und Fonds, sei es dem Staatsrat, sei es dem Ministerrat überweisen wird.

Variante zu Art. 2.

An Stelle des jetzigen Provisorischen Staatsrats wird zur Vertretung des polnischen Staates ein Staatsrat gebildet, in welchem als Mitglieder eintreten werden: 1. der Warschauer Erzbischof oder sein Delegierter, 2. der Warschauer Universitätsrektor, 3. der Rektor der Warschauer technischen Hochschule, 4. der Warschauer Stadtpräsident, 5. der Vorsitzende des Warschauer Stadtrats, 6. der Vorsitzende des Hauptfürsorgetrats, 7. der Vorsitzende des Hauptrettungskomitees (in Lublin), 8. der Vorsitzende des Komitees des Landeskreditvereins, 9. der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Kreditvereins, 10. der Vorsitzende des Warschauer Juristen-

vereins, 11. dreißig Mitglieder, die durch die Vorgenannten gemeinschaftlich mit einer aus dem Provisorischen Staatsrat hervorgegangenen Wahldelegation gewählt werden.

Die Wahl wird durch geheime Abstimmung aus einer Liste von 50 Personen durchgeführt. Die Liste wird im Einverständnis mit Vertretern sozial-politischer Organisationen aufgestellt. Sollte einer von den zu 5 bis 10 oben genannten Vorsitzenden der Institute den Posten als Staatsratsmitglied nicht annehmen können, so wird an seine Stelle ein anderer Vertreter des genannten Instituts gewählt, der entweder vom Vorsitzenden des Instituts bezeichnet oder durch die übrigen Staatsratsmitglieder von Amtes wegen gemeinschaftlich mit der Wahldelegation gewählt wird."

Dieser Entwurf hat durch die Bevorzugung einer Merkantil-aristokratischen Regierung eine scharfe Opposition der Linken veranlaßt. N. Sliwinski erklärte, daß sein Austritt aus der Kommission gleichbedeutend sei mit seinem Austritt aus dem Staatsrat. (Aus Nr. 130 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Juni 1917.)

Aus Nr. 298 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 30. Juni 1917.

Die Organisation der Regierung in Polen.

Die Arbeiten des Regierungs-Organisations-Ausschusses, der ohne Teilnahme der Mitglieder der Linken verhandelte, haben ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen gingen rasch und flott vonstatten, und ihr Ergebnis wird am Sonnabend dem an diesem Tage zu einer Vollsitzung zusammentretenden Staatsrate vorgelegt werden.

Jetzt ist es noch unbekannt, wie schnell der Staatsrat die Pläne des Ausschusses wird erledigen können, zumal einen Teil der Sonnabend-Sitzung die mit dem von der Linken beabsichtigten Austritte aus dem Staatsrate in Verbindung stehenden Erklärungen in Anspruch nehmen werden. Jedenfalls hat die Bildung der polnischen Regierung Fortschritte gemacht und wird bald wirklich aktuell werden.

Es wird angenommen, daß der Staatsrat in kürzester Zeit das Ergebnis der Verhandlungen des Ausschusses wird entgegennehmen können, in dem die Vertreter der politischen Rechten des Königreichs bis zum letzten Augenblicke mitgewirkt haben. Die Warschauer Beschlüsse der Parteien der realen Politik und der nationaldemokratischen Partei, die zu einem weiteren Passivismus auffordern, haben bei den rechtsstehenden, in den Regierungs-Organisations-Ausschuß eingetretenen Politikern kein Gehör gefunden. Ebenso sind Graf Julius Tarnowski, Fürst Sapieha und Stecki (Lublin) aus dem Ausschusse nicht ausgetreten, sie haben vielmehr an dessen Arbeiten unter Aufrechterhaltung des Standpunktes der Notwendigkeit der Mitarbeit an dem Bau des polnischen Staatswesens bis zum Schluß mitgewirkt.

Angeichts der oben erwähnten Ergebnisse der Verhandlungen wenden sich die politischen Gemüter Warschaus immer mehr der Angelegenheit der Wahl der Person des Präsidenten des polnischen Kabinetts zu. Die Kandidatur des Grafen Tarnowski, der bei vielen als der einzige Mann galt, der Polen der Verwirrung und der Passivität entreißen könnte, ist als hauptsächlich zu betrachten. Dazu haben die verschiedenartigen Gründe beigetragen, vor allem die absolute Abneigung der deutschen Regierung gegen diese Kandidatur. Generalgouverneur von Beseler hat mit polnischen Politikern in dieser Angelegenheit eine Reihe von Konferenzen abgehalten und zu verstehen gegeben,

daß die Deutschen auf die Kandidatur des Grafen Tarnowski unter keinen Umständen eingehen werden. Die politischen Vertreter Österreichs in Warschau haben infolge des Widerstandes der deutschen Behörden ihre Bemühungen zugunsten dieser Kandidatur aufgegeben. Aus diesen Gründen haben sich auch die polnischen politischen Parteien mit der Wirklichkeit abgefunden und bereits nach neuen Kandidaten Umschau gehalten. Politische Gerüchte nennen eine Reihe von Namen, die ich aber, weil es sich nur um Gerüchte handelt, nicht nennen will.

Die polnische sozialistische Partei hat beschlossen, zu der Sozialistenkonferenz in Stockholm ihre Vertreter zu entsenden. Aus dieser Partei sind abgeordnet Perl, Kunowski und Ziemiecki. Die deutschen Behörden haben hierzu bereits die Genehmigung erteilt und den Vertretern die Pässe ausgehändigt. Die Abreise der Vertreter aus Warschau wird nach erfolgter Aufklärung des endgültigen Standpunktes der Linken dem Staatsrate gegenüber erfolgen.

3.

Nr. 318 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 27. Juni 1917

berichtet aus Warschau unter dem Datum vom 23., daß in den letzten Tagen die Partei der Realpolitik und die Nationaldemokratie in Warschau Beratungen abhielten, in welchen beschlossen wurde, an den Arbeiten des Staatsrates nicht teilzunehmen. „In politischen Kreisen verlautet, daß dieser Beschluß eine innere Krise in diesen zwei Parteien hervorrufen wird, weil die mit diesen Parteien in nahen Beziehungen stehenden Mitglieder der Regierungsorganisationskommission entschlossen sind, in dieser Kommission weiter zu verbleiben.“ (Aus Nr. 132 des Warschauer Tagesberichts vom 2. Juli 1917.)

Nr. 161 des Głos (Warschau)
vom 2. Juli 1917

greift im Leitartikel die Lausanner Agentur wegen eines Kommunique über die Antwort der Zentralmächte an den Staatsrat an. „Es ist das eine der sehr unangenehmen Seiten der polnischen Politik während der Kriegszeit, daß die Emigration die Heimat bei ihren Entscheidungen zu vertreten begonnen hat.“ Dies hat die Lausanner Agentur in ihrem Kommunique vom 12. Juni getan, indem sie hervorhebt, daß die Antwort der Zentralmächte nur eine teilweise Erfüllung der Wünsche des Staatsrates vorstellt. Die Fragen des Heeres und der auswärtigen Politik seien darin überhaupt nicht berührt, die Frage des Regenten auf unbestimmte Zeit verschoben. In dieser Antwort sieht die Lausanner Agentur einen Sieg des Programms der Zwischenparteilichen Fraktion. „Głos“ hebt hervor, daß sogar die Entente den Staatsrat als Vertretung des polnischen Staates wiederholt anerkannt habe. „Unter solchen Umständen muß man des politischen Tactes gänzlich entbehren, um sich wegen des Mißerfolgs des Staatsrates vor Fremden zu brüsten und zu freuen.“ „Wenn das Lausanner Kommunique die Notwendigkeit des sofortigen Aufbaues des Staates betont, ... hat es nicht das Recht, die Autorität des Staatsrates in den Augen des Auslandes herabzusetzen.“ „Die Unaufrichtigkeit gegenüber den unmittelbaren, realen, staatschöpferischen Aufgaben im Lande und die unverhohlene Freude, daß die Antwort der Zentralmächte vom 8. Juni den passivistischen Kreisen zustatten kommt, sind zwei grundsätzliche Züge des Lausanner Kommunique.“ Der Artikel schließt mit der Aufforderung, nach Mitteln zu suchen, um den „bedauerlichen, von verschiedenen

Privat- oder Parteiunternehmungen im Ausland zum Schaden des Volkes ausgeführten Experimenten einen Damm entgegenzusetzen.“

(Aus Nr. 132 des Warschauer Tagesberichts vom 2. Juli 1917.)

Nr. 168 des Diennik Lubelski (Lublin)
vom 24. Juni 1917

bringt folgenden aus Warschau, den 20. 6. datierten Aufruf demokratischer Parteien an die Bürger! „Bürger! Es naht der Augenblick, in welchem unser Los entschieden wird. Durch die Welt geht ein gewaltiger Sturm der Demokratie und der Freiheit, alle Nationen sprechen hart und offen ihre Forderungen aus (Der weitere Absatz ist durch die Zensur gestrichen.) Unsere Pflicht ist es, die wahre Unabhängigkeit, die Sache der Erlösung des Volkes und die erhabenen Traditionen der polnischen Demokratie zu verteidigen. — Wir treten also den energischen Kampf gegen die Anschläge der einheimischen Reaktion an.

. (Der weitere Satz ist durch die Zensur gestrichen.)

. Wir stellen feierlich fest, daß nur ein Landtag, der auf Grund des allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten und proportionellen Wahlsystems gewählt wäre, über die Staatsverfassung des polnischen Staates und über die sozialen Grundlagen seiner Existenz entscheiden kann. Wir sehen auch in der sofortigen Berufung des Landtages den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Situation. — Indem wir als die beste Regierungsform für Polen die demokratische Republik ansehen, stellen wir uns allen Versuchen, über die Staatsform des zukünftigen Polens zugunsten der Monarchie vorweg zu entscheiden, entgegen. Die polnische Demokratie sammelt ihre Reihen. Wir haben eine ständige „Verständigungskommission“ gebildet, und wir werden auf dem Gebiete der gemeinsamen Ziele eine gemeinsame Aktion führen.“ — Es folgen die Unterschriften: Vereinigung demokratischer Parteien, Polnische Volkspartei, Partei der nationalen Unabhängigkeit, Polnische sozialistische Partei. (P. P. S.)

(Aus Nr. 130 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Juni 1917.)

Aus Nr. 293 der Nowa Reforma (Kraľau)
vom 27. Juni 1917.

Zusicherung des Generals Bessler.

Warschau, 23. Juni.

Aus politischen Kreisen erfährt man, daß der Kronmarschall Niemojowski in vergangener Woche eine Unterredung mit dem General Bessler über polnische politische Angelegenheiten gehabt hat.

Der Kronmarschall wies auf die Beunruhigung hin, die im polnischen Volke darüber Platz gegriffen hat, ob die Mittelmächte tatsächlich die Absicht haben, den Akt vom 5. November bezüglich der Unabhängigkeit Polens zu verwirklichen. Der Kronmarschall wies bei dieser Gelegenheit auf den Umstand hin, daß die amtliche „Deutsche Warsz. Ztg.“ und nach ihr andere deutsche Blätter ständig das Wort „selbständig“ und nicht das Wort „unabhängig“ anwenden, was in den Kreisen der polnischen Leser Beunruhigung und gewisse Kommentare hervorruft.

Als Antwort auf diese Interpellation bemerkte Generalgouverneur Bessler mit Nachdruck, daß die Mittelmächte an ihrer Absicht festhalten, Polen die völlige Unabhängigkeit zu geben und den Akt vom 5. November zu verwirklichen. Sie wünschen jedoch, daß Polen in irgend einer Form mit den Mittelmächten verbunden werde.

Aus Nr. 130 des „Warschauer Tagesberichts“
vom 28. Juni 1917.

Zur Schließung der Werbebüros.

Alle Morgenblätter vom 28. bringen folgende Mitteilung, die sie direkt oder indirekt als amtliche Auslassung bezeichnen: „Über die vorübergehende Schließung der Meldeämter und Meldebüros sind in der letzten Zeit zahlreiche Betrachtungen in der polnischen Presse erschienen, die, wie wir an zuständiger Stelle festgestellt haben, von falschen Voraussetzungen ausgehen und geeignet sind, in der Bevölkerung ein gewisses Mißtrauen gegen die von den deutschen Okkupationsbehörden getroffenen Maßnahmen zu erwecken.“

Es ist eine irrige Auffassung, wenn von gewissen Seiten die Verfügung über die Schließung der genannten Werbestellen so ausgelegt wird, als ob damit die freiwilligen Meldungen zum polnischen Heere eingeschränkt oder gar verhindert werden sollten. In der betreffenden Verfügung heißt es wörtlich, „daß die Gemeindevorsteher und Schulzen im Lande bekanntmachen sollen, daß die Meldungen zum freiwilligen Eintritt in das polnische Heer durch diese Anordnungen keineswegs eine Unterbrechung erfahren sollen. Im Gegenteil liegt es im Interesse der Heeresbildung, wenn diese auch fernerhin zahlreich erfolgen.“

Die Anmeldungen können jederzeit mündlich oder schriftlich bei den Hauptmeldeämtern, die in voller Zahl und Stärke in Tätigkeit geblieben sind, erfolgen.

Der Grund für die Anordnung des Generalgouverneurs ist lediglich in der Erwägung zu suchen, daß es an der Zeit war, das über das ganze Land in kleinen Trupps verstreute Werbepersonal, das seit Monaten sich mehr oder weniger selbst überlassen und deshalb naturgemäß in der militärischen Form und Disziplin gelockert war, einmal wieder zusammenzufassen und ihm in Anwesenheit des Inspektors des gesamten Meldewesens eine gründliche Ausbildung nach den jetzt gültigen Dienstvorschriften zu geben. Die jetzige Zeit wurde dafür gewählt, weil zur Sicherstellung der Einbringung der Ernte möglichst viele Kräfte dem Land erhalten und keine Rekruten eingestellt werden sollen, Musterungen sich mithin erübrigen. Die Meldungen sollen — wie schon ausgeführt — in keiner Weise hierdurch berührt werden.

Nach Beendigung der Ausbildungszeit werden alle Meldestellen wieder in Tätigkeit treten.“

Aus Nr. 180 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 3. Juli 1917.

Zur Organisation des Ausbildungswezens des polnischen Heeres.

Angeichts der in letzter Zeit vielfach erhobenen Beschuldigungen wegen der in den polnischen Übungslagern herrschenden Zustände, Beschuldigungen, die auch in der meistens schlecht informierten Presse starken Widerhall fanden, hat man von autoritativer Seite entschieden betont, daß die deutschen leitenden Militärfreie nach wie vor keinerlei Änderung des polnischen Charakters der Kadres der polnischen Armee, die die polnischen Regionen darstellen, beabsichtigen. Gleichzeitig geben dieselben Quellen an, daß nach den letzten Verfügungen in den Lagern, in denen sich die Ausbildungskurse der künftigen Kadres der polnischen Armee befinden, folgende Normen eingeführt werden sollen. An der Spitze jedes Ausbildungskurses soll ein deutscher Stabsoffizier stehen, dem ein polnischer Stabsoffizier, der sich mit der Regimentsverwaltung vertraut machen soll, zugeteilt wird. Den Stab der Ausbildungskurse soll ein polnischer und ein deutscher Adjutant, sowie außerdem ein deutscher Hauptmann

zur Verwaltung der Waffen und Geräte bilden. Die Bataillons-Kompagnie- und Zugkommandos sollen in polnischer Hand liegen. Die bisherige Unterordnung der Übungslager unter das Kommando von deutschen Stabsoffizieren hat man unrichtigerweise als Absicht aufgefaßt, die Regionseinrichtung des Charakters von Kadres zu berauben, den sie bei der Bildung der polnischen Armee haben sollen. Der deutsche Kommandeur jedes Ausbildungskursus soll die Oberleitung der militärischen Ausbildung besitzen und diejenigen Regionsoffiziere, die seinem Stabe zugeteilt sind, für ihre zukünftigen Funktionen vorbereiten. Zu seiner Unterstützung dient der deutsche Regimentsadjutant, welcher seine Funktionen zusammen mit dem als Regimentsadjutanten auszubildenden Regionsoffizier wahrnimmt.

Das Kommando der Bataillone, Kompagnien und Züge werden Regionsoffiziere übernehmen, und der einen jeden von ihnen zugeteilte deutsche Offizier nimmt keine andere Aufgabe wahr, als die Funktion eines fachmännischen Beraters. Die Formierung einer Armee, deren niedrigste taktische Einheiten die Kompagnien und Bataillone sind, muß sich auf die in diesem Kriege bereits erprobten Muster großer Armeen stützen; die deutschen oder österreichisch-ungarischen Offiziere, welche die entsprechende theoretische Bildung und militärische Praxis, sowie die Kenntnis der Dienstgrundsätze von regulären Armeen haben, werden Berater der Regionsoffiziere sein, denen es bei aller Kriegserfahrung oft an entsprechender militärischer Praxis auf dem Gebiete der Verwaltung und des Kasernenlebens von größeren militärisch-taktischen Einheiten mangelt. Das polnische Heer muß sich auf die Erfahrungen und die Grundsätze von großen regulären Armeen stützen, wenn es aus den Normen einer gelegentlich gebildeten Kriegsförderung, der eine nicht besonders systematische und unzulängliche militärische Ausbildung vorausging, herausgehen will.

Man darf nicht vergessen, daß die polnischen Regionen trotz aller militärischen Tüchtigkeit eine militärische Improvisation sind, die im Gefecht viele sehr wertvolle Eigenschaften infolge des sie durchdringenden Kampfeifers und Enthusiasmus aufweist, aber als Kadres einer regulären polnischen Armee umgestaltet und jenen Aufgaben angepaßt werden muß, die eine reguläre Armee stets erfüllen soll, und nicht bloß im Augenblick einer patriotischen Begeisterung, nicht bloß im Augenblick einer allgemeinen durch den Krieg hervorgerufenen Erregung.

Schon im Moment der Proklamierung der Selbständigkeit Polens hat die deutsche Heeresleitung, welche die Bildung eines polnischen Heeres beabsichtigte, entsprechende Uniformen und Mützen bereitgestellt, und wenn der Typus dieser Uniformen nicht demjenigen entsprach, der sich in den Regionen eingebürgert hat, so wird in Zukunft der Uniformzuschnitt dem jetzt in den Regionen allgemein angenommenen Zuschnitt angepaßt werden und die viereckigen Mützen, die, wie es früher schien, für das polnische Heer charakteristisch waren, werden durch runde Schirmmützen ersetzt werden, die sich bei den Regionen allgemein eingebürgert haben und zur nationalen Kopfbedeckung im polnischen Heere geworden sind. Die erforderliche Anzahl dieser runden Schirmmützen ist schon bestellt, und alle polnischen Soldaten, die in den Lagern üben, werden sie erhalten.

Von seiten der Regionsbehörden und der offiziellen polnischen Faktoren ist bereits versichert worden, daß in den polnischen Heeresabteilungen die polnische Sprache die Amtssprache ist und auch bleiben wird. Wenn von seiten der niederen deutschen Militärbehörden in dieser Beziehung anders verfahren worden ist, so liegt das daran, daß diese meist nicht die polnische Sprache verstehen. Jedenfalls haben die

leitenden Kreise niemals beabsichtigt, den Gebrauch der polnischen Sprache als Dienstsprache im Heere auszuschalten oder auch nur zu beschränken. Irgendwelche germanisierenden Bestrebungen liegen ihnen vollkommen fern, wie ja aus den befohlenen Neueinrichtungen für jeden Einsichtigen klar hervorgeht.

Nr. 172 des Dziennik Polski (Gzenstochau)

vom 26. Juni 1917.

schreibt unter der Überschrift: „Schimpf und Schande“ folgendes: Am 17. Juni rückten in Gzenstochau etwa hundert Legionäre ein, die in den umliegenden Kreisen bei den Werbekommandos beschäftigt waren und jetzt abgelöst worden sind. Es waren dies unsere grauen Helden, die sich in vielen Schlachten ausgezeichnet und die Ehre der ritterlichen Nation gerettet haben. Niemand begrüßt sie! Im „Soldatenheim“ mußten sie für eigenes Geld ein bescheidenes Essen zu sich nehmen, da sich keine Organisation fand, die die Bewirtung der polnischen Soldaten in die Hand genommen hätte. Als sie am 18. ds. Mts. Gzenstochau verließen, folgte ihnen nur eine kleine Schar von Neugierigen, die auch jeden fremden Soldatentrupp begleiteten. Es erröteten die Mauern des „Alarenbergs“ über diese Schande, die die Stadt den eigenen Soldaten angesichts der Nation und angesichts der Fremden angetan hat. Dies ist eine traurige Erscheinung, die hoffentlich nur in Gzenstochau vorgekommen ist. Sie sticht besonders von dem Verhalten der Bauern ab, die zunächst sich so mißtrauisch gegenüber den Regionen verhalten haben. Haben doch die Bauern nachts gelauscht, ob die Regionen miteinander etwa nur deutsch sprechen, da man ihnen erzählt hat, die Legionäre seien in polnische Uniformen verkleidete deutsche Soldaten. Wie hat sich das Mißtrauen und die Anschauung der Bauern gewandelt! Sie haben jetzt aus eigenem Antriebe eine untertänige Bitte an den Staatsrat gesandt, daß man ihnen den polnischen Soldaten auf dem Lande lasse. Heute gibt es keine Rußensfreundschaft und keine Sehnsucht nach dem Zaren mehr auf dem Lande! Schimpf und Schande daher den Bürgern in Gzenstochau und besonders der Liga der Frauen, welche gezeigt haben, daß ihnen die elementarsten patriotischen Instinkte fehlen. (Aus Nr. 130 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Juni 1917.)

Aus Nr. 141 des Dziennik Narodowy (Petrikau)

vom 24. Juni 1917.

Ein polnischer Geistlicher über die Aufhebung der Werbeorganisation.

Die „Gaz. Nadomska“ schreibt:

Auch auf dem Lande, wo mit opferfreudiger Hand unsere Legionssoldaten den Keim zur künftigen Ernte ausgestreut haben, fängt der polnische Geist an, wach zu werden, und das freiheitsliebende polnische Herz schlägt höher.

Tausende von Unterschriften werden gesammelt, und die Seelsorger liefern Beweise, wie hoch sie die Arbeit des polnischen Soldaten und seine Bedeutung für Polen einschätzen. Als Beweis dafür bringe ich einen Brief des Kanonikus Eduard Chrzanowski aus Wonchof an das Mitglied des Staatsrats Kanonikus Sztobryn in der Angelegenheit der Einziehung des Werbeapparats zum polnischen Heere und der letzten Anordnungen in Sachen der Regionen:

„Wonchof, am 17. Juni 1917.

Die unerwartete und plötzliche Abberufung der Legionssoldaten von allen Werbeposten nach Warschau hat jeden beunruhigt und erregt, dem das Wohl un-

ieres Vaterlandes am Herzen liegt. Ich spreche auch Dir gegenüber meine Besorgnis aus, daß die Angelegenheit einen so sonderbaren und nicht vorausgesehenen Verlauf nimmt, und wende mich an Dich als Mitglied des Vorl. Staatsrats, daß Du das Wohl unseres Vaterlandes wahrnehmen und es verteidigen möchtest.

Die Legionen sollten hier bei uns bleiben, um den Stamm des polnischen Heeres zu bilden und das Land verteidigen zu können. Sie sind Polens Eigentum, sollten daher nur diesem dienen und zu seinem Schutze auftreten. Das ist der Gedanke, den auch Du teilst! Fördere ihn aus voller Kraft an der Stelle, an der Du stehst. Denke daran, daß das ganze Land zu Euch aufblickt und von Euch die Schaffung Polens erwartet. Jeder falsche oder unbestimmte Schritt von Eurer Seite wäre ein Nachteil für das Volk. Man muß nicht selten laut protestieren, da auch Schweigen manchmal Schaden bringen kann."

Dieser Brief ist von dem Herzen eines ehrwürdigen Priesters diktiert, der bis vor kurzem zu dem sogenannten passivistischen Lager gehörte und ein warmer Patriot ist.

Aus Nr. 142 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 25. Juni 1917.

Betrifft die polnischen Regionsoldaten aus Galizien.

Das Blatt bringt die Wiedergabe eines Artikels aus dem „Posener Tageblatt“ vom 19. d. Mts. über obige Angelegenheit und knüpft daran folgende Bemerkungen:

Wir stellen fest, daß die Mitteilungen des „Posener Tageblatts“ nicht den Tatsachen entsprechen. Sie werden verständlich sein, wenn man in Betracht zieht, daß es sich um ein Organ des radikalsten Haktismus handelt. Wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, ist die Frage der rechtlichen Stellung der österreichischen Untertanen in den polnischen Legionen bisher noch nicht definitiv geregelt. Es bestehen nach dieser Richtung hin zwei Anschauungen, nämlich die deutsche, nach der die Legionäre aus Galizien unbedingt dem deutschen Kommando (Gen.-Gouv. von Beseler) unterstellt bleiben müssen, dem die polnische Wehrmacht zunächst unterstellt ist, und zwar durch Lösung des staatsrechtlichen Verhältnisses dieser Legionäre zu der österr.-ung. Monarchie, und die österreichische, nach der die Legionäre obiges Verhältnis nicht aufgeben und event. zur Verfügung der österreichischen Behörden stehen.

Die Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht erledigt, und es ist ein Kompromiß wahrscheinlich, nach dem die Legionäre aus Galizien während des Krieges im polnischen Heere verbleiben und ihr staatsrechtliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn bei dem Fahren eide zum polnischen Heere berücksichtigt werden wird.

Die Schlussfolgerungen, die das haktistische Organ aus den angeblichen Absichten des Grafen Czernin zieht, kann man nur als pia desideria und als den Wunsch auffassen, den maßgebenden österreichischen Kreisen eine bestimmte Form der Verwendung der Legionäre aus Galizien nahelegen. Das Spiel ist zu durchsichtig, als daß noch irgend welche Zweifel darüber bestehen könnten.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß vom polnischen Standpunkte aus die Eliminierung der galizischen Polen aus den Legionen bei der gegenwärtigen Sachlage sich gegen das Wesen dieses wertvollen Stammes des polnischen Heeres richten würde und deshalb ein lebhaftes politisches Echo hervorrufen müßte. Das „Pos. Tagebl.“ wird jedoch nicht bestreiten können, daß die polnische öffentliche Meinung und vor allem unsere maßgebenden politischen Faktoren unbedingt

einen Einfluß auf diese wichtige Angelegenheit haben müssen. Das haktistische Organ weiß nicht, oder will es nicht wissen, daß der polnische Soldat sich in der letzten Zeit das ganze polnische Volk erobert hat (Aufruf des Zwischenparteilichen Klubs) und überall populär geworden ist. Die Legionen sind von Anfang an ein Hauptstützpunkt der polnischen Angelegenheit gewesen, und ihre Infragestellung würde im Gegensatz zu der Politik stehen, die sich aus dem Akt vom 5. November ergibt, insbesondere schon deshalb, weil die Verwendung von einigen tausend Legionären in Galizien in militärischer Beziehung keine größere Bedeutung hat.

Gegen die Ansicht des „Pos. Tagebl.“ spricht übrigens auch die Stellung der österreichischen Regierung in der polnischen Frage, vor allem aber die Stellung des Monarchen, der in letzter Zeit viele Beweise seines Wohlwollens gegenüber dem polnischen Volke gegeben hat. In Übereinstimmung damit steht der Inhalt einer Nachricht, die in Lublin aus gut unterrichteter Stelle eingegangen ist, daß die Frage der Aussonderung der österreichischen Untertanen aus den Legionen aufgehört hat, aktuell zu sein.

Zu welchem Zwecke will sie das „Pos. Tagebl.“ aktuell machen?

Aus Nr. 289 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 24. Juni 1917.

Die Unteilbarkeit der Legionen ist gesichert.

Unter dieser Überschrift schreibt das Krakauer Blatt im Anschluß an die Mitteilung des „Posener Tageblatts“, daß die aus Galizien stammenden Legionäre nach wie vor zum österreichischen Heere gehören, folgendes:

Nach maßgebenden Erkundigungen entsprechen die Mitteilungen des „Posener Tageblattes“ — in Sachen der Legionen — nicht der Wahrheit. Denn gerade heute hat der General-Gouverneur von Beseler das Kommando der Legionen benachrichtigt, daß zwischen den Legionären der österreichischen Untertanen und den Legionären des Königreichs Polen kein Unterschied gemacht werden würde. Alle Anordnungen, welche die Legionäre in österreichische Bürger und in „National-Polen“ teilten, verlieren ihre Gültigkeit.

Aus maßgebenden Kreisen wird ferner mitgeteilt, daß auch die Frage der Eidesleistung des polnischen Heeres günstig erledigt und bald veröffentlicht werden wird. Die Eidesformel soll den vom Staatsrate vorgeschlagenen Text berücksichtigen und für alle Legionen einheitlich sein.

Aus Nr. 149 des Naprzód (Krakau)
vom 1. Juli 1917.

Angelegenheiten der Legionen.

Der General-Gouverneur Beseler hat angeordnet, daß diejenigen österreichischen Untertanen, die in den Legionen dienen und in die k. und k. Armee übertreten wollen, dieses innerhalb der nächsten vier Wochen tun dürfen. Nach Ablauf dieser Zeit wird ein Übertritt aus den Legionen in die k. und k. Armee unmöglich sein, so daß alle etwaigen Gesuche nach dieser Richtung hin zurückgewiesen werden müssen.

Diese Verordnung wird teilweise als ein Beweis dafür angesehen, daß eine Absonderung der Gesamtheit der österreichischen Untertanen aus den Legionen nicht eintreten wird.

Aus Nr. 344 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)
vom 29. Juni 1917.

Werden die polnischen Legionen noch an die Front geschickt werden?

Die letzten, durch Erzellenz Befehle vollzogenen großen Umgestaltungen der polnischen Legionen, insbesondere die Abschaffung des besonderen und einheitlichen polnischen Militärgerichtswesens und die Aufhebung der Aushebungsbehörden usw. sollen die Einleitung zu neuen, noch weiter reichenden Anordnungen sein. Die polnischen Legionen sollen nämlich, wie wir aus maßgebender Quelle erfahren haben, in nächster Zukunft an die Ostfront geschickt und dort vorläufig als Reserve benützt werden.

In Verbindung damit steht die Mitteilung, daß die in der Zahl von ungefähr 2000 nur zu einer sechswöchigen Übung einberufenen und in die Lager geschickten Legionäre dortselbst nur drei Monate lang verbleiben und dann den Regimentern an der Front zugeteilt werden sollen.

Obige Anordnungen würden eine vollständige Verzichtleistung auf die Werbung und die Schaffung einer polnischen Armee bedeuten.

Aus Nr. 289 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 24. Juni 1917.

Von der Warschauer Universität und Technischen Hochschule.

Mit dem Beginn des nächsten Halbjahres soll die Verwaltung der Universität und der Technischen Hochschule vollständig in polnische Hände übergehen. Am 19. d. Mts. hat der Vertreter des deutschen Kurators der Universität und des Polytechnikums, Herr v. Zychlinski, die Rektoren dieser beiden Lehranstalten hiervon benachrichtigt.

Diese Entschliebung wurde zur Kenntnis der Jugend gebracht, welche aber ihren Standpunkt nicht geändert hat und die Zahlung der Kollegienelder nach wie vor verweigert.

Eine allgemeine akademische Konferenz dieser beiden Hochschulen hat in dieser Angelegenheit folgende Mitteilung erlassen:

„In Anbetracht der den Herren Rektoren vom stellvertretenden Kurator Herrn v. Zychlinski mitgeteilten Erklärung, daß die Verwaltung der Universität und der Technischen Hochschule mit dem Beginn des nächsten Halbjahres bestimmt in polnische Hände übergehen werde, stellt die allgemeine akademische Konferenz folgendes fest:

„Diese, infolge der Haltung der Jugend erlassene Erklärung ist unzweifelhaft ein moralischer Erfolg unserer Aktion, weil sie die erste befristete Erklärung der Okkupationsbehörden auf dem Schulgebiete ist. Die mündliche Form dieser Versicherung kann jedoch mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer anderen Auslegung in der Zukunft nach siebenmonatigen fortwährenden Ankündigungen die Jugend nicht befriedigen. Daher stellen wir nochmals fest, daß nur eine offizielle schriftliche Erklärung der Okkupationsbehörden über die Übergabe des höheren Schulwesens vor dem 1. Oktober 1917 in polnische Hände auf eine Änderung unseres Verhaltens Einfluß haben kann.“

Gerüchtweise verlautet, daß angesichts dieses Standpunktes der Jugend unter Umständen mit der Schließung der Universität und des Polytechnikums zu rechnen sei.

Aus Nr. 220 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 1. Juli 1917.

Anlässlich der

Schließung der Universität und des Polytechnikums in Warschau

schreibt das Blatt u. a.:

..... Wir bedauern, daß man zu einem so radikalen Mittel gegriffen hat, können aber schwer verschweigen, daß die Verantwortung auf die Jugend fällt, welche hätte wissen müssen, daß der Widerstand gegenüber den Behörden nicht zum Ziele führt und daß es sich nicht ziemte, durch sein Verhalten gegenüber der eigenen Universitätsbehörde die polnische Hochschule zu gefährden. Man darf nicht mit dem Feuer spielen. Jetzt wird die Jugend die Zeit zwecklos vergeuden, statt sich auf der Universität auf das bürgerliche Leben vorzubereiten. Sie hätte ihre Meinung zurück, die Ansicht des Rektors hingegen an die erste Stelle setzen sollen, denn das ist die rechtmäßige Behörde. Ohne Obrigkeit — Anarchie, das ist unser Fluch. Mit welchen Folgen? Nun, die Vorbereitung für das bürgerliche Leben wird für hunderte von jungen Polen um Monate — vielleicht, was Gott verhüten möge, um noch bedeutend längere Zeit hinausgeschoben werden. Ist das Arbeit für das Wohl des Vaterlandes?

Aus Nr. 295 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 25. Juni 1917.

Entdeckung und Vernichtung einer vorschriftswidrigen Druckerei.

Vor einiger Zeit nahmen die deutschen Behörden in der Kaminski'schen Druckerei in Warschau eine Hausdurchsuchung vor und entdeckten hier Spuren, welche bewiesen, daß in dieser Druckerei zahlreiche illegale Drucksachen — angeblich der polnischen Heeresorganisation — gefertigt wurden. Der Eigentümer dieser Druckerei, Herr Kaminski, wurde zwar verhaftet, aber bald darauf wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Druckerei wurde geschlossen und dann vollständig vernichtet. Alle Maschinen und Drucksachen wurden nach Deutschland geschafft. Zur Strafe wurde dem Eigentümer weder ein Pfennig gezahlt, noch ein Requisitionsschein ausgestellt.

Aus Nr. 412 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 25. Juni 1917.

Eine traurige Erscheinung.

Aus der Psychologie unseres Bauern.

Aus ländlichen Kreisen erhalten wir die nachstehenden Wahrnehmungen und Bemerkungen über die Psychologie unseres Bauern. Jeder, der Gelegenheit hat, mit dem Bauern in Berührung zu kommen, wird die Richtigkeit dieser Beobachtungen bestätigen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Einwirkung auf das Land. Im Lichte dieser Betrachtungen zeigt es sich auch, wie unschätzbar in nationaler Beziehung die aufklärende Arbeit der Legionenposten war.

Jedem, der heute an der Aufklärung des Volkes in politischer Beziehung mitwirkt, muß die sonderbare Abneigung aufstoßen, mit der die ungebildeten Massen des Volkes die Nachricht von der Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Staates entgegennehmen. Die Wiederherstellung Polens betrachtet das ungebildete Volk als eine Art unglücklichen Ergebnisses des Krieges und als ein notwendiges Übel, mit dem es sich nur ungern vertraut macht. Als eine Erscheinung der Abneigung und sogar des

Hasses, mit denen das ungebildete Volk alles, was polnisch ist, behandelt, müssen die in letzter Zeit vorgekommenen Vernichtungen und Beschimpfungen polnischer Aufschriften und Abzeichen auf den Tafeln und Wegweisern an den Straßen betrachtet werden. Die selben Individuen aus dem Volke, die den Aufschriften und Abzeichen fremder Staaten gegenüber einen gewissen Respekt bewahren, betrachten den polnischen Adler mit Haß und würden ihn sogar beschimpfen, wenn sie vor der Strafe sicher wären. Die überzeugendsten Beweise und die kräftigsten Argumente sind oft nicht imstande, den Bauern von den bedeutenden Vorteilen zu überzeugen, die ihm die Unabhängigkeit bringen würde. Jeden, der sich bemüht, ihn zu überzeugen, betrachtet er mit scheelen Augen und vermutet in diesen Bestrebungen eine Falle für sich. In dergleichen Fällen widerspricht er gewöhnlich nicht und läßt sich sogar überzeugen, wenn er sich aber im vertraulichen Kreise unter den Seinigen befindet, dann löst sich seine Zunge, um seine „klugen“ Gedanken an den Mann zu bringen.

Hier spreche ich natürlich nur von den unaufgeklärtesten Volksschichten, aber leider sind in vielen Gegenden gerade diese Schichten in der „Politik“ und Anschauung des Bauern tonangebend. Denjenigen, welche die Psychologie der Menschen und die in den Dörfern herrschenden Verhältnisse nicht kennen, wird das, was ich hier gesagt habe, vielleicht als eine Übertreibung erscheinen, weil der Bauer nur ungern sein wirkliches Angesicht zeigt und man sich bei ihm leicht täuschen kann. Namentlich der Intelligenz — und sogar auch seinen etwas aufgeklärteren Mitbrüdern gegenüber schämt sich der Bauer gewissermaßen seiner politischen Anschauungen, die in dem Wunsche nach der Wiederkehr der alten Zeiten bestehen, aber nicht laut ausgesprochen werden. Im gewöhnlichen Leben ist er nichtsdestoweniger bestrebt, nur nach diesen Grundsätzen zu handeln, d. h. sich um nichts zu bekümmern, nichts zu tun, niemandem etwas zu glauben und das Ende ruhig abzuwarten, was die politisch-aufklärende Arbeit auf dem Lande ungeheuer erschwert. Das ist eine traurige, leider aber wahre Erscheinung.

Auf bloße Unwissenheit und Rückständigkeit lassen sich diese Erscheinungen nicht zurückführen. Die Gründe sind anderswo zu suchen. Der polnische Bauer ist im Königreiche in Wirklichkeit überhaupt noch niemals frei gewesen; als nämlich die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, gelangte er sogleich unter den russischen „Schutz“. Solange der polnische Staat bestand, war der Bauer von dem Adel und von der Geistlichkeit abhängig. Diese Abhängigkeit war nicht selten sehr schwer und ist unter dem Volke noch in lebendiger Erinnerung geblieben. Dank der teuflischen Politik der Eroberer war das Volk überzeugt, daß es erst aus fremden Händen ein wenig Freiheit erlangt habe. Alle Losungen und freiheitlichen Grundsätze, in deren Namen der bessere Teil des Volkes sich in den letzten Augenblicken des Bestehens des polnischen Staates und nach seinem Zerfall zum Kampfe erhob, sind den Volksmassen gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Kein Wunder also, daß sich in dem betäubten Gemüte des armen Sklaven damals die Überzeugung entwickelt hatte, daß in Polen nur die Knechtschaft und Herrschaft des Adels und der Herren bestehen. In den verzweifeltsten Kämpfen um die Unabhängigkeit hat das Volk nur den Willen nach Wiedereinführung der alten Ordnung erblickt. Diese durch Fremde geschickt aufrecht erhaltene Überzeugung hat seinerzeit fast das ganze polnische Volk geteilt und sie dem unaufgeklärten Gemüte des Bauern nach und nach so stark eingeprägt, daß sie fast instinktiv geworden ist.

Das ist der Hauptgrund der Abneigung und das Mißtrauens, mit denen der unaufgeklärte Bauer den Bestrebungen nach der Unabhängigkeit Polens

entgegentritt. Der Kampf gegen die bei dem unwissenden Volke geradezu chronische Furcht vor der Wiederkehr der Leibeigenschaft ist sehr schwierig. Nach dieser Richtung hin könnte meiner Meinung nach die Geistlichkeit, welche sich auf dem Lande des größten Vertrauens erfreut, am meisten erzielen. Da die Geistlichen jetzt in ihren ländlichen Kirchspielen die größte Freiheit genießen, würden sie nur ihre Pflicht erfüllen, wenn sie die krankhafte Furcht vor einem unabhängigen Polen im Sinne der oberhirtlichen Aufforderung des Warschauer Erzbischofs energisch bekämpfen würden.

Nr. 169 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 26. Juni 1917

bespricht den Artikel der „Deutschen Warschauer Zeitung“ vom 24. d. M. „Die Entente und Polen“, u. a. folgendermaßen: „Das Ziel des Artikels sei, allen polnischen Ententefreunden zu beweisen, daß ihr Programm, sich auf irgendeine der Koalitionsmächte zu stützen, auf keinem festen Boden basiere. In dieser Hinsicht habe der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Warschauer Zeitung“ recht. Unter diesen Bedingungen war der Akt vom 5. November ein großer Schritt vorwärts. Nach der russischen Revolution habe sich aber die Lage insofern geändert, daß zu dem Akt vom 5. November neue internationale Akte hinzugekommen sind, die theoretisch die Unabhängigkeit Polens anerkannten. Das Blatt wundert sich nur, daß der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Warschauer Zeitung“ in Polen nur Ententefreunde oder Anhänger der Mittelmächte sieht.“ Der Fehler der Politik der Okkupationsmächte besteht darin, daß man offizielle Anhänger der Zentralmächte oder der Entente anerkennt, daß dagegen diejenigen radikalen Elemente außer acht gelassen werden, die mit den Zentralmächten zusammen, also im Bündnis mit ihnen, nicht aber durch ein Kompromiß Polen wieder aufbauen möchten . . .“ (Aus Nr. 132 des Warschauer Tagesberichts vom 2. Juli 1917.)

Aus 144 des Naprzód (Kraśau)
vom 24. Juni 1917.

Brief aus Litauen.

Die armen polnischen Kinder.

Wilna, den 18. Juni.

Eine der interessantesten Episoden des polnisch-deutschen Zusammenlebens in Wilna ist die Angelegenheit der Verschickung der Schuljugend aufs Land, die in der letzten Zeit die Wilnaer Bevölkerung so lebhaft bewegt hat. Schon in den ersten Tagen des Frühjahrs wurde die Frage der Ernährung der Kinder während der sich bedrohlich ankündigenden Zeit vor der Ernte auf die Tagesordnung gebracht. Die einzige Möglichkeit war die Verschickung der einigermaßen organisierten Schuljugend unter Leitung von Lehrerinnen aufs Land in Gegenden, die weniger vom Kriege gelitten haben. Die deutschen Behörden hatten sich selbst mit diesem Vorschlag an die Bevölkerung gewandt und die private Warnung hinzugefügt, daß im Falle einer ungenügenden Durchführung dieser Maßnahmen sie selbst die Kinder unter dem Schutze von preussischen Feldwebeln verschicken würden. Eine energische Tätigkeit ist dort schwer durchführbar, wo man ohne Erlaubnischein die Stadt nicht verlassen darf und wo die Ausgabe solcher Scheine bis auf ein lächerliches Minimum beschränkt ist. Die polnische Bevölkerung in Litauen hat alles getan, was sie konnte. Sie hat sich an die Landwirte mit der Bitte um Auf-

nahme der kleinen Gäste gewandt und ist nicht getauscht worden.

Es gingen in Wilna zahlreiche Angebote von weniger ruinierten und wohlhabenderen Gütern ein. Ihre Eigentümer sind für ihren guten Willen streng bestraft worden. Ihre Angebote haben sofortige Revisionen und Requisitionen nach Resten von verborgenen Erzeugnissen zur Folge gehabt. — „Wenn jene Herren die Kinder zu sich einladen, verfügen sie anscheinend über Nahrungsmittel. In diesem Falle verwahren sie also Erzeugnisse.“ So kalkultierten die deutschen Behörden.

Zugleich wurden die Bittgesuche der einzelnen Schulen um Erlaubnis zur Abreise nach den bestimmten Orten abgelehnt. Statt dessen wies man den polnischen Volksschulen vier der am meisten ausgehungerten Kreise in der Nähe von Wilna an und erklärte, daß die Kinder dort untergebracht werden sollen, die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden aber in jedem Kreise der Kreishauptmann übernehmen wird.

Unter solchen Bedingungen hat das polnische Komitee seine Mitwirkung verjagt. Es erhielt infolgedessen vom Fürsten Jsenburg einen Brief, in welchem dieser feierlich die Verantwortung für das Aussterben der Kinder den Polen zuschreibt, da sie sich an der Rettungsaktion nicht beteiligen wollen. Die Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht erledigt. Es ist jedoch schwerlich anzunehmen, daß sich die deutschen Behörden mit der Unterbringung der Kinder in der verhältnismäßig wohlhabenden Komwoer Gegend einverstanden erklären werden. Es herrschen nämlich hartnäckige Gerüchte, daß diese Kreise schon von deutschen Kindern aus Preußen besetzt sind.

Angeichts des Aussterbens der Kinder und der Unterernährung ist diese Frage eine brennende.

Aus Nr. 149 des Naprzód (Krakau)
vom 1. Juli 1917.

Ein Brief aus Litauen.

Wilna, den 25. Juni 1917.

Gegenwärtig verbreitet sich bei uns der Fleckentypus in erschreckender Weise, so daß die Stadt alsbald vollständig isoliert werden soll. Das wird unzweifelhaft auf eine noch größere (wenn das möglich ist) Verschlimmerung der Verjörungsverhältnisse einwirken.

Laut amtlichen Berichten haben im Mai von den öffentlichen Suppen-Küchen täglich rund 76 000 Personen Gebrauch gemacht. Vom 26. d. Mts. ab soll die tägliche Brotration um 50 Gramm erhöht werden. Dann wird sie also 150 Gramm betragen.

Die Angelegenheit der Ausfuhr der Kinder in die Dörfer ist bis dahin noch nicht endgültig erledigt. Die Eltern widersetzen sich der Ausfuhr der Kinder energisch und bemühen sich, diese Ausfuhr trotz der riesigen Schwierigkeiten auf eigene Faust zu bewirken.

Das deutsche Werbe-Bureau, in dem sich die Freiwilligen zum polnischen Heere notieren ließen, ist vor einigen Tagen geschlossen worden.

Aus Nr. 151 des Głos Narodu (Krakau)
vom 28. Juni 1917.

Die polnischen Schulen in Wolhynien.

Aufruf.

Der gegenwärtig durch das österreichisch-ungarische Heer besetzte Teil Wolhyniens, der aus den beiden

Kreisen Wlodzimierz und Rowel besteht, besitzt seit 100 Jahren keine polnischen Schulen. Nach der denkwürdigen, leider jedoch kurz dauernden Epoche Czacki war die polnische Jugend gezwungen, in fremder Sprache zu lernen. Die Bestrebungen der Pädagogen waren, statt nach der Veredlung und Vertiefung der kindlichen Seele zu streben, darauf gerichtet, dieselbe zu verunstalten und sie mit Abscheu gegen alles Polnische zu erfüllen.

Diese Bestrebungen sind erfolglos geblieben, da das Volk ihnen Widerstand entgegengesetzt hat, und als es keine öffentlichen Schulen organisieren konnte, organisierte es geheime; als auch diese nicht weitergeführt werden konnten, wurde der Unterricht außerhalb der Schule erteilt. Dieser Kampf hat viel Opfer gekostet, und zwar sowohl materielle als auch moralische, und viele von den jugendlichen Seelen gingen für immer für Polen verloren. Als sich infolge des Krieges die Verhältnisse geändert haben, wandte das polnische Volk im besetzten Teile Wolhyniens der Begründung polnischer Schulen seine Sorgfalt zu. Heute bestehen in Wolhynien 25 polnische Schulen, die auf Eröffnung des Unterrichts warten, mit 1700 Kindern, die bis jetzt keine polnische Bibel gesehen haben. Es müssen noch mindestens 25 polnische Schulen begründet werden, damit nicht ein einziges Kind die vaterländische Schule entbehre. Die polnische Bevölkerung Wolhyniens, die vollständig ruiniert ist, ist nicht imstande, die Existenz dieser Schulen zu sichern oder gar neue zu begründen.

Bis jetzt stützen sich bei uns die Schulen auf private Wohltätigkeit, da die Besetzungsbehörden kein Schulbudget aufgestellt haben.

Die polnischen sozialen Organisationen in Wolhynien führten im vergangenen Jahre die Aktion auf dem Gebiete des Schulwesens; heute aber, angesichts des immer wachsenden Elends und der Notwendigkeit, die Menschen vor Hunger zu bewahren, sind sie ohne die finanzielle Hilfe der anderen polnischen Landesteile nicht imstande, diese Aufgabe zu erfüllen. Zu Schulzwecken sind im laufenden Jahre ungefähr 50 000 Kronen nötig.

Im Vertrauen auf die innere Gemeinschaft aller polnischen Landesteile wenden wir uns heute an die Volksgenossen mit der Bitte um Hilfe, um Spenden für die Volksschulen in Wolhynien.

Die Schulkaktion soll bis zur Organisierung einer besonderen Institution für diesen Zweck von den unterzeichneten Rettungsinstitutionen fortgeführt werden.

Krakau, den 28. Juni 1917.

Für das Bürgerkomitee des Kreises Wolhynien:
Thaddäus Krzyżanowski, Gustav Zaleski.

Für das Rettungskomitee des Kreises Wolhynien:
Geistl. Johann Maciejski, Wladis. Duchowski.

Die ersten Spenden gingen infolge Initiative des Fürsten Lubomirski von den Mitgliedern des Polnischen Klubs und den polnischen Mitgliedern des Herrenhauses in Wien in Höhe von 16 137 Kronen mit der Zusicherung ein, daß diese Summe auf 25 000 Kronen erhöht werden wird.

Die Redaktion unseres Blattes unterstützt wärmstens den Aufruf unserer Brüder in Wolhynien... und nimmt Spenden zum genannten Zwecke gern an.

Nr. 147 des Głos Narodu (Krakau)
vom 23. Juni 1917

wendet sich im Leitartikel gegen die Arroganz der Juden im Königreich Polen. Solange die Polenfrage noch nicht zu einer der wichtigsten internationalen Friedenskongressfrage geworden war, haben die Juden ein einheitliches Programm ihrer Politik in Polen nicht aufgestellt. Jetzt aber wisse jeder — sagt „Ziemia Lubelska“ — der die Herren Stadträte Prilucki,

Berenjon, Truskiemicz, Seidemann und andere jüdische Munzipalräte in den polnischen Städten kennt, was man von der sogenannten Assimilationseigenschaft der Juden zu halten habe. Die Arroganz der jüdischen Postulate gehe soweit, daß sie eine konstitutionelle Gewährleistung für ihre Nation und Konfession, eine bürgerliche Gleichberechtigung und die Freiheit der Selbstverwaltung in eigenen Korporationen fordern und mit Polen nur „durch Staatspflichten“ verbunden sein wollten. „Warschau ist nicht nur die Residenz Polens,“ so rufen die Juden, „es ist auch die Residenz des Judentums der ganzen Welt. Warschau ist nicht nur das Herz Polens, es ist auch das Herz des Judentums.“ In keinem anderen Staate wagen die Juden mit derartigen provozierenden Forderungen hervorzutreten. Um so schlimmer sei es für sie. „Die harte Wirklichkeit wird sie aus dem ungesunden Traum wecken und überzeugen, daß es vernünftiger gewesen wäre, die Polen nicht zu provozieren.“

(Aus Nr. 128 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Juni 1917.)

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 289 des Czas (Krakau)
vom 25. Juni 1917.

Der Polnische Klub und das neue Kabinett.

.... Die Waffe, die der Polnische Klub am 17. Juni angedroht hat — die Ablehnung des Budgets während des Krieges — gehört zu den schärfsten und darf nicht ungestraft mißbraucht werden. Das Bewußtsein dessen besteht unzweifelhaft nicht nur in der konservativen Gruppe des Klubs, die gegen den Beschluß gestimmt hat, sondern auch bei anderen Gruppen, die in erster Linie mit der Meinung der Wählermassen rechnen, die eine sichtbare Genugtuung für die während der drei Jahre erlittene Unbill fordern. Ein Mißbrauch dieser Waffe wäre es gewesen, wenn der Polnische Klub auch nach Erlangung des formalen Zugeständnisses, das der Klub selbst als Vorbedingung der Verhandlungen und der Unterstützung der Regierung hingestellt hat, mit ihr weiter gedroht hätte. Wir glauben auch sicher, daß der Beschluß, für das Budget zu stimmen, im Klub nach Erfüllung obengenannter Vorbedingung ohne Schwierigkeiten durchkommen wird.

Wie dürfen in diesem Zusammenhange nicht übersehen, daß man alle Stimmen, die für Ablehnung des Budgets agitieren — sogar für den Fall, wenn das gegenwärtige Kabinett die Versprechungen des Grafen Clam übernehmen sollte — in den Ländern der Entente tendenziös auslegen und als Beweis dafür ausnützen würde, daß die Polen eine Erschütterung oder sogar Zerkümmern Österreichs wünschen. Man würde glauben, daß die Polen unter dem Einfluß der russischen Revolution und der nebelhaften amerikanisch-französischen Versprechungen grundsätzliche Opposition treiben, d. h. die Staatsnotwendigkeiten verweigern, ohne die der Staat weder bestehen, noch Krieg führen kann. Man würde dies auch — neben den Lösungen der Zurückhaltung im Königreich — für einen neuen Beweis dafür halten, daß die Polen den Akt vom 5. November und die sich auf dessen Grundlage eröffnenden Möglichkeiten geringschätzen. Aber nicht nur in den Ländern der Koalition würde man solche Stimmen derartig auslegen; auch in den uns wohlwollenden Kreisen Österreichs, auf die der Polnische Klub bei der Lösung der polnischen Frage stark rechnet, würde man uns eine solche leichtsinnige Agitation, die nach einem Mißbrauch dieser scharfen Waffe strebt

und sich über die internationalen Konsequenzen eines solchen Vorgehens keine Rechenschaft ablegt, übelnehmen. Das Ansehen und der Einfluß des polnischen Klubs würden einer schweren Probe, wenn nicht direkt einer Niederlage ausgesetzt werden.

Der polnische Klub mit seiner demokratischen Mehrheit, die in erster Linie mit den Ansichten der Wähler rechnet, besitzt jedoch allzuviel ernste, vorsichtige und weitblickende Politiker, als daß er sich diese Gefahr nicht vergegenwärtigen und die Saite überspannen würde. Daß er den Weg der unbedingten Opposition nicht betreten wird, davon sind wir überzeugt. Wir wünschen jedoch auch, daß auch fernerhin alle vereinzelt Versuche und Stimmen unterbleiben, die den Wert einer aufrichtigen und konsequenten Unterstützung des Staates nicht richtig einschätzen.

Die Zahl unserer Feinde ist sehr bedeutend; die Zahl oberflächlicher und falscher Freunde ist in diesem Augenblick vielleicht noch bedeutender; aber Bundesgenossen, deren politisches Interesse sich mit dem unsrigen deckt, haben wir gegenwärtig fast gar nicht. Der einzige ist vielleicht die Habsburger Dynastie, so wie sie dies während der letzten 50 Jahre war, während welcher Galizien freier atmen konnte. Die Untergrabung dieses Stützpunktes, wenn sie auch in die loyalsten Ausdrücke eingekleidet sein sollte, wäre ein gefährliches Spiel, das keinen realen Vorteil bringen die polnische Frage nur gefährden würde. Das Stimmen für das Budget — nach Erlangung der möglichen Zugeständnisse von der gegenwärtigen Regierung — wird den falschen Auslegungen der politischen Stellung des Klubs, die in den Ententestaaten tendenziös verbreitet werden, ein Ende machen und die Bestätigung der Tatsache sein, daß wir unser herzliches Verhältnis zu dem jungen Monarchen unberührt aufrechterhalten wollen.

Aus Nr. 293 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 27. Juni 1917.

Der Polnische Klub und das neue Kabinett.

Wien, 27. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Polnischen Klubs berichtete zunächst der Vorsitzende über die Konferenz des Präsidiums des Polnischen Klubs mit dem Ministerpräsidenten Dr. Seidler. Aus dem Bericht ergab sich, daß Dr. Seidler den Beamtencharakter des Kabinetts unterstrichen hat, das lediglich die Aufgabe habe, die Staatsnotwendigkeiten durchzuführen. Gegenüber den Forderungen des Polnischen Klubs bezüglich Galiziens nahm Dr. Seidler eine freundliche Haltung ein und versprach, dieselben in den Grenzen der Möglichkeit zu erfüllen. Nach dem Bericht des Vorsitzenden entstand eine Aussprache in der Frage der Abstimmung über das Budget.

Der Abgeordnete Moraczewski forderte, daß der Polnische Klub gegen das Budget stimmen solle, und seine Ausführungen wurden von dem Abgeordneten Eliwinski unterstützt.

Abgeordneter Steslowicz führte hingegen eine Reihe von Gründen auf, aus welchen der polnische Klub infolge der veränderten Sachlage nicht gegen das Budget stimmen dürfe. Insbesondere betonte Dr. Steslowicz, daß der Rücktritt des gesamten Kabinetts für den Polnischen Klub eine ausreichende Genugtuung und eine gewisse Bürgschaft dafür bilde, daß die gegenwärtige und auch jede zukünftige Regierung mit der polnischen Vertretung rechnen werde. Dr. Steslowicz, der Verfasser des Antrages, durch den der Regierung des Grafen Clam die Unterstützung versagt wurde, wies nach, daß heute, da das neue

Beamtenkabinett um die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten bittet, man ihm dieselbe nicht verjagen könne, um so mehr, als es sein Wohlwollen gegenüber den Forderungen des Klubs zugesichert hat.

Um 11 Uhr wurde die Sitzung auf 6 Uhr abends vertagt. Zu der Abendsitzung erschienen die Sozialisten nicht. Nach längerer Diskussion wurde folgender Antrag Steżłowicz angenommen:

Unter Berücksichtigung der wichtigen Ereignisse der letzten Tage beschließt der polnische Klub, für das viermonatige Budgetprovisorium zu stimmen, da dieses eine Staatsnotwendigkeit darstellt, ohne jedoch dadurch seine Stellung gegenüber der neuen Regierung endgültig festzulegen. — Die Nichtanwesenheit der Sozialisten in der Sitzung des Klubs zeugt dafür, daß innerhalb dieser Gruppe die Ansicht des Abgeordneten Moraczewski gesiegt hat.

Aus Nr. 144 des Naprzód (Kraſau)
vom 24. Juni 1917.

Zum Falle „Grimm“.

Wir haben schon einmal auf die Unwahrscheinlichkeit hingewiesen, daß Grimm, dessen Angelegenheit so viele Kommentare hervorruft, für einen „deutschen Agenten“ gehalten werden könnte. Der unbedingte Pazifist, dessen Anschauungen der Richtung jener linksstehenden deutschen Sozialdemokraten nahestehen, denen man aus Anlaß ihrer konsequent kriegsfeindlichen Haltung beinahe Staatsverrat vorwarf, ist aus diesem Grunde Vermittler des Telegramms gewesen, in dem der Leiter der Schweizer auswärtigen Politik, Hoffmann, die deutschen Ansichten über den Frieden mit Rußland „auf Grund von Gesprächen mit hervorragenden Persönlichkeiten“ äußerte.

Soweit man diese „Gespräche“ für eine deutsche Inspiration halten kann, fällt in ihnen Punkt 4 und 5 auf:

„daß Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht einmischen und in freundschaftlicher Weise mit ihm über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung der verschiedenen Nationalitäten dieser Länder verständigen wird,“ und

„daß Deutschland die besetzten Gebiete gegen Rückgabe der von Rußland besetzten österreichisch-ungarischen Gebiete an Rußland zurückgeben wird.“

Unklar ist die Fassung dieser beiden Punkte. Was soll jene „freundschaftliche Verständigung“ in der Angelegenheit der drei von Rußland losgerissenen Länder bedeuten? Wie weit könnten eventuell die Verhandlungen mit Rußland bezüglich ihrer Geschichte gehen? Wie weit könnte sich Deutschland von der vom Kanzler betonten Zusicherung entfernen, daß keine Handbreit dieser Gebiete, die von Rußland losgerissen sind, an dieser zurückgegeben werden könne?

Ferner die Frage, was den Gegenstand des Tausches zwecks Wiedererlangung der verlorenen österreichisch-ungarischen Gebiete bilden könnte! Sollte dies nur der Streifen von Wolhynien oder eine weitgehende Rekonstruktion auf Kosten von weiter nördlich liegenden Territorien sein, bei welcher sich Deutschland nur einen Vorbehalt bezüglich der nationalen Eigenart der gegebenen Gebiete reservieren würde?

Obwohl diese Punkte also unklar ausgedrückt sind, so sind sie doch, falls sie das deutsche Angebot authentisch wiedergeben, heute der einzige Kommentar, der die

letzte Erklärung der „Nordb. Allg. Ztg.“ näher erläutert.

Für uns ist wichtig die Zusammenstellung dieser neuesten Lesart mit der früheren kategorischen Erklärung des Kanzlers, da dies darauf hindeuten würde, daß die polnische Frage, mit der jene Lösung im Osten in unmittelbarem Zusammenhange steht, Gegenstand von Konjekturen ist, die sich beständig ändern können, namentlich angesichts der letzten Kriegsergebnisse, da das Bestreben nach Beseitigung verschiedener strittiger Fragen sich hier und da besonders bemerkbar machen könnte.

Aus Nr. 295 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 28. Juni 1917.

Die ukrainischen Bestrebungen in Rußland.

Der plötzliche Ausbruch des ukrainischen Separatismus ist ein sonderbares Ereignis, das sich nicht durch Tatsachen erklären läßt, die diesseits der Kampffront bekannt sind. Er läßt sich restlos weder durch den Faktor der sozialen Gegensätze erklären, da dieser in ganz Rußland gleichmäßig tätig ist, noch durch die Agrarangelegenheit selbst, da diese zwar in der Ukraine viel brennender ist als in Großrußland, die Art ihrer Lösung jedoch und die gesamte ukrainische Agrarideologie sich vollkommen mit der allgemein russischen deckt. Außer diesen Faktoren wirken hier also gewiß noch andere und zwar sehr starke Elemente von unzweifelhaft psychischer und kultureller Natur mit.

Wenn diese heutige ukrainische Bewegung sich befestigt, wenn sie sich gegenüber den antirevolutionären Bestrebungen die heute in ganz Rußland unzweifelhaft stärker sind als vor einem Monat, zu behaupten vermag, dann müßte man feststellen, daß das wichtigste Moment des russischen Imperiums zerstört ist. Denn dieses Fundament bestand immer in der engsten organischen Verbindung von Groß- und Kleirußland. Wenn sich die Ukraine von dem staatlichen Organismus Rußlands als neue und selbständige Staatseinheit trennen sollte, würde dies die Vernichtung dieses großen staatschöpferischen Prozesses bedeuten, der sich in Rußland im Laufe der letzten drei Jahrhunderte in der Richtung der sogenannten „Einverleibung“ der russischen Gebiete durch Moskau vollzogen hat, und Kiew würde die selbe Rolle erlangen, die es zur Zeit des Fürstentums spielte. Es wären dies alles Tatsachen von ungeheurer welthistorischer Bedeutung.

Für uns Polen hat eine solche ukrainische Bewegung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Licht- und Schattenseiten. Die ersteren würden darauf beruhen, daß die durch den ukrainischen Separatismus verursachte Zertrümmerung Rußlands uns ein für alle Mal vor den Gefahren sichern würde, die uns stets von seiten des zarischen oder republikanischen russischen Imperiums drohen würden. Die zwar sehr bedeutenden Nachteile würden dagegen darin bestehen, daß unser Streit mit der Ukraine sich verschärfen und auf die gesamte Ausdehnung unserer ethnographischen Berührung mit ihr sich erweitern müßte. Rußland, unser Nebenbuhler im Osten, würde gewissermaßen in den Hintergrund treten. In den Vordergrund würde die Ukraine treten. Das Zentrum, das diesen Streit von drüben leitet, würde von Petersburg oder Moskau nach Kiew verlegt werden, und hier würde es aus psychologischen und traditionellen Gründen weit stärker sein, als die rein bürokratische Petersburger oder Moskauer Zentralstelle. Schließlich würde für unsere nationalen Minderheiten, die sich in der Ukraine hauptsächlich auf den polnischen Großgrund-

besitz stützen, die ukrainische Republik viel gefährlicher sein, als irgend eine russische Regierung. Hier würden nämlich außer Momenten rein wirtschaftlicher und sozialer Natur mit besonderer Kraft psychologische Momente wirksam sein, die sich aus der neu belebten Tradition der Kämpfe und des Hasses gegen die — polnischen Herren ergeben würden.

Aus Nr. 283 der Nowa Reforma (Kraľau)
vom 21. Juni 1917.

Eine Erklärung polnischer Kriegsgefangener.

Das Moskauer „Echo Polskie“ vom 31. Mai bringt folgendes Schreiben:

Im Anschlusse an die in der Presse veröffentlichte Bekanntmachung über die Schaffung einer polnischen Armee auf russischem Boden und angesichts der in dieser Beziehung unter den polnischen Gefangenen entfalteten Agitation, die wir übrigens als verfehlt erachten, haben wir die Ehre, folgendes zu erklären:

1. Hinsichtlich der Schaffung einer polnischen Wehrmacht kann nach unserer festesten Überzeugung nur unser Land mit Warschau an der Spitze eine entscheidende Stimme haben.

2. Namens des Landes darf nur der vorläufige Staatsrat das Wort ergreifen.

Daher richten wir an den Liquidations-Ausschuß für die Angelegenheiten des Königreichs Polen die dringende Bitte, durch seinen Ausschuß der Fürsorge für die Gefangenen der eingangs bezeichneten Agitation unter den Gefangenen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenwirken zu wollen.

Bugurusłanie, den 20. Mai 1917.

Polnische kriegsgefangene Offiziere
der österreichisch-ungarischen Armee und der polnischen Legionen:

Folgen Unterschriften.

Aus Nr. 290 der Nowa Reforma (Kraľau)
vom 25. Juni 1917.

Der Kongreß der polnischen militärischen Delegierten und der Staatsrat.

Stockholm, den 25. Juni.

Aus Petersburg wird mitgeteilt:

Der gegenwärtig in Petersburg tagende Kongreß der polnischen militärischen Delegierten faßte einen Beschluß, in welchem er sich entschieden gegen die Aufstellung eines besonderen polnischen Heeres in Rußland wendet. Die Polen — sagt der Beschluß — haben keine Veranlassung, im russischen Heere die Rolle von fremden Legionären zu spielen. Übrigens müßten sie ihre ganze militärische Kraft für die Bedürfnisse ihres nationalen polnischen Heeres aufsparen.

Ein anderer Beschluß des Kongresses wendet sich leidenschaftlich gegen die polnische Nationaldemokratie, die eine empörende Politik der Zersplitterung treibt. Übrigens hat auch der Delegiertenanschluß des Arbeiter- und Soldatenrats den polnischen militärischen Delegierten zu verstehen gegeben, daß an die Aufstellung eines besonderen polnischen Heeres in Rußland nicht zu denken sei. Der Kongreß der polnischen militärischen Delegationen faßte auch noch den Beschluß, daß Warschau als der Mittelpunkt Polens zu betrachten sei. Alle polnischen nationalen Bestrebungen sollen sich um Warschau konzentrieren. Der vorläufigen russischen Regierung — sagt der Beschluß — kann die Entscheidung über polnische Angelegenheiten nicht eingeräumt werden. Einzig und allein der polnische Staatsrat ist berufen, Entscheidungen im Interesse Polens zu treffen.

Aus Nr. 173 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 28. Juni 1917.

Polnische Erklärungen in Rußland.

Infolge der in Rußland jetzt aktuellen Frage der polnischen Armee sind im „Dziennik Petrogradski“ folgende Erklärungen erschienen:

„Seit einiger Zeit werden von gewissen Gruppentendenzen und falsche Gerüchte verbreitet, die sich hinsichtlich des Standpunktes des vorläufigen Staatsrates bzw. der polnischen Militärabteilungen sogar auf unsere Namen berufen. Angesichts dessen sind wir gezwungen, nochmals öffentlich festzustellen, daß die bevollmächtigten Mitglieder des Staatsrates grundsätzlich und in einer alle Zweifel ausschließenden Weise uns erklärt haben, daß der Staatsrat gegen die Schaffung einer polnischen Armee sowie polnischer neuer militärischer Formationen sei.“

Es folgen die Unterschriften von Alexander Babianski, Franz Skapski, Bronislaus Sinif, Hypolit Gliwic, Joseph Ziabicki, Stefan Filizkowski.

Außer dieser, vom 6. Juni datierten Mitteilung erschien am nächstfolgenden Tage, am 7. ds. Mts. folgende Begründung:

„Um alle Zweifel zu vermeiden, erachten wir es als geboten, öffentlich festzustellen, daß wir uns an der Beratung im Generalstabe unter Beteiligung des Bylewski und verschiedener Sozialpolitiker, die zur Prüfung der Frage einberufen waren, ob polnische militärische Formationen grundsätzlich geschaffen werden sollen, nur deshalb beteiligt haben, um bei jeder Gelegenheit den Standpunkt zu verteidigen, der dem Standpunkte des Staatsrates entspricht.“

Die zweite Mitteilung trägt die Unterschriften von Alexander Babianski, Franz Skapski und Alexander Wieckowski. In darauf folgenden Nummern des „Dziennik Petrogradski“ sind dem Gedanken einer polnischen Armee in Rußland die Herren Johann Dabrowski und Professor J. Baudoin de Courtenay entgegengetreten.

In der „Russkoja Wolia“ ist ein Artikel des Rechtsanwaltes Konrad Niedzwiedzki erschienen, welcher schreibt:

„Die zur demokratischen Partei gehörigen Polen treten grundsätzlich gegen die Schaffung einer besondern polnischen Armee in Rußland auf, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens erachten wir eine Absonderung nationaler Armeen aus dem Verbands der einheitlichen russischen Armee als eine Desorganisation der letztern. Zweitens sind wir der Ansicht, daß wir jetzt, da in Warschau eine polnische Regierung besteht, ohne deren Genehmigung zur Führung einer selbständigen Politik kein Recht haben. Drittens entsteht die Frage, was dann geschehen werde, wenn diese polnische Armee trotz ihres Heldennutes doch auf irgend einem Abschnitte vor der deutschen Armee weichen müßte, welche gerade auf dieser Stelle durchbrechen könnte? Würden sie alsdann die Polen nicht als Verräter erklären, und würde das nicht eine Erschütterung der polnisch-russischen Verhältnisse nach sich ziehen?“

Laut Mitteilungen des „Polnischen Echo“ vom 5. Juni hat sich in Kiew ein polnischer demokratischer Verband gebildet. Zum Vorstände gehören u. a. Peter Chojnowski, Roman Knolle (Schriftführer), Jordan-Pereswiet, Soltan (stellvertr. Vors.), Eugen Starzewski (Vorsitzender), Demitr. Starzynski (stellvertr. Vors.), Leon Trzeciat (Kassierer). Dieser Verband unterwirft sich zwar dem ausführenden Komitee der vereinigten polnischen Organisationen in Rußland, wird aber der Hegemonie der National-Demokratie in diesem Komitee entgegenwirken.

Die polnische sozialistische Partei (Fraktion) hatte zum 28. bis 30. Mai in Petersburg eine Konferenz

aller Vertreter der Gruppen der Emigranten anberaumt.

Aus Nr. 146 des Naprzód (Kraťau)
vom 27. Juni 1917.

Betrifft die polnische Armee jenseits der Front.

Unter dieser Überschrift bringt die Lemberger „Gazeta Wieczorna“ in ihrer Nr. 3609 einige Mitteilungen, die sie über Stockholm erhalten hat und folgenden Wortlaut haben:

Einer der nationaldemokratischen Führer, J. Jodziechowski, hatte die auf russischer Seite geschaffenen Abteilungen als das Heer beschrieben, das in das unabhängige Königreich Polen einmarschieren und hier Ruhe und Ordnung schaffen soll. Aber nicht alle, nicht einmal alle Anhänger der Nationaldemokratie sind mit diesem Plane einverstanden. W. Grabski berührte dieses Thema ständig mit einer Gleichgültigkeit, und Szabeko erklärte, daß eine Division schon genüge und daß er gegen die Schaffung neuer Divisionen sei. General Babianski, Skapski und Mysz-towicz (vom nationalen Komitee) erklärten sich auf drei in Petersburg abgehaltenen Versammlungen gegen die Errichtung einer polnischen Armee. Trotz dieser nicht wohlwollenden Stimmen wurde eine ansehnliche erste polnische Brigade gebildet, die zum Umfange einer Division heranwuchs und 30 000 Mann zählt. Wie schon mehrfach mitgeteilt wurde, besteht sie nur aus Infanterie und Kavallerie; Artillerie-Abteilungen fehlen ihr vollständig. An der Spitze dieser Division steht General Bylewski, der, wie das ganze Offizier-Korps, wirklich von bürgerlichem Geiste durchdrungen ist und diesem Anfang tatsächlich den Charakter einer polnischen Armee geben will. Die Leitung würde unter Umständen sogar mit der Auflösung der Division einverstanden sein, falls diese die günstige Erledigung der Heeresangelegenheit im Königreiche verlangen sollte. Im übrigen geht die Bewegung der Schaffung besonderer polnischer Abteilungen in allen militärischen Formationen sowohl unter den Offizieren als auch unter den Soldaten elementar vor sich. Außer einer gewissen Art nationaler Reflexbewegung wirkt hier unstreitig auch noch eine versteckte politische Hand, für welche die Schaffung der Armee nach ihrem Sinn ist. In Petersburg wurde von Herrn J. Janowski unter dieser Lösung eine „polnische Konföderation“ einberufen, die einflußreichen Harusiewicz unterstützt wird.

Die russischen Regierungskreise beurteilen diese rührige militärische Strömung verschiedenartig. Guczkow beurteilt die Arbeit der Nationaldemokratie wohlwollend. In andern Kreisen fühlt man fast daselbe, was, der Situation vollständig entsprechend, die Bildung der Armee im Königreiche aufgehalten hat. Die militärischen Kreise fürchten geradezu diese mit einem ziemlichen Fonds von Selbständigkeit ausgestattete Neubildung, die die militärische russische Aktion unzweideutig hemmen könnte. Der Chef des Generalstabes Awerjamow fürchtet für den Fall des Ausscheidens der Polen eine Zersplitterung der Front, während der Arbeiter- und Soldaten-Rat dem Verlangen einer polnischen Armee widerstrebt, weil er befürchtet, daß diese leicht das Werkzeug einer monarchischen Gegenrevolution werden könnte.

Das endgültige Ergebnis hängt in jedem Falle von der Art und dem Zeitpunkt der Lösung des Heeresproblems im Königreiche Polen ab.

Aus Nr. 15 der Sprawa Polska (Petersburg)
vom 23. April (6. Mai) 1917.

Über die Bildung einer polnischen Armee

findet jetzt ein reger Gedankenaustausch statt. Es haben sich zu dieser Frage schon unsere wirtschaftlichen Organisationen geäußert und gegenwärtig geben ihre Erklärungen auch unsere militärischen Verbände in ihren Mittelpunkt hinter der Front ab. Von wesentlicher Bedeutung in dieser Hinsicht sind jedoch die Anschauungen unserer Soldaten selbst, vor allem derjenigen Soldaten, welche der bereits bestehenden Division polnischer Schützen angehören.

Die Delegierten dieser Division nahmen am 8. (21.) April folgende Entschloßung an:

I. Wir erstreben die Unabhängigkeit des ganzen, vereinigten Polens.

II. Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker an.

III. Über die innere Verfassung des polnischen Staates, über seine Regierungsform und über die Rechte seiner Bürger wird eine konstituierende Versammlung entscheiden, die auf Grund eines allgemeinen, unmittelbaren, geheimen und gleichen Wahlrechts einberufen wird.

IV. Wir halten es für recht und billig, daß in dem künftigen polnischen Staate alle Bürger ohne Rücksicht auf ihre Konfession und Nationalität als gleichberechtigt anerkannt werden.

V. Da die antideutsche Koalition, die einen Verband freier Völker darstellt, welche für die Freiheit aller Völker kämpfen, als eines ihrer Kriegsziele den Wiederaufbau eines polnischen Staates aus allen bis dahin getrennten Teilen Polens hinstellt, diese Forderung aber von den Mittelmächten, die ihre polnischen Landesteile dem polnischen Staate nicht zurückgeben wollen, nicht anerkannt wurde, so erklären wir uns für Verbündete der Koalition.

VI. Um alle diese Ziele erreichen zu können, halten wir die Bildung einer polnischen Armee für notwendig.

VII. Diese Armee muß auf folgenden Grundsätzen basieren:

1. Als Soldaten des sich jetzt zur Freiheit erhebenden Polens kämpfen wir und werden wir auch in Zukunft für die vollständige Erlösung des ganzen Polens kämpfen.
2. Sämtliche Mannschaften und Offiziere der polnischen Armee müssen im Genuß aller bürgerlichen Rechte bleiben.
3. Die ganz genaue Erfüllung der Soldatenpflichten halten wir für ein Gebot der polnischen Soldatenehre.

VIII. Die polnische Armee soll auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit stehen. Und da wir die Division polnischer Schützen für die Kadres der künftigen polnischen Armee halten, so werden wir unaufhaltsam an der moralischen und fachmännischen Verbollkommnung der Division arbeiten.

Diese Erklärung wurde von sämtlichen Offizieren und ebenso von dem Kommandeur der Division, dem Generalmajor Bylewski, unterzeichnet.

Von dem Reserve-Regiment dieser Division wurde in einer Versammlung der Offiziere, an die Herr Dr. Jaluška eine Ansprache hielt, folgende Resolution angenommen:

1. Das neue Rußland ist zu begrüßen, das, selbst frei geworden, auch anderen Völkern die Freiheit bringt.

2. Namens des Offizierkorps des Reserve-Regiments soll der vorläufigen russischen Regierung herzlichst gedankt werden für ihren edlen, klugen und von dem polnischen Volke längst erwarteten Aufruf an die

Polen vom 16. (29.) März 1917, in welchem Rußland das polnische Volk als vollständig berechtigt anerkennt, über sein Schicksal selbst zu bestimmen, und in welchem es zugleich die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates für die notwendige Garantie für einen dauerhaften Frieden in Europa erklärt. Mit dieser Dankagung sind die polnischen Abgeordneten in Petersburg durch Vermittelung des Divisionsstabes zu beauftragen.

Das Offizierkorps des Reserveregiments sieht sich zu einer solchen Dankagung um so mehr veranlaßt, als durch den Aufruf der provisorischen Regierung, der für beide Völker von so großer Bedeutung ist, zugleich jener Weg als der richtige anerkannt, sanktioniert und empfohlen wird, den schon seit den ersten Kriegsmonaten die ursprüngliche Formation des Regiments, nämlich die polnische Legion (das 739. Freiwilligenkorps) und ebenso die Vertreter unseres Volkes, d. h. die polnischen Abgeordneten in Petersburg, betreten haben.

3. Es ist öffentlich der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß nach der Verkündung des Aufrufs der provisorischen Regierung vom 16. (29.) März d. Js. die Gründe wegfallen, durch welche Hunderttausende von Polen gezwungen wurden, zerstreut unter einem fremden, wenn auch wohlwollenden Kommando, und nicht unter den eigenen, nationalen Fahnen für die Befreiung ihres Vaterlandes von der deutschen Knechtschaft zu kämpfen.

Indem das Offizierkorps es den polnischen Abgeordneten überläßt, die Grundlagen der politischen Aktion der künftigen polnischen Armee mit der vorläufigen Regierung zu verabreden, ersucht es den Stab der Schützendivision, er möchte möglichst bald dafür Sorge tragen, daß die in der russischen Armee zerstreuten polnischen Soldaten von ihren Regimentern entlassen, zu einer besonderen Truppe organisiert, mobilisiert und dann als polnische Armee gegen den deutschen Feind ins Feld geschickt werden.

4. Das Offizierkorps erwartet mit Ungeduld den Augenblick, wo es vom Kommando der polnischen Armee aufgefordert wird, an die Front zu gehen, und dort in Gemeinschaft mit den treuen Verbündeten gegen das verhaßte deutsche Volk, das der Erbfeind unseres Vaterlandes ist, in den Kampf zu ziehen.

Es lebe die polnische Nationalarmee! Es lebe das unabhängige, vereinigte Polen! Es lebe das edle, revolutionäre, neugeborene Rußland!"

Aus Nr. 3613 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 26. Juni 1917.

Ein Aufruf der polnischen Sozialisten in Rußland.

Das Organ der polnischen Sozialisten in Petersburg „Promien“ bringt folgenden Aufruf:

Genossen und Bürger!

Die nichtswürdige nationaldemokratische Bande, welche der erbitterteste und gefährlichste Feind des arbeitenden Volkes in Polen ist und die bisher heimlich mit der zarischen Regierung gegen uns Komplote geschmiedet hatte, beginnt jetzt während der Revolution schon wieder ihre schändlichen geheimen Umtriebe, die sowohl der russischen Revolution als auch der polnischen Demokratie zum Schaden gereichen sollen.

Sie will nicht mehr und nicht weniger, als hier in Rußland eine polnische Armee schaffen!

Gebt Ihr, Genossen und Bürger, Euch darüber Rechenschaft, was das heißt? Wißt Ihr, wozu und für wen diese Armee von Harusiewicz, Wielopolski, Lutoslawski, Grabski usw. geschaffen werden soll?

Der Delegiertenrat der Arbeiter und Soldaten hat in Petersburg kalt und deutlich ausgesprochen, daß das revolutionäre Rußland, das demokratische

Rußland, einzig und allein nur einen Verteidigungskrieg führe und diesen so lange fortsetzen werde, bis die Mittelmächte ihre Eroberungsabsichten aufgeben und mit einem Frieden ohne Entschädigung und ohne Annexionen einverstanden sein werden. Das ist der unerschütterliche Wille des arbeitenden Volkes und der Soldaten, die den Umsturz in Rußland vollzogen haben, das ist der Wille derjenigen Millionen, die schon fast drei Jahre lang im Namen der Appetite der räuberischen Bourgeoisien das Schlachtfeld mit ihrem Blute tranken — jetzt aber den Frieden haben wollen.

Wem ist also eine besondere polnische Armee erforderlich, der russischen Revolution, oder Polen?

Für die russische Revolution, für die Demokratie ist sie nicht erforderlich, sondern sogar schädlich. Sie ist schädlich, weil sie in die Reihen der Armee eine Verwirrung hineintragen würde, der Armee, der am Vorabend des Kampfes Tausende polnischer Soldaten entzogen werden sollen; sie ist schädlich, weil sie die polnischen Soldaten der schwärzesten polnischen Reaktion unterstellt, welche der Natur der Sache nach zu der offenen und geheimen russischen Reaktion hinneigt.

Nicht weniger, sondern wohl hundertmal mehr ist sie für Polen schädlich, für die Sache der Freiheit unseres Volkes, denn sie verbindet sie ja nicht mit der Zukunft und mit dem Siege der Demokratie in Europa, sondern mit einem weiteren Blutvergießen, mit dem räuberischen Appetit und mit den heuchlerischen Lösungen des bürgerlichen Imperialismus, denn sie macht aus unserem Volke ein Werkzeug der Intriguen der Diplomatie hinter den Kulissen und eines abscheulichen Bruderkrieges.

Die Absichten der Nationaldemokraten sind zynisch klar!

Diese politischen Bankrotteure, diese schändlichen Schacherer, denen der Boden unter ihren Füßen wankt, wollen es noch mit einem Einzuge versuchen, sie wollen sich auf die Fiktion der polnischen Armee, auf vergrößerte Abteilungen des Gorczynski stützen, in Polen einrücken und, wie sie öffentlich zugeben, nötigenfalls die Anarchie abkürzen.

Wir wissen es zu gut, was im Munde der Nationaldemokraten Anarchie heißt. Anarchie — sind alle Forderungen und Bestrebungen der polnischen Arbeiter und der polnischen Demokratie. Anarchist — ist jeder Volksparteiler, jeder Sozialist. Die Nationaldemokratie will uns mit Hilfe der polnischen Armee bändigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, will sie die russische Revolution, die durch das Blut der Arbeiter und der russischen Soldaten erkämpften Errungenschaften ausnutzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, schmückt sie sich heute frech mit republikanischen roten Farben.

Das wird ihr aber nicht gelingen! Dieses nichtswürdige Spiel wird das aufgeklärte polnische Proletariat, die Demokratie in der Fremde, nicht gestatten, das wird auch nicht die im Delegiertenrate der Arbeiter und Soldaten organisierte russische Demokratie zugeben.

Genossen und Bürger! Es ist unsere Pflicht, dieser schändlichen Arbeit der Nationaldemokratie energisch entgegenzuwirken. Es ist unsere Pflicht, dem polnischen Soldaten auf Schritt und Tritt zum Bewußtsein zu bringen, daß er den falschen Lockungen der Nationaldemokraten nicht Folge leiste. Es ist unsere Pflicht, ihn davon zu überzeugen, daß wir Bürger des unabhängigen Polens auf eigene Faust keine politischen Schritte unternehmen dürfen. Es ist unsere Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er sich in den militärischen Verbänden der Polen zusammenzuschließen und an der Arbeit der polnischen demokratischen Institutionen, an deren kulturellen, sozialen und politischen Arbeit beteiligen soll. Es ist

unsere Pflicht, ihn davor zu warnen, in die Reihen der ihre Freiheit verteidigenden russischen Armee Verwirrung hineinzutragen.

Fort mit den Nationaldemokraten und mit der von ihnen im Entstehen begriffenen Armee!

Es lebe der demokratische polnische Freistaat!

Es lebe der demokratische russische Freistaat!

Es lebe der Sozialismus!

Aus Nr. 175 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 30. Juni 1917

hebt hervor, daß die nationaldemokratische Presse und ihre Vertretungen in Rußland und im Ausland die Einstellung der Tätigkeit des Staatsrates vom 1. Mai bis 8. Juni ausgenützt hätten: Diese Stellen erließen scheinbar lobende Kommandiques hierüber, in denen sie jedoch feststellten, daß in Anbetracht dessen kein Komitee und keine Persönlichkeit Polen nach außen vertreten könne. Diese Arbeit ist durchsichtig. Die Nationaldemokraten bemühten sich, die Bedeutung und das Ansehen des Staatsrates herabzusetzen, solange er wirkte; im Augenblick jedoch, als sie meinten, daß der Staatsrat zu bestehen aufgehört habe, stellten sie fest, daß jetzt schon niemand im Namen Polens reden kann, offenbar mit Ausnahme . . . der Lausanner, denn sogar die „Parodie des organisierten Aktivismus“ habe zu bestehen aufgehört. Diese vorzeitige Freude hat jedoch die wahren Absichten enthüllt.“

(Aus Nr. 131 des Warschauer Tagesberichts vom 30. Juni 1917.)

Aus Nr. 13 und 14 der Sprawa Polska (Petersburg)
vom 16./29. April 1917.

Die Vereinigung Polens.

Zu Beginn des Krieges haben wir die These aufgestellt, daß für Polen jetzt die wichtigste Frage sein werde, ob durch den Krieg eine Vereinigung Polens werde herbeigeführt werden oder auch nicht. Wir waren der Ansicht, daß nur ein solches vereinigtes Polen, welches in den Karpathen seinen Stützpunkt fände und einen freien Zutritt zur Ostsee hätte, wirklich unabhängig sein könne. Erst dann würde es nämlich seine unabhängige Existenz wahren und seine geschichtlichen Aufgaben erfüllen können.

Der Wiederaufbau eines solchen Polens wäre aber und ist auch heute noch nur in einem solchen Falle möglich, wenn Preußen zertrümmert und aufgeteilt werden würde. Dadurch müßte sich der politische polnische Gedanke veranlaßt sehen, auf die Seite Rußlands und der Koalition zu treten. Denn nur ein Sieg der Koalition könnte und kann auch jetzt noch Preußen dazu zwingen, die Polen entrißenen Landesteile zurückzugeben.

Wir waren damals ebenso überzeugt, daß gerade Rußland als der an der polnischen Frage am meisten interessierte Staat trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse endlich zu der Einsicht gelangen werde, daß die Wiederherstellung eines geeinigten und unabhängigen Polens in seinem eigenen Interesse liege.

Daß aber Bedingungen geschaffen wurden, die den russischen politischen Gedanken eine Evolution in dieser Richtung ermöglichen und Rußland veranlassen würden, die Staatlichkeit Polens anzuerkennen, daran hat vorsichtig, beständig und konsequent die polnische Politik gearbeitet, die vor allem in dem Nationalkomitee ihren Ausdruck fand. Diese Politik hat auch die frühere russische Regierung tatsächlich soweit gebracht, daß sie den Wiederaufbau des polnischen Staates als notwendig anerkannte. Und die Regierung des neuen Rußlands mußte aus der dadurch geschaffenen Lage

die entsprechenden Konsequenzen ziehen und dem polnischen Volke dem Gerechtigkeitsinn und den Grundsätzen gemäß, die heute in Europa zur Geltung gekommen sind, das Recht auf seine unabhängige Existenz zuerkennen.

So hat sich das alles erfüllt, was der polnische politische Gedanke vorausgesehen hat. Vor allem ist der letzte Akt der provisorischen Regierung in Rußland eine Tatsache, die klar, deutlich und ausdrücklich beweist, wie zutreffend, richtig und scharfblickend der politische Standpunkt derjenigen Polen war, welche von Anfang an die Ansicht vertraten, daß nur die Koalition sich mit der Wiederherstellung eines geeinigten und unabhängigen Polens einverstanden erklären könne.

Aber der Lösung der Vereinigung Polens wurde von seiten derjenigen Polen, welche für einen Bund mit den Mittelmächten eintraten, die Lösung der Unabhängigkeit entgegenstellt. Man verstand anfänglich darunter die dynastische Vereinigung des polnischen Staates mit Österreich-Ungarn, und später die Anlehnung Polens an Deutschland.

Die weiteren Ereignisse haben aber unabwieslich bewiesen, 1. daß Deutschland Polen nur eine beschränkte Unabhängigkeit gewähren kann, denn es muß verlangen, daß der kleine polnische Staat sich dem deutschen Reich anschließe, 2. daß Deutschland auch darnach trachten muß, die Teilung Polens aufrechtzuerhalten.

Es handelt sich also heute bei dem Problem des künftigen Polens nur noch darum, ob ein solcher polnischer Staat geschaffen werden soll, dem alle diejenigen Länder angehören müssen, in welchen die Polen die Mehrheit bilden, oder ob nur ein solcher Staat ins Leben gerufen wird, dem günstigenfalls nur diejenigen polnischen Länder einverleibt werden, welche zum preußischen Anteil nicht gehören.

Denn daß die Gründung eines polnischen Staates überhaupt eines der Ergebnisse dieses Krieges bilden wird, daran zweifelt heute schon niemand mehr; es besteht also nur noch Zweifel darüber, ob dieser Staat alle polnischen Gebiete, also auch Großpolen, Schlesien und die Provinzen West- und Ostpreußen in sich einschließen wird.

Der Sieg der Koalition stellt uns nun ein ungeteiltes und geeinigtes Polen in Aussicht, ein Polen, das mit allen Bedingungen für seine Existenz, sowie für seine weitere glänzende Entwicklung und für seine allseitige Lebensentfaltung ausgestattet wäre.

Der Sieg Deutschlands dagegen bestätigt die Teilung Polens und schafft einen winzigen polnischen Staat, der trotz seiner scheinbaren Unabhängigkeit notwendigerweise von Preußen abhängig sein müßte.

Man müßte annehmen, daß angesichts einer solchen Sachlage die Wahl für einen Polen nicht schwer wäre. Denn wir müßten uns doch alle ein vereinigtes Polen wünschen, und keiner von uns dürfte zugeben, daß Großpolen und die Provinzen Preußen und Schlesien an Deutschland ausgeliefert werden. Alle Polen müßten also unverzüglich alle ihre Kräfte und ihre Mittel in den Dienst ihrer heiligen nationalen Sache stellen, die doch unbedingt die Niederlage Preußens verlangt. Und doch geschieht das nicht.

Wir haben auch bis dahin die Ansicht vertreten, daß es sich bei allen unseren politischen Streitigkeiten nicht etwa um die künftige Verfassung Polens, sondern hauptsächlich darum handle, welcher von den kämpfenden Parteien die Polen sich anschließen und mit welchen sie zusammenarbeiten sollen.

Die letzten Tatsachen haben nun bewiesen, daß wir vollständig im Rechte waren. Denn diejenigen, die sich anfangs für Österreich erklärt hatten, setzten später, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Österreich nur ein Vasall Deutschlands ist, alle ihre Hoffnungen auf Deutschland. Und alle diese Leute halten an ihrem

bisherigen Programme auch jetzt noch mit einer Konsequenz fest, die einer besseren Sache würdig wäre.

Und so sind wir heute Zeugen der wirklich unglaublichen Tatsache, daß von polnischer Seite ein politisches Programm aufgestellt wird, dessen ausdrückliche Tendenz ist, eine deutsche Lösung der polnischen Frage herbeizuführen.

Wir haben allerdings noch keine Nachrichten darüber, welchen Eindruck die Umwälzung in Rußland auf die Bevölkerung im Königreich Polen gemacht hat. Wir sind aber überzeugt, daß dieser Eindruck ein gewaltiger gewesen und infolgedessen in Polen eine Sinnesänderung sogar bei denjenigen eingetreten sein muß, welche bis dahin der Ansicht waren, daß der polnische Staat nur im Bunde mit Deutschland wieder aufgebaut werden könne.

Deswegen ist auch jene Politik schon gar nicht zu verstehen, auf Grund deren Polen, die außerhalb des Königreichs Polen weilen und durch die deutsche Zensur garnicht gebunden sind, von einer Vereinigung Polens nicht laut zu sprechen wagen. Ebensowenig ist es zu verstehen, wie man auf der Grundlage unseres gegenwärtigen Verhältnisses zu Rußland ein Programm mit der Tendenz aufstellen kann, daß Rußland sich mit einer deutschen Lösung der polnischen Frage einverstanden erklären und auf sein eigenes Programm, ganz Polen zu vereinigen, verzichten möchte.

Eine Aktion gegen eine solche Vereinigung Polens läßt sich höchstens nur mit der Verblendung solcher Leute erklären, die den Boden unter ihren Füßen schon ganz verloren haben. Sie bedeutet eine Verirrung von Individuen, die sich nur von kleinlichen parteiischen Gehässigkeiten leiten lassen.

Wenn diese Aktion aber konsequent durchgeführt wird, so kann sie zu einem nationalen Verbrechen werden.

Während der Tragik der gegenwärtigen Ereignisse wird über das Schicksal Polens entschieden. Das polnische Volk kann aber nur dann die Freiheit für seine Existenz und für seine weitere Entwicklung erreichen, wenn ein geeinigtes Polen aufgebaut wird, das Zutritt zum Meere hätte und das ganze Weichselthal beherrschen würde.

Deswegen dürfen die Polen bis zum letzten Augenblick und bis zum letzten Schuß auf den Schlachtfeldern auf den preußischen Anteil nicht verzichten. Sie dürfen sich auch innerlich mit einer weiteren Teilung Polens nicht einverstanden erklären.

Es gibt heute nämlich keinen Raum mehr für einen flachen Realismus. Das Schicksal des Krieges ist noch noch nicht entschieden. Die Weltkatastrophe ist von einem solchen Umfang, daß ihr Endergebnis sich noch gar nicht übersehen läßt.

Als wir am Anfange des Krieges ständig behaupteten, daß Rußland durch geschichtliche Notwendigkeiten gezwungen sein werde, Polens Unabhängigkeit anzuerkennen, da gab es Leute, die für eine solche Behauptung nur ein — mitleidiges Lächeln hatten. Und heute haben doch die Tatsachen bewiesen, daß wir damals recht hatten.

Ebenso behaupten wir jetzt, daß dieser Krieg zur Vereinigung Polens führen wird, denn das verlangen ja dieselben geschichtlichen Notwendigkeiten.

Deutschland kann nämlich diesen Krieg nicht gewinnen. Und die geschichtliche Evolution, die zur Vereinigung der einzelnen Völker in ihren eigenen nationalen Staatsgebilden führen wird, ist jetzt schon so mächtig, daß sie alle Schwierigkeiten überwinden wird.

Übrigens fragen die Völker, wenn es sich um ihre Existenz handelt, gar nicht nach etwaigen Möglichkeiten.

So wird Belgien auf seine Unabhängigkeit zugunsten der Hegemonie Deutschlands niemals ver-

zichten und ebensowenig Frankreich an die Auslieferung Elsaß-Lothringens an Deutschland denken wollen.

Wie soll man also von den Polen verlangen, daß sie in eine weitere Teilung Polens nach dem Kriege einwilligen?

Nein! Die Polen werden dazu ihre Zustimmung niemals geben. Im Gegenteil, die Stimme ihres Protestes wird nur um so kräftiger und um so vernehmbarer sein, je mehr die Entwicklung der Ereignisse fortschreiten wird.

Das Schicksal Polens naht also seiner Entscheidung. Der geschichtliche Augenblick dieser Entscheidung ist nicht mehr fern. Deswegen müssen sich jetzt alle polnischen Herzen und alle polnischen Kräfte in gemeinsamer Tendenz, in gemeinsamer Arbeit und in gemeinsamem Kampfe um den Wiederaufbau ihres Vaterlandes vereinigen. In diesem — letzten — Kampf gilt es für den unabhängigen polnischen Staat auch diejenigen polnischen Landesteile zu gewinnen, die sich bis dahin noch in den Händen Preußens und Österreichs befinden, damit Krakau, Posen und Danzig nicht außerhalb der Grenzen des künftigen Polens stehen.

Wer somit heute in Polen freiwillig gegen die Koalition zum Schwerte greift, der kämpft für die weitere Teilung Polens, und wer irgendwie und irgendwo an einer deutschen Lösung der polnischen Frage mitwirkt, der handelt zum Schaden Polens und kürzt dessen Bestand. S. R.

Aus Nr. 15 der Sprawa Polska (Petersburg)
vom 23. April (6. Mai) 1917.

Der Vorsitzende des Nationalkomitees, Graf Sigismund Wielopolski, erließ an unsere Landsleute folgenden Aufruf zur Zeichnung der russischen „Freiheitsanleihe“.

„In den bedeutungsvollen Tagen des großen Krieges, dessen Ergebnis auch über die Zukunft unseres Landes und über die Verwirklichung der feierlichen Versprechungen betreffs der Wiederherstellung unseres geeinigten und unabhängigen Vaterlandes entscheiden wird, fordert die provisorische Regierung Rußlands die Bevölkerung auf, sie bei ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe durch eifrige Zeichnung der Anleihe, die den schönen Namen „Freiheitsanleihe“ trägt, zu unterstützen.

Die Führer des russischen Volkes geben sich der Hoffnung hin, daß alle diejenigen, welche sich Rechenschaft ablegen über die ungeheure Bedeutung der gegenwärtigen Zeiten für die Völker der ganzen Welt, sowie über die gewaltigen Pflichten der Leiter der um eine bessere Zukunft der Welt kämpfenden Staaten, sich beeilen werden, nach Maßgabe ihrer Kräfte und Mittel das große Werk zu unterstützen, das die Aushutung des ganzen Vorrats an Energie und Reichtum erfordert, über den die Völker der Koalition verfügen.

Die im russischen Staate wohnenden Polen brauchen nicht erst daran erinnert zu werden, wie eng der Triumph der Koalitionsmächte und ihr erfolgreicher und siegreicher Widerstand gegen die Annexionspläne ihrer Gegner mit dem Schicksal unseres Volkes verbunden sind. Eine solche Mahnung ist heute schon um so weniger notwendig, da wir noch alle unter dem Eindruck der schönen Tat der neuen Regierung des freien Rußlands stehen, durch welche unser untergeschütterliches Recht auf die Unabhängigkeit und Vereinigung Polens proklamiert und öffentlich anerkannt wurde.

Deswegen zweifeln wir auch nicht daran, daß jeder von uns gern jede Gelegenheit benutzen wird, um dem russischen Volke zu beweisen, wie aufrichtig die Freude ist, von der unsere Herzen jetzt durchdrungen sind. Ebenso wird sich jeder von uns bereit erklären, an den Sorgen und Mühen des russischen Volkes teilzunehmen, die ja auch

der Zukunft unseres eigenen Vaterlandes gelten, welche allen Polen so sehr am Herzen liegt.

Eine besondere Gelegenheit zu einer solchen Teilnahme bietet uns die gegenwärtige Freiheitsanleihe, an der sich die Polen herzlich und aktiv beteiligen müssen. Deswegen fordern wir unsere Volksgemeinschaft zu dieser Beteiligung eindringlichst auf und empfehlen sie herzlichst. Dadurch genügen wir nämlich nicht nur unserer Dankespflicht für den schönen Akt, von dem unsere Herzen so tief ergriffen worden sind, sondern wir folgen zugleich der Weisung unserer Vernunft, indem wir unsere eigenen Bestrebungen und Interessen aktiv fördern. Deswegen wollen wir auch alle, sei es aus eigener Initiative oder durch unseren Einfluß in den uns zugänglichen Kreisen dazu beitragen, daß es bei der Zeichnung auf die Freiheitsanleihe auch an polnischen Namen nicht fehle.

Eine erfolgreiche Verteidigung an der Ostfront ist eine der wichtigsten Aufgaben der Koalition, und der Triumph der Koalition bildet ja die Hauptbedingung für die Vereinigung und Befreiung der heute noch getrennten polnischen Landesteile. Das dürfen wir niemals vergessen, und deswegen müssen wir auch selbst tätig auftreten; dann wird auch die Zeit kommen, wo die Sturde der Erlösung und der Vereinigung Polens, die wir alle so sehnüchlich erwarten, schlagen wird."

Aus Nr. 148 des Głos Narodu (Krakau)
vom 23. Juni 1917.

Der Boden in der Hand des polnischen Bauern.

Im letzten Heft der Monatschrift „Rok Polski“ finden wir eine außerordentlich interessante und wertvolle Arbeit von Dr. Franz Duda über „Den Grundbesitz des polnischen Bauern“, in der der Verfasser auf Grund umfangreicher Berechnung zu ziffernmäßiger Darstellung der Stellung kommt, die der Grundbesitz des polnischen Bauern und des Adels im Gebiete des „engeren“, d. h. ethnographischen Polens, in Litauen und der Ukraine und auf dem Gebiete des sog. historischen Großpolens einnimmt. Der Arbeit des Dr. Duda entnehmen wir die folgenden ziffernmäßigen Endresultate:

Der polnische Großgrundbesitz im Gebiete des „engeren“ Polens nimmt 29,19% der Gesamtoberfläche des engeren Polens und 70,06% der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes im engeren Polen und 42,58% der Gesamtfläche des polnischen Grundbesitzes im engeren Polen ein.

Der polnische Großgrundbesitz, demnach der polnische Gesamtgrundbesitz (?) in Litauen und der Ukraine bildet 39,8% der Gesamtoberfläche von Litauen und der Ukraine und ungefähr 68,84% des Gesamtgroßgrundbesitzes in Litauen und der Ukraine.

Der Großgrundbesitz auf dem Gebiete des sog. historischen „Großpolens“ bildet 35,7% der Gesamtoberfläche dieses Gebietes, 69,2% des Gesamtgroßgrundbesitzes und rund 70,7% des polnischen Gesamtgrundbesitzes.

Der polnische bäuerliche Grundbesitz im engen Polen bildet 39,36% der Gesamtoberfläche, 69,95% des gesamten bäuerlichen Grundbesitzes und 57,42% des polnischen Gesamtgrundbesitzes.

In „Großpolen“ bildet er ungefähr 14,83% der Gesamtoberfläche, 32,15% des bäuerlichen Grundbesitzes überhaupt und 29,3% des polnischen Gesamtgrundbesitzes.

Aus obigen Zahlen geht hervor, wie sehr wir bei unserer starken Ausbreitung nach Osten im „engeren“ Polen zurückgegangen sind. Überall in der Welt ist der bäuerliche Grundbesitz ausschließlich in der Hand einheimischer Elemente. Bei uns sind 30% des bäuerlichen Grundbesitzes in nichtpolnische Hände über-

gegangen. Diesen Nachteil haben wir namentlich im Westen unter dem Druck der Deutschen erlitten.

Aus Nr. 145 des Orędownik (Posen)
vom 24. Juni 1917.

Die Litauer verlangen die Loslösung des Gouvernements Suwalki vom Königreich Polen.

Das Moskauer „Echo Polskie“ vom 31. Mai teilt folgendes mit:

Die moskauer litauische Kolonie hat vor einigen Tagen eine Versammlung veranstaltet, in welcher u. a. die nachstehende Entschliezung angenommen wurde:

„Die litauische Nation hat bereits mehrfach ihren Willen dahin ausgedrückt, daß das Gouvernement Suwalki, dessen riesige Bevölkerungsmehrheit Litauer bilden, Litauen angeschlossen werde. Die Versammelten machen die russische provisorische Regierung auf die Ungerechtigkeit aufmerksam, welche damit begangen worden ist, daß das Gouvernement Suwalki der Zuständigkeit der Liquidationskommission des Königreichs Polen unterstellt wurde, und sie verlangt, daß das erwähnte Gouvernement der Zuständigkeit der Kommission entzogen werde.“

Diese Entschliezung wurde der provisorischen Regierung, dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat sowie dem litauischen Nationalrat überandt.

Aus Nr. 150 des Głos (Warschau)
vom 25. Juni 1917.

Die polnische Demokratie in Paris.

Aus Genf schreibt man uns:

„Das polnisch-französische Wochenblatt „L'Echo Polonais“, das in Paris von Dr. Mok und B. Rozakiewicz herausgegeben wird, enthält in der Nr. vom 25. Mai eine Mitteilung über die Gründung einer Gruppe der polnischen Demokratie in Frankreich.“

In dieser Mitteilung lesen wir folgendes:

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß das Königreich die langjährige politische Erfahrung Galiziens benutzen und die Einteilung in Organisationen, wie sie heute bereits in Galizien bestehen, zur Grundlage seines politischen Lebens machen wird. Die Tatsachen der der letzten Zeit beweisen jedoch, daß das Königreich einen selbständigen Entwicklungsgang durchmachen und wahrscheinlich besondere Typen politischer Organisationen schaffen wird.

Dann heißt es:

Das Verständnis der politischen Organisationen der Länder, in denen wir uns befinden, die Verfolgung der Äußerungen des politischen Lebens bei uns, die Bezeichnung, unseres Verhältnisses zu den verschiedenen Strömungen, die dort herrschen, alles dies ist angesichts des Entstehungsprozesses des polnischen Staates nicht nur eine akademische Erörterung, sondern eine schöpferische, staatsbürgerliche Arbeit.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, haben wir beschlossen, in Frankreich eine Gruppe der polnischen Demokratie zu gründen, um nötigenfalls unseren Standpunkt in polnischen Angelegenheiten kundzutun und die wichtigsten polnischen Fragen zu erwägen, die in kurzer Zeit bei uns auf die Tagesordnung kommen werden.

Für das vorläufige Komitee haben den Aufruf unterschrieben: Dr. W. Bugiel, L. Chmielewski, M. Curie Skłodowska, J. Czerny, J. Danył, H. Drzewiecki, W. Gasztown, Dr. J. Joteyko, Br. Rozakiewicz, Dr. Mok, A. Pomagański, A. Rydzynski, A. Szklarski.

Nr. 170 des Godzina Polski (Warschau)
vom 24. Juni 1917

bringt aus dem Pariser „Temps“ den Wortlaut folgender Notiz: „Der Verband polnischer demokratischer Organisationen in Paris teilt uns die Note mit, worin er gegen die Verdächtigung der Mehrheit des Staatsrats, als ob dieser „im Solde Deutschlands“ stände, Protest erhebt. Der Staatsrat setzt sich in Wirklichkeit ausschließlich aus polnischen Patrioten zusammen, deren Ehrenhaftigkeit und Aufopferung für die Unabhängigkeit Polens sogar von denjenigen Gegnern anerkannt wird, die eine Spur von Gewissen haben. Er (der Staatsrat) kämpfte und kämpft unaufhörlich mit den Okkupanten um das Recht einer eigenen, von jeglicher fremden Bevormundung befreiten Regierung.

gez. Dr. B. Mok, Präses. A. Szklarski, Sekretär.“

(Aus 128 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Juni 1917).

Aus Nr. 146 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 30. Juni 1917.

Die französische Regierung stellt eine polnische Armee auf.

Die Sache der Bildung einer polnischen Armee in Frankreich, über die seiner Zeit auch polnische Zeitungen berichteten, hat infolge der Agitation polnischer Anhänger der Entente die französische Regierung in die Hand genommen. Die französische Regierung hat zur Verwirklichung dieser Idee bereits offizielle Schritte getan.

Auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten Ribot und des Ministers Poincaré erließ der Präsident der Republik Poincaré am 6. Juni ein Dekret, auf Grund dessen in Frankreich für die Dauer des Krieges eine selbständige polnische Armee gebildet werden soll, die unter französischem Oberbefehl stehen, aber unter polnischen Fahnen kämpfen wird. Die Mittel gewährt die französische Regierung. Diese Armee soll sich aus gegenwärtig in der französischen Armee dienenden oder sich in Frankreich aufhaltenden, sowie aus amerikanischen Polen zusammensetzen.

Zur Organisation der polnischen Armee wurde in Paris eine „französisch-polnische Mission“ gegründet. Die Organisation wurde dem General Archinard übertragen, dessen Adjutant der Pole Mokiejewski, ein französischer Offizier, ist.

Gleichzeitig streben die polnischen Ententefreunde nach der Schaffung einer „polnischen Regierung“ in der Emigration.

Die Beweggründe zur Schaffung einer polnischen Armee sind vor allem politischer Natur. Sie soll nämlich die Fiktion einer von der Entente geschaffenen polnischen Armee und polnischen Regierung erzeugen und auf diese Weise die polnische öffentliche Meinung daheim und in der Emigration irreführen.

Eine polnische Armee in Frankreich kann natürlich in militärischer Beziehung keine ernste Bedeutung haben. Durch ihre musterhafte Disziplin und durch die bloße Tatsache ihrer Entstehung soll sie den Mut der französischen Armee ansachen, in der in letzter Zeit immer bedrohlichere Erscheinungen der Desorganisation und der Mutlosigkeit zutage treten.

Vom Gesichtspunkte der internationalen Politik ist die Schaffung dieser polnischen Armee ein Glied in der Kette der politischen Bestrebungen, die den Zweck haben, die Mittelmächte anzuklagen und vor der Welt den Schein zu erwecken, daß sich unter den Fahnen Frankreichs die bedrängten Völker zum Kampfe um Freiheit und Gerechtigkeit scharen.

Ebenso ist der gegenwärtig von der französischen Regierung entworfene Plan der Schaffung einer tschechischen Armee in Frankreich zu erklären.

Aus Nr. 145 des Naprzód (Krakau)
vom 26. Juni 1917.

Versammlung des Verbandes polnischer Sozialisten in Amerika.

Verbandsbeschuß in Detroit.

Anfang Mai hat der Verband polnischer Sozialisten in Amerika eine Versammlung in Detroit abgehalten und folgende Entschliebung angenommen:

Die am 1. Mai in Detroit versammelten Vertreter der Organisationen des Verbandes polnischer Sozialisten beschließen folgendes:

Aus dem Strudel des schrecklichen Völkerringsens, für das die Verantwortung völlig auf die bisherigen Anwälte der imperialistischen Politik, auf die Regierungen, fällt, beginnt sich langsam die Aktion der arbeitenden Massen zu entwickeln, die nach Beendigung dieses schrecklichsten Mordens strebt, das je in der Geschichte stattgefunden hat.

Der Umsturz in Rußland und die Rolle, die dort die radikalen Arbeiterelemente spielen, der Sieg der Sozialisten Finnlands, die die Mehrheit sozialistischer Vertreter in den Landtag geschickt haben, die Stimmen der Gärung in Deutschland und in anderen Ländern, die von den Flammen des Krieges erfasst sind, zeigen den ungeheuren Einfluß der Proletariatsmassen auf die Geschichte des Krieges und des Friedens, dessen zukünftige Gestalt immer kräftiger hervortritt, den Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse und auf die Festlegung der Grenzen, die durch den Krieg aufgehoben sind.

In der Erwägung, daß dieser Einfluß und die Erfolge in großem Maßstabe von den koordinierten Anstrengungen des Proletariats abhängig sind; in der Erwägung, daß ein gewisser Teil der europäischen Sozialisten sich bereits jetzt der Notwendigkeit einer Vereinigung bewußt ist, begrüßt die XIV. Versammlung des Verbandes polnischer Sozialisten mit Freuden die Bestrebungen nach Wiederherstellung der internationalen Verbindung des Proletariats und sieht darin nicht nur die Ankündigung des Friedens, sondern auch die Bürgschaft eines dauernden Friedens, wie auch eine gerechte Entscheidung der Verhältnisse von Volk zu Volk, die besonders für Polen und Irland schwer gewesen sind.

Bezüglich der polnischen Frage:

Die nach Proklamierung des unabhängigen Polens erste Versammlung des Verbandes polnischer Sozialisten begrüßt mit Freude den Eintritt des polnischen Staates unter die freien Völker Europas.

Als Vertreter der arbeitenden Klasse, deren Ziel die Erringung gerechter Staatsformen ist, glauben wir, daß die Erringung eines demokratischen polnischen Staates auf der Linie des polnischen Entwicklungsprozesses liegt, der unaufhaltsam nach neuen sozialen Formen drängt, und sind der Ansicht, daß der Arbeiter als Grundlage des Reichums und der Demokratie innerhalb des eigenen Staates den ihm gebührenden Platz in der Staatsverwaltung finden wird. In diesem Glauben befestigt uns die Beteiligung unserer Genossen in der Heimat, von denen viele bereits die verantwortungsvollsten Posten innehaben (Pilsudski, Kunowski). Diesen Genossen, wie auch allen Kämpfern für die Freiheit entbietet die Versammlung warme Worte der Bewunderung und erkennt in ihnen die Nachfolger der polnischen Freiheitskämpfer und der Revolutionskämpfer vom Jahre 1905 an.

Wir erklären, daß wir wie bisher so auch in Zukunft ihre Bestrebungen unterstützen werden, bis das freie und unabhängige Polen sein politisches Dasein in seinen nationalen Grenzen befestigen wird.

Bei dieser Arbeit auf amerikanischem Boden halten wir das „Komitee der nationalen Verteidigung“ für die einzige Partei, mit der wir in Bezug auf das Ziel, nämlich die Erringung eines unabhängigen und demokratischen polnischen Staates, übereinstimmen.

Die XIV. Versammlung des B. P. S. empfiehlt auch für die Zukunft, daß unsere Organisation ihre politischen und kulturellen Bestrebungen so eng wie möglich mit den Bestrebungen des Komitees für nationale Verteidigung vereinige.

Betrifft die Politik des Landes.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkonflikt stellt die amerikanische Arbeiterklasse vor das Antlitz des Krieges. Als Vertreter der Klasseninteressen von Millionen von Arbeitern in Amerika, darunter des einige Millionen zählenden polnischen Volkes, halten wir es für geboten, zu erklären, daß die Stellung der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten auch unsere Stellung ist. Vereint mit den amerikanischen Genossen sind wir bereit, die Verteidigung der Grenzen zu übernehmen; in Vereinigung mit ihnen werden wir uns ebenfalls um schnelligste Herbeiführung und Aufrechterhaltung des Friedens bemühen.

Das Resolutionskomitee:

Henryk Anielewski. J. B. Dodatko.

Adam Dłzewski. Sigm. Piotrowski.

